CONTRAST

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 48 Jahrgang 5 September '88

00.2621 001 6 ##
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30
F15 Te

Krieg durch Zins

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der „AG Öffentlichkeit der Westberliner Koordination gegen IWF und Weltbankpolitik" bei.

Red. Berlin Sie naht. Vom 27. bis 29. September 1988 findet in Westbärlin die diesjährige Tagung des Internationalen Währungsfonds statt. Berlin im Rampenlicht der internationalen Öffentlichkeit durch die Präsenz von zwei Organisationen, die in den Augen ihrer KritikerInnen für Not und Elend sorgen. Ihre Auflagen haben den Kapital-, Rohstoff- und Warenabfluß aus den Ländern der „3. Welt" gesteigert und diese in die vollständige Abhängigkeit von den Märkten der westlichen Industrienationen getrieben. Produziert und gearbeitet wird dort nur noch um unsere Konsumbedürfnisse zu befriedigen. Die Folgen sind fatal: sie bedeuten für die meisten Menschen auf der südlichen Halbkugel dieses einst grünen Planeten eine drastische Verschlechterung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation. Sie müssen ihre Arbeitskraft und ihre Bodenschätze zu Schleuderpreisen auf dem Weltmarkt feilbieten, um die Auslandsverschuldung ihrer Länder zu drosseln.

Kein Wunder, daß die IWF und Weltbank-Tagung von vielen als Provokation empfunden wird und eine breite Gegenöffentlichkeit hervorgerufen hat. Diese will den Verlierern im 3. Weltkrieg, den Opfern des Kriegs durch Zins ihre Solidarität aussprechen. Der Krieg durch Zins hat nach Ansicht des brasilianischen Gewerkschafters Lula bereits begonnen. Sein Schauplatz sind die Länder der „3. Welt".

Aus Anlaß der IWF und Weltbank-Tagung dieser CONTRASTE - Schwerpunkt: Krieg durch Zins. Geboten werden Hintergrundinformationen zur Methode der Kriegsführung, ihren Opfern, den Ursachen und über mögliche Auswege (Inhaltsverzeichnis siehe Kasten).

Den Kongreß verhindern..., die Schulden streichen... Unter diesem Motto findet vom 18. bis 24.9.88 eine Aktionswoche der IWF und Weltbanckampagne statt. Am Sonntag, den 25.9.88 beginnt die Demo um 11 Uhr.
Badewannen sind mitzubringen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

IWF – „Ein Krieg mit Zinsen"
Aus einer Rede des brasilianischen Gewerkschafters und Führers der Arbeiterpartei (PT) **Seite 5**

Ausverkauf zu Schleuderpreisen
Katrin Mrugalla untersucht, was es mit den Umschuldungsstrategien der Banken auf sich hat **Seite 5**

Jamaika unter dem Diktat von IWF und Weltbank
Claudia von Braunmühl **Seite 6**

Marx oder Proudhon?
Klaus Schmitt **Seite 6**

Unser täglich Geld und sein Zins
Ein Vorschlag von Keynes für den IWF
Netzwerk neutrales Geld
Drei Beiträge von Dieter Suhr **Seite 8**

Wenn sich nicht bald was ereignet, gehören die Kollektive enteignet!
Kollektive und IWF von Heinz Bollweg **Seite 9**

...Und wo sind die Frauen?
Andrea Ferrez beschreibt die Folgen für Frauen in der 3. Welt und in den westlichen Industrieländern **Seite 9**

Casa de las muyeres
in Argentinien ist ein Frauenselbsthilfeprojekt für die Ärmsten der Armen ein Beitrag von Ida Schillen **Seite 10**

Abschied?

Red. Heidelberg „Quo vadis Ökobank-Verein?" Unter diesem Titel zieht Karl Bergmann auf Seite 12 Bilanz über die bisher geleistete Arbeit des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V.". Eine positive Bilanz: die Ökobank wurde gegründet. Das Satzungsziel scheint erreicht zu sein.
Jedoch... das Kreditvolumen ist beschränkt, die Kreditvergabe kann vorerst nur im Großraum Frankfurt erfolgen, nur 10% des Kreditvolumens fließen zurück in die Regionen, die Regionalfirmen müssen sich zunächst aus eigener Kraft entwickeln, eine Einlagensicherungseinrichtung durch einen Verband der Kreditinstitute ist (noch) nicht zustande gekommen.
Bei der nächsten MVV Ende Oktober wird wohl auch die Auflösung des Bundesvereins beschlossen werden und CONTRASTE, die den Aufbau der Ökobank seit 1984 begleitete und unterstützte, verabschiedet sich bereits mit dieser Ausgabe von dem Teil der Leserschaft, die bisher die CONTRASTE als Vereinsmitglieder bekommen haben.

Stimmen der Kritik werden laut, der „Direktkreditvermittlung" der Netzwerke in den Regionen fehlt das nötige Kapital, weil die Gelder potentieller Kreditgeber zur Ökobank wandern, nur die oben erwähnten 10 % fließen zurück in die Regionen. Projekte, die den Aufbau der Ökobank unterstützten, müssen sich nun gedulden und zwei bis drei Jahre warten, bis die Auflage des BAK „die Geschäftstätigkeit auf den Großraum Rhein-Main zu beschränken", aufgehoben werden wird. Hauptnutznießer sind ein weiteres Mal (nach der „Hessenknete") die südhessischen Projekte. Ein weiteres Mal stellt sich die Frage was wäre die Ökobank ohne die Diskussion um die Ökobank?

Diskussion und kritische Begleitung der Ökobank

Neben den Diskussionen in den bestehenden und zu gründenden Ökobank-Landesverbänden und Regionalvereinen muß die Diskussion um die Ökobank auch bundesweit weiter geführt werden. CONTRASTE als „Forum für Selbstverwaltung" will auch weiterhin kritisch und solange es geht, konstruktiv die weitere Entwicklung der Ökobank begleiten. Die CONTRASTE-Regionalredaktionen, die Mitarbeit der Landes- und Regionalverbände der Ökobank und die fortschreitende Vernetzung der Projekte über CONTRASTE sind Garanten hierfür.

Nur, CONTRASTE kann dies nur tun, wenn sie in ihren Bemühungen, sich wirtschaftlich zu konsolidieren, auch durch die bisherigen Vereinsmitglieder unterstützt wird.

Hier gibt es mehrere Möglichkeiten: NeuabonnentIn der Zeitung werden, sich an einer CONTRASTE- Tilgungsgemeinschaft beteiligen (s. Seite 2) oder woran uns am meisten liegt:

Rein in den CONTRASTE-Verein!

fordert auch Ökobank- Vereinsvorstand Ricarda Buch in dieser Ausgabe, gleichfalls auf der Seite 12. Zitat aus der Vereinssatzung, § 2 Zweck und Aufgaben: „Der Verein verfolgt den Zweck, die Ideen und Ziele der Selbstverwaltung zu fördern, sowie deren positive Effekte für die Schaffung von Arbeitsplätzen...". Dieser Verein könnte als Nachfolgeorganisation des Ökobank-Bundesvereines genutzt werden. Diskussion und Entwicklung einer „Gesellschaft von unten" finden bundesweit längst in der CONTRASTE statt. Nähere Erläuterungen auf Seite 2.

Dieter Poschen

Läuft bundesweit was zusammen?

Eines hat die von CONTRASTE forcierte Diskussion um bundesweite Vertretung für Selbstverwaltung jedenfalls schon bewirkt: ein größeres Koordinationstreffen der verschiedensten Verbände und Verbünde für Selbstverwaltung bahnt sich an. Im Rahmen ihres nächsten Redaktionsplenums hatte CONTRASTE eingeladen und viele wollen kommen.

Moderiert wird von einem „alten Selbstverwaltungshasen" - Heinz Bollweg, besser bekannt als **Bolle** und durch seine bisherige Arbeit in diversen Großprojekten (taz, AN-Bremen) will für eine faire und konstruktive Diskussion sorgen. Thema soll sein, welche gemeinsamen Interessen in der konkreten, auch branchenspezifischen Situation von selbstverwalteten Projekten **wo** und **wie bundesweit** und **europaweit** vertreten werden sollen. Koordiniert werden sollen auch größere Veranstaltungen zu diesem Themenkomplex, die in Westberlin und Westdeutschland in Vorbereitung sind.

Zugesagt hat ein breiteres Spektrum von aktiven Verbänden und Drehpunktprojekten - auch aus dem hessischen Verband besteht Initiative, Hessen vorn- und nicht fernbleiben zu lassen. Diskussionen eines Arbeitskreises, der sich mit einem politischen Forderungspaket des Projektebereichs „an die Grünen und die gesamte Gesellschaft" beschäftigt, sollen dargestellt werden.

Angekündigt haben sich bisher:
BAG-Netzwerke, Verbund der Selbstverwalteten Fairsicherungsläden, Verein der Selbstverwalteten graphischen Betriebe, Verbund der Selbstverwalteten Fahrradläden, BAG der Selbstverwalteten Gartenbaubetriebe, Verbund Ausbildung in Selbstverwaltung, Bundestreffen der Selbstverwalteten Schreinereien, AK autonomer Frauenprojekte und Alternativprojekte, Weiberwirtschaft, Europäisches Frauennetzwerk, Frauenbetriebe, Aktion Dritter Weg, Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, AG-SPAK (Projektbereich Selbstverwalteter Jugendzentren und Bundesgeschäftsstelle)

Der Gratisverein

Über einen erstaunlichen Verein berichten wir auf **Seite 4**. Er verbreitet „Gratislisten", veröffentlicht Listen von Verschenkangeboten auf den Hausfassaden vom Berliner Stadtteil Wedding und sucht kostenlose Räumlichkeiten für einen Umsonst-Laden (die Miete kann über die Teilhabe an den Gratisangeboten abgegolten werden).

Zum Streit über die Selbsthilfe

Provokative Thesen über die Selbsthilfe vertritt Fritz Vilmar in seinem Beitrag, den wir dem jetzt bei Zweitausendeins erschienenen „Handbuch Selbsthilfe" entnommen haben und mit dem wir eine Diskussion zum Thema eröffnen wollen.

Seite 11

Wer hat Angst vor Raiffeisen?

Am 11. März 1988 wurde Raiffeisen anläßlich seines 100. Todestages mit einem Festakt in der Frankfurter Oper geehrt. Rüdiger Reitz kritisiert den Versuch, Raiffeisens Lebenswerk rechtskonservativ heimzuholen und so gleichsam die Geschichte des Genossenschaftswesens umzuschreiben.

Seite 13

Wir beißen auf den Maulkorb!

Bericht vom Treffen „10 Jahre Alternative Medien"

Red. Rhein-Main/Kassel Anlaß dieser Tagung war der Mangel an Kontakten im Alternativen Medienbereich und dessen Auswirkungen. CONTRASTE empfand die Wiederbelebung der zuletzt 1980 durchgeführten Treffen ebenso wie die Kassler Stadtzeitung als dringend notwendig, und lud ein zur Diskussion über die wachsende Repression in Form von Zensur, die allgemeine Situation der linken Blätter und über den Umgang mit neuen Technologien. Und damit letztendlich dem Reden dann auch die Taten folgen, wurde eine gemeinsame Aktion während der Frankfurter Buchmesse '88 vorgeschlagen, die eine Ausstellung verbotener Schriften nebst Veranstaltungen zum Thema Repression beinhalten soll.

Anwesend waren: Lokalradio München, die taz, BAG Medien und Computer, der Linkssozialistische Computerclub, ID Amsterdam, Vertreter von 7 Stadtzeitungen und Mitarbeiter der CONTRASTE.

...die Situation der linken Blätter auf dem Zeitungsmarkt

Es besteht die Gefahr, daß die linken Publikationen ihre Zielsetzung ändern, um das Projekt auf ökonomische Füße zu stellen. Stand früher die Verbreitung unterbliebener Nachrichten im Vordergrund, spielt plötzlich der Zeitgeist und die Marktentwicklung die entscheidende Rolle. Die Anpassung an diese beiden Aspekte bedeutet gleichzeitig den Rückgang der politischen Berichterstattung, die Ausdehnung des Kultur- und Veranstaltungsbereichs und verlagert den Wert der Zeitung, etc. auf deren Gestaltung und Werbung. Dies erfordert bedeutend höhere Investitionen im technischen Bereich, die allerdings wiederum einer gesicherten, verkauften Auflage bedürfen.

Letztlich droht vielen alternativen Publikationen - vor allem in Konkurrenzsituation zu Zeitgeist-geprägten Blättern - langfristig das Aus. Ähnlich der Situation in der bürgerlichen Presse, in der große Konzerne den Markt beherrschen, vollzieht sich auch in der Alternativszene die Entwicklung, daß die Großen die Kleinen fressen und Monopole bilden.

Hilfe könnte die Entwicklung von gemeinnützigen Vereinigungs-Modellen bieten, die die ökonomische Basis der Medien sicherstellen. Dafür wäre allerdings eine grundsätzliche Debatte über die Orientierung und Aufgabenstellung der Alternativpresse vonnöten.

... neue Technologien

Der Linkssozialistische Computerclub stellte sein Mailbox-System vor. Per Telefon können Informationen sowohl eingespeist, als auch abgerufen werden. Das Problem in der Alternativszene ist allerdings nicht der Mangel an Informationen, sondern deren Auswertung und Aufbereitung. Hier kann das vorgestellte System sogar eher zum individuellen Untergang im Datenwust führen. Ein weiteres Problem ist die Möglichkeit der staatlichen Überwachung solcher Systeme, die ohne weiteres vom Staat abgeschaltet werden können. Zwar kann man mit der Mailbox auf andere Anschlüsse ausweichen, muß dann aber mit dem Entzug der Genehmigung durch die Post rechnen.

Bei Digitalisierung des Telefon-Netzes (Übertragung in eine Computersprache, ISDN) ist die Überwachung der Netze nur noch eine Frage der Rechnerkapazitäten. Zudem fallen die Daten der Nutzer automatisch bei der Post an, da bei ISDN die komplette Telefonnummer beim Fernmeldeamt gespeichert wird. Bisher mußte man zu diesem Zwecke immer noch Telefonleitungen anzapfen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß das Mailbox-System bisher noch sehr umstritten ist. Zudem werden sich allgemein zum Thema „Neue Technologien und ihre Folgen" kaum Gedanken gemacht. Diskussionen zum Thema sollten in absehbarer Zeit angegangen werden.

... Repression und Zensur

dieses Thema blieb Drehpunkt der Veranstaltung, da es eine zwingende Notwendigkeit gibt, gemeinsame Strategien zu entwickeln, sich dem staatlich verordneten Maulkorb zu widersetzen.

Festgestellt wurden zwei Arten der Repression: die offen auftretende staatliche Gewalt (Startbahn West, Ulla und Ingrid, §129, Beschlagnehmungen, etc.) und die „schleichende" Verbreitung von Angst und Unsicherheit, was man noch sagen oder schreiben darf, gekoppelt an eine Unkenntnis der rechtlichen und politischen Strategien in Bezug auf Zensur und Verbote. Dies führt oft bereits in den Redaktionen oder den Köpfen der Schreiberlinge dazu, daß noch vor Veröffentlichung „zensiert" wird. Die Auseinandersetzung über unbequeme (neuerdings auch: „anschlagsrelevant") Themen wird somit erfolgreich verhindert. Daran kann allerdings kein Journalist interessiert sein; von daher betrifft dieses Thema nicht nur diejenigen, die Repressionen in Kauf nehmen, sondern alle Medien, die eine politische Auseinandersetzung fördern wollen.

Am Beispiel der Volkszählung und unzähliger Vorfälle in Betrieben, wird deutlich, daß Repression und Zensur uns jederzeit im Alltag begegnen und unser Leben zunehmend bestimmen.

Damit's beim Schwätzen nicht bleibt, wurden folgende Punkte für die nächste Zeit ins Auge gefasst:

- es gibt seit Jahren einen Solidaritäts-Fonds für Prozeßkosten beim ID in Frankfurt. Dieser sollte wiederbelebt werden.
- Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung wie z.B. Nachdrucke, Aritkelaustausch sollten genutzt werden.
- Eine Bestandsaufnahme über Repression und Zensur der letzten 15 Jahre wird in Form einer Dokumentation im Laufe dieses Jahres erstellt. Einerseits soll damit die inhaltliche Debatte fundiert werden, andererseits eine rechtliche und organisatorische Hilfestellung gewährleistet werden.
- die anfangs erwähnte gemeinsame Aktion während der Buchmesse soll durch einen „Verbund Gegenöffentlichkeit" getragen werden. Dieser Trägerkreis ist zunächst einmalig für diese Aktion von allen Beteiligten unseres Treffens gegründet worden. Was danach aus ihm wird, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall sind weitere Treffen erstrebenswert. Durch gemeinsames Auftreten verstärkt sich die Wirkung in der Öffentlichkeit, zudem werden Einzelne vor Repressionen geschützt.

Die Aktion umfasst zum einen die oben erwähnte Ausstellung im KBW-Hochhaus Frankfurt, zum anderen eine Diskussion mit Vertretern verschiedener Medien und anderer Bereiche, in denen Repression an der Tagesordnung sind, z.B. in Betrieben. Referiert wird über die Themen Geschichte der Opposition, Stand der Dinge, Zensur, Rechtliche Grundlagen, Volkszählungs- und Genproblematik. Geplant - allerdings noch nicht ganz finanziell abgesichert - ist zudem ein CONTRASTE-Schwerpunktheft zum Thema.

Und - last not least - wie sollte es anders sein: wenn wirklich mal alles klappt, wird kräftig gefeiert.

Sabine Joswig, Red. Kassel
Petra Inden, Red. Rhein/Main

Das Restrisiko

Detlef Weiher

Red. Hamburg Der Begriff „Restrisiko" soll beruhigen. Jedenfalls haben das die PR- Bemühungen der Betreiber großtechnischer Anlagen zum Ziel, wenn sie die Sicherheit ihrer Atomkraftwerke und chemischen Fabriken rühmen. Sicher, bis auf das Restrisiko eben. Daß diese zu vernachlässigende Größe – definiert als Summe aller Unwahrscheinlichkeiten – Unfälle mit fatalen Folgen auslöst, ist bekannt. Das Restrisiko lauert jedoch nicht nur in der komplexen Technik der Großen, die Kleinen müssen sich auch mit diesem unangenehmen Zeitgenossen herumplagen.

Kürzlich befiel er die Vertriebsabteilung der CONTRASTE. Ein Buchladen bekommt die CONTRASTE nicht, obwohl ordnungsgemäß abonniert und bezahlt. Kann ja mal vorkommen, die böse Bundespost... Auch auf das zweite Exemplar wartet der Laden vergebens. Ob das auch die Post verschlampt hat??

Glücklicherweise zählt dieser vorbildliche Laden zu den Förderabonnenten der CONTRASTE, deshalb müssen die drei Gratisexemplare die Lücke im Zeitungsständer füllen. Aber, eigentlich völlig unmöglich, auch diese drei bleiben im Dschungel von Schwarz-Schillings öffentlichen Unsystems stecken. Eine Verschwörung? Oder klappt da vielleicht in Heidelberg einiges nicht? Ein leises Mißtrauen meldet sich hörbar. Denn leider, leider fungiert dieser Laden als Lieferadresse für die Hamburg- Redaktion der CONTRASTE. Die monatlichen 50 Exemplare..., richtig, in Hamburg harrte mensch vergebens auf das Zeitungsbündel. Dummerweise hatten gerade bei der verschwundenen Ausgabe besonders viele aus der Freien und Hansestadt an dem aktuellen Schwerpunkt mitgearbeitet und wollten, wenn schon kein Honorar, so doch wenigstens ihre Mühen gedruckt vor sich haben.

Ärgerlich, aber korrigierbar, wenn nicht zufällig der Koordinator dieses Schwerpunktes kurz vor Erscheinen erschöpft in den Urlaub gedüst wäre. Vier Wochen Warterei, ein Anruf in Heidelberg, der Damm aus gestauten CONTRASTE sollte brechen. „Ja, wir prüfen". Rückruf einen Tag später: „Ja, die Post hat ein Bündel zurückgeschickt. Die Verpackung war zerissen, die Anschrift nicht mehr lesbar. Sollen wir die Zeitungen zum bundesweiten Redaktionsplenum mitbringen?" Klar doch, ist ja am nächsten Wochenende, spart Porto und ist risikolos. Risikolos bis auf ein klitzekleines Restrisiko eben. Beispielsweise könnte der Hamburger Vertreter dieses Treffen – aus welchen Gründen auch immer – früher verlassen, die HeidelbergerInnen haben den Kopf voll mit Zahlen und Argumenten gegen und für die Ökobank, die Zeitungen schmoren im Kofferraum. Egal wie es wirklich war, die mittlerweile nicht mehr ganz taufrischen Objekte der Begierde kehren erfolglos an den Neckar zurück.

Fünf Tage später, der Paketbote bringt ein kleines, in Plastik eingeschweißtes Päckchen in den Buchladen in Hamburg. Auf der Folie, die die zerfetzte Pappe zusammenhält, lese ich: Dieses Packstück hat die Deutsche Bundespost für Sie neu verpackt, da Verpackung beschädigt.

Puh, das hätte schiefgehen können, rein theoretisch.

CONTRASTE-Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich **aktiv** für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung umsonst.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vostand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM und mehr.

Aufnahmeanträge sind mittels untenstehenden Coupon an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitgliedschaft

- O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE - Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM) .....DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.
- O Schickt mir erstmal Eure Satzung
- O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM, für juristische Personen 200,- DM) .....DM pro Jahr.

Unterschrift: ..... **Datum:** .....

Vorname, Name: .....

Straße und Wohnort: .....

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20; 6900 Heidelberg 1

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000,- bis 3.000,- DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

Besser Ihr fördert CONTRASTE... und nicht das Finanzamt

Fördermitglieder der CONTRASTE

An dieser Stelle veröffentlichen wir, wie versprochen, die Namen unserer LeserInnen, die sich für eine Fördermitgliedschaft entschieden haben.

Aktion Jugendzentrum Backnang, 7150 Backnang; Autonomes Kulturzentrum, 8700 Würzburg; Blätterwald e.G., 6370 Oberursel; Joachim Behmer, Luxembourg; Jörg Bogdahn, 3500 Kassel; Claudia von Braunmühl, 1000 Berlin; Buchhandlung im Schanzenviertel, 2000 Hamburg; Karsten Büttner, 3400 Göttingen; Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke, 5000 Köln; Birgit Cramon-Daiber, 1000 Berlin; Das Kleine Radhaus - Zweirad GmbH, 6900 Heidelberg; das taxi eG., 2000 Hamburg; Hans-Joachim Dörr, 6685 Schifferstadt; Druckwerkstatt, 7032 Sindelfingen; FahrRadLaden GmbH, 7400 Tübingen; Food-Coop, 3400 Göttingen; Gerhard Fuchs, 8000 München; Albrecht Grothey, Braunschweig; DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, 5300 Bonn; DIE GRÜNEN, OV, 4040 Neuss; Sibylle Göttert, 2800 Bremen; Klaus Hecker, 6242 Kronberg; Gabriele Herbert, 8781 Gräfendorf; Richard Herrmann, 6800 Mannheim; Elvira Hufschmid, 6903 Neckargemeründ; Hutzel Vollkornbäckerei GmbH, 4630 Bochum; ibek GmbH, 7500 Karlsruhe; Trudel Karcher, 2000 Hamburg; Roland Kehl, 4040 Neuss; Kur Taxen e.G., 1000 Berlin; LaufMasche Naturwaren GmbH, 3551 Sterzhausen; Bettina Liebl, 8036 Herrsching; Jürgen Lützel, 6052 Mühlheim 3; Martin Moritz-Becker, 3504 Kaufungen; MTB-Leasing, 7500 Karlsruhe; Antje Muhlberg, 6370 Oberursel; H.G. Otto, Weil am Rhein; Albrecht Padmanabhan, Frankfurt/Main; Klaus-Emil Petersen, Barsfleth; Syma Popper, 8000 München; Profu e.V., 6400 Fulda; Prof. Winfried Raske, 1000 Berlin; Rat & Plan, 2000 Hamburg; Hans- Uwe Rauschenbusch, Maintal; Arno Reibenspies, 7500 Karlsruhe; Bernd Riegraf, 7800 Freiburg; Thomas Riepenhausen, Gondomar (Portugal); Heinz Rieger, Balingen; Schneidereit & Partner, 5000 Köln; Peter Schneider, 6370 Oberursel; Hans-Jürgen Schmidt, 6100 Darmstadt; Jürgen Schumacher, 4000 Düsseldorf; Wolfgang Spaniol, 6600 Saarbrücken; Herbert Schön, 8000 München; Reinhard Schuba, 4650 Gelsenkirchen; Christian Strauch, 3407 Gleichen; Syntaxa GmbH, 8000 München; Gerhard Thiel, Syke-Gessel; Tischlerform GmbH, 3002 Wedemark-Brelingen; Versicherungsladen, 6000 Frankfurt/Main; Vierte Welt Koop, 8000 München; Dirk Weinreich, 8500 Nürnberg; Peter Hess, 8500 Nürnberg

ADU ETTLING

* 30. 6. 1954 † 16. 7. 1988

Als ich ihn kennengelernt habe, war er 21 Jahre alt, Medizinstudent, Dialysepatient. Er war Mitglied der WG, in die ich damals, nach dem Ende meiner Beziehung, gezogen bin. Und war von Anfang an beteiligt an den Phantasien zur Gründung der ASH.
Es gab ja nichts als Phantasie und Experiment, weder Geld noch Werkzeug noch Know-how. Die ersten Arbeitskräfte: jugendliche Rocker aus einer Obdachlosensiedlung, denen wir über selbstbestimmte Arbeit aus dem Kreislauf Arbeitslosigkeit – Alkohol – Einbruchdiebstahl – Knast – Arbeitslosigkeit heraus helfen wollten. Wenn es dann – regelmäßig – zu Schludereien bei der Arbeit kam, wenn Termine nicht gehalten wurden, wenn die Arbeit einfach mitten drin liegengelassen wurde, wenn nachgebessert werden mußte – immer war es der Adu, der dann einsprang, zum Kunden fuhr, beruhigte, dafür sorgte, daß das Projekt noch halbwegs anständig abgewickelt wurde.
Selbstbestimmt arbeiten, im Team eine eigene Firma aufbauen, in der niemand dem anderen was zu sagen hat: die Idee hat ihn nicht mehr losgelassen. Er hat daran geglaubt, daß sich auf dieser Basis eine freundliche, solidarische, menschliche Welt würde herstellen lassen.

Adu wußte, daß er nicht beliebig viel Zeit hatte. Die Dialyse verschleißt den Körper. Seine Lebenserwartung lag bei 29, 30 Jahren. Seine Hoffnung bestand allein im Fortschritt der Medizin. Manch einer hätte resigniert, hätte sich der Krankheit ergeben. Adu hat sich nicht unterkriegen lassen, hat gegen diese Krankheit gekämpft, hat gegen sie **gelebt.** Er hat sich gegen das Medizinstudium, für die ASH entschieden. Er hat sich reingestürzt in das Chaos, in das ständige Vabanque um Bestehen oder Untergang – er hatte gar keine Zeit mehr, seine Krankheit allzu wichtig zu nehmen. So hat er – in der Intensität der Aufbau-Jahre – dem Tod fünf Jahre abgetrotzt.

Der Tod kam unerwartet. Wer ständig mit dem Risiko lebt, lernt, es zu ignorieren. Ein paar Jahre lebte Adu normal, wie alle anderen, dank einer Spender-Niere. Nachdem diese abgestoßen wurde, kamen die rätselhaften Fieber-Anfälle. Jedes Fieber war gefährlich für den mit Medikamenten vollgepumpten Körper. Adu wußte es – wir alle wußten es. Aber die Fieber- Anfälle kamen in regelmäßigen Abständen, das Fieber stieg, das Fieber sank . . . wir hatten uns daran gewöhnt.

Nichts war anders diesmal, als sonst. Adu konnte nicht alleine in die Klinik fahren, mußte hingebracht werden, auch das war nicht ungewöhnlich. Dieses Mal aber kam er nicht zurück. Der Anruf morgens im Krankenhaus, den Adu abzuholen, die Stille, das Drucksen am anderen Ende der Leitung, dann die Nachricht . . . ein Schocker.

Adu kannte seine Ärzte, war mit ihnen befreundet. Sein Tod bleibt zwar rätselhaft, doch ohne Vorwurf an die Klinik. Es muß alles sehr schnell gegangen sein. Und dies ist ein tröstlicher Gedanke: Adu kannte sich aus auf der Intensivstation. Es war ihm klar, daß sein geschundener Körper von großem Interesse sein würde für die Wissenschaft. Er wußte, daß man alles tun würde, den Körper solange wie möglich verfügbar, „am Leben" zu halten. Das hat er nicht mit sich machen lassen: wie sein Leben, hat er auch den Zeitpunkt seines Todes selbst bestimmt.

In Würde sterben?

Wir haben nichts zu tun mit dem Tod. Sterben – das wissen wir – müssen wir alle mal, aber das ist noch lange hin, und damit hat sich's auch schon. Der Tod ist an den Rand der Gesellschaft gedrängt, wird – obwohl alltäglich – ignoriert. Der Tod paßt nicht in die Leistungsumgebung, verunsichert. Wer sich mit dem Tod auseinandersetzt, läuft Gefahr, die gewohnte Sicherheit zu verlieren, das tägliche Tun in Frage zu stellen.

Manchmal erwischt es einen dann knallhart: der Lebensgefährte, mit dem gemeinsam man die Zukunft geplant hatte, ist urplötzlich nicht mehr vorhanden. Mitten raus aus dem Alltag. Kein Wort des Abschieds.
Bei der Auseinandersetzung um die Zukunft des Betriebes waren harte Worte gefallen, Streit hatte es gegeben um banale Punkte, wie schon so oft. Aufgebracht hatte man sich getrennt. Wie anders hätte man sich verhalten, hätte man nur gewußt, daß es die letzte Gelegenheit war. Die Nacht hätte nicht ausgereicht, all das zu vergegenwärtigen, was über Jahre die Beziehung geprägt hat. Zu spät. So leben wir nicht. Und wenn der Alltag sich wieder hergestellt hat, geht es in den verbliebenen Beziehungen weiter wie gehabt. Das aktuell Trennende steht vor dem prinzipiell Verbindenden, der Ärger und der tägliche Streß drückt die Freundschaft in den Hintergrund. Irgendwann wird es wieder zu spät sein . . .

Umso wichtiger, sich wenigstens **danach** verhalten, sich zumindest mit dem Toten auseinandersetzen zu können. Trauerarbeit: den Schicksalsschlag überwinden, „loslassen" lernen, wie es Rüdiger Reitz in seiner Ansprache genannt hat.

Ich weiß nicht, wie das ansonsten heutzutage geregelt ist. Wir jedenfalls hatten schlechte Karten. Kaum die Nachricht von Adu's Tod, waren wir im Krankenhaus, um ihn noch einmal zu sehen, um uns das Unfaßbare durch Augenschein bewußt zu machen – und wurden auf dem Flur abgefertigt, zurückgeschickt. Am nächsten Tag sei er in der Kapelle der Klinik aufgebahrt. Die Trauer blieb namenlos, stumm. Der Betrieb war dicht, alle in alle Winde verstreut. Zum Glück war da die Wohngemeinschaft, sonst eher ein zufällig zusammengewürfelter Haufen, jetzt der Punkt, an dem sich die Trauer bündeln konnte. Stumm, gelähmt, trauernd am Küchentisch. Planlos. Viel Alkohol. Zerschlagen in's Bett.

Für den nächsten Tag hatten wir uns verabredet, wollten gemeinsam in die Kapelle, Abschied nehmen. Aber nichts war mit Aufbahrung. Niemand war zuständig, niemand wußte was, alle waren konsterniert – als sei es völlig weltfremd, bei seinem Toten sein zu wollen. Schließlich die Auskunft: nicht heute, morgen werde er aufgebahrt werden.

Bei der Trauerfeier in der Krebsmühle

Hilflosigkeit, schließlich Wut: das hält man doch im Kopf nicht aus; wie soll man **so** damit fertig werden? Aber die Wut ist hilfreich. Zum erstenmal gelang es uns, darüber nachzudenken, daß ja das Begräbnis vorbereitet werden mußte. Und es war in der Tat höchste Eisenbahn. Wie das nämlich so ist, hatten die Eltern die Sache längst in der Hand. Und es war nur dem glücklichen Umstand zu verdanken, daß Adu mit 16 aus der Kirche ausgetreten war, daß wir überhaupt eine Chance bekamen, uns darum zu kümmern, ihn halbwegs würdevoll aus dieser Welt zu verabschieden. Der zuständige Pfarrer hatte sich geweigert, Adu im Ornat zu bestatten, und das war denn auch den Eltern zu viel.
Also Besuch bei den Eltern. Oh Gott! Man hatte sich zwar jahrelang nicht um den Sohn gekümmert, aber das jetzt die Chaoten aus der Krebsmühle den Anspruch erhoben, für Adu's Beisetzung zu sorgen – nein, verscharrt sollte er denn doch nicht werden. Unverständnis. Tränen. Und schließlich doch: gab es die Einwilligung, unter Auflagen (Familiengrab, kirchliche Beisetzung).

Von diesem Moment an wurde es leichter, weil wir was tun konnten. Und wir hatten ungemein viel Glück. Es ist uns gelungen, bei den Vorbereitungen für Adu's Begräbnis jeglichen Kommerz auszuschalten. Rüdiger Reitz war sofort bereit, für Adu bei der Trauerfeier und am Grab zu sprechen. Als Pfarrer konnte er dies auf dem Friedhof auch in vollem Ornat tun. Und er fand in beiden Fällen genau die richtigen Worte – Adu blieb das aufgesetzte, geheuchelte Geseire erspart, das bei Begräbnissen üblich ist. In Berthold Wiesel fanden wir einen Bestattungsunternehmer, der uns weitgehend freie Hand ließ bei der Ausgestaltung der Trauerfeierlichkeiten: den Sarg haben wir selbst gebaut. Adu liegt in seinen Lieblingsklamotten drin, mit seinem Lieblingsbettzeug, und ein bischen was zu rauchen hat er auch dabei. Seine Freunde haben den Kranz angefertigt, seine Freunde kamen zur Totenwache (die dann nicht stattfinden konnte, weil die Stadt Oberursel die Genehmigung verweigerte), von seinen Freunden ist er zum Grab getragen worden.

Wir haben sehr viel gelernt in diesen traurigen Tagen zwischen Adu's Tod und seinem Begräbnis. Rüdiger's Initiative für ein alternatives Bestattungsunternehmen, von uns klammheimlich immer belächelt, ist uns schlagartig in seiner Bedeutung bewußt geworden. Diese Gesellschaft hat keine Sterbe-Kultur mehr. Das Aufbahren des Toten in seiner Lebensumgebung, im Kreis seiner Angehörigen, die Möglichkeit für die Angehörigen, in Ruhe von ihrem Toten Abschied zu nehmen – dies ist uns schon weitgehend weggenommen worden. Indem sie uns aber die Toten klauen, reduzieren sie das Leben zur Funktion. Die Art, in der bei uns heute gestorben wird, mindert den Wert des Lebens im Nachhinein, auch das derer, die übrig bleiben.

Wir haben vielen zu danken, die es uns ermöglicht haben, Adu würdig unter die Erde zu bringen, seiner Person, seinem Leben angemessen.
Wir können nach unseren Erfahrungen nur jedem empfehlen, alles zu tun, um nicht im Krankenhaus zu sterben; und wir empfehlen allen Mitgliedern in Gruppen, ein Testament zu machen. Ansonsten haben Eure Freunde nach Eurem Tod keine Chance, sich um Euch zu kümmern – und das kann bitter werden, nicht so sehr für Euch, sondern für Eure Freunde.

Karl Bergmann

Seit der großen Finanzkrise vor zwei Jahren, die durch die Umschuldung des Krebsmühle-Kaufs – finanziert durch die Berliner Stiftung „Umverteilen" – zunächst behoben werden konnte, wird in der Krebsmühle verzweifelt darum gerungen, das Herz der „alten" ASH, die Krebsmühle GmbH, auf solide Füße zu bringen.
Ein ganzes Jahr hat es gebraucht, die Zahlen sauber auf die Reihe zu kriegen, ein weiteres halbes Jahr, aus diesen Zahlen organisatorische und finanzielle Konsequenzen zu ziehen. Der Betrieb (mit seinen verschiedenen Bereichen) ist personell und organisatorisch „generalüberholt" worden. Aber: auch in dieser Umbauphase sind Verluste entstanden, die den Bestand des Unternehmens bedrohen.

Dringender Hilferuf aus der Krebsmühle:

Kapitalgeber gesucht !!!

Aus einer solchen Situation hilft man sich in der Regel durch Kredite. In der Krebsmühle GmbH ist dies jedoch – wg. der Gefahr der Überschuldung – nicht möglich. Gesucht wird also **Eigenkapital.**
Die Krebsmühle sucht dringend solche Menschen, die die über 13 Jahre erbrachte Aufbauleistung (an)erkennen und bereit sind, verfügbares Geld möglichst langfristig in der Form stillen Gesellschaftskapitals in den weiteren Aufbau und die Konsolidierung mit einzubringen.
Dies soll nicht „umsonst" geschehen, aber auch nicht zu Bedingungen, wie sie im kapitalistischen Risiko-Investment üblich sind. Schließlich arbeitet die Krebsmühle GmbH nach wie vor und weiterhin „anders": die Betriebsziele **Selbstverwaltung, ökologische und soziale Verträglichkeit der Produkte und der Arbeitsweise,** mit den Komponenten **Kapitalneutralisierung** und **Lohnobergrenzen** verhindern ein privates Abschöpfen von Gewinnen. Gewinne – so sie denn anfallen – werden in den Aufbau der Selbstverwaltung, in kulturelle, ökologische, politische Projekte gesteckt.

Angeboten werden 5% Verzinsung p.a.

Wer also sein Geld (auch) politisch arbeiten lassen und an der Krebsmühle beteiligt sein will, kann dies nach einem Anruf in die Wege leiten: unter der Nummer:

☎ (06171) 73016

stehen Gudrun Schmidt und Karl Bergmann für weitere Auskünfte zur Verfügung.
Wir garantieren die ordentliche Abwicklung, die Offenlegung des Zahlenmaterials und die pünktliche Zinszahlung. Alle Gesellschafter werden außerdem monatlich von der aktuellen Entwicklung, von durchgeführten und geplanten Projekten unterrichtet und erhalten jährlich die Unternehmensbilanz.

Fonds Soziokultur

Bundesmittel für beispielhafte Kulturprojekte
Der Fonds Soziokultur vergibt seine Fördermittel 1988

Das Kuratorium des Fonds Soziokultur hat auf seiner Sitzung Anfang Juli erstmals über die Vergabe der Fördermittel 1988 entschieden.

Die Aufgabe des Kuratoriums war nicht leicht: Insgesamt 185 Anträge waren in kurzer Zeit in der Geschäftstelle eingetroffen, mit denen Fördermittel in Höhe von 1,9 Mio. DM nachgefragt wurden. Es standen aber nur 170.000,- DM zur Verfügung, die auf 22 Projekte von Kiel bis München verteilt worden sind. Im Durchschnitt haben diese Projekte jeweils knapp 8.000,- DM erhalten, wobei die Beträge von 1.000,- DM und 23.000,- DM die Grenze nach unten und oben markieren.

Dennoch gab es zufriedene Gesichter, als das 8-köpfige Kuratorium nach 10-stündiger Beratung entschieden hatte. Die Fördersumme sei zwar „nur ein Tropfen auf den heißen Stein" im Verhältnis zur über 10mal höheren Antragssumme, aber – die ungewöhnlich große Resonanz auf den neu eingerichteten Fonds sei ein Beleg für dessen kulturpolitische Notwendigkeit und ein guter Start im ersten Förderjahr, der die Erwartung rechtfertige, daß im nächsten Jahr mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden.

Der Fonds Soziokultur ist ein gemeinnütziger Verein mit Sitz in Hagen, der Bundesmittel für modellhafte soziokulturelle Projekte vergibt, die in diesem Jahr ausschließlich vom Bundesminister des Inneren zur Verfügung gestellt werden. Der Fonds Soziokultur ist ein Zeichen der politischen Anerkennung dieser Kulturarbeit und will sich darum bemühen, die weitere Entwicklung dieses kulturellen Praxisfeldes auf Bundesebene finanziell, konzeptionell und politisch zu unterstützen.

Einblicke '88

Vom 23. bis 25. September findet, veranstaltet vom Darmstädter Betriebetreffen, in der „Wagenhalle" Griesheim eine Messe mit Begleitprogramm statt.

Nach der Eröffnung am 23.9. um 14 Uhr steht das Abendprogramm unter dem Thema: „Ökobank und Selbstverwaltungswirtschaft". Um 20 Uhr tritt das Kabarett „Contrabiß" mit Sketchen zum Thema auf und um 21 Uhr folgt dann eine Diskussionsrunde mit J. Ph. Bethmann und Vertretern der Ökobank.

Am Samstagmorgen wird die Messe mit einem ganztägigen Landwirtschaftsfest und Ausstellung (Veranstalter: Verband der ökologischen Landwirtschaft) fortgesetzt. Im Begleitprogramm gibt es mehrere Vorstellungen des Puppentheaters „Kikeriki" und am Abend tritt das Frankfurter Kurorchester mit seinem neuen Programm „Bestiarium" auf.

Sonntags spielt zum Frühstücksbüfett die Gruppe „ZSA ZSA" Zigeunerjazz und ab 14 Uhr gibt es zum Abschluß „Einblicke in eine andere Welt" mit Musik, Tanz und Spielen aus anderen Kulturen.

November-Tagung zum Thema IWF und Weltbank

Gemeinsam mit dem Institut für Politische Wissenschaft und dem Seminar für Wirtschaftswissenschaft der RWTH Aachen plant die Peru-Gruppe Aachen für den 19./20. November eine Tagung, um die historischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte der Verschuldungsproblematik zu diskutieren und mögliche Auswege aus dieser fatalen Situation aufzuzeigen.

Tagungsort wird voraussichtlich das Karman-Gebäude der RWTH Aachen sein.

Anmeldungen an:
Gerhard Schilling
Kapellenstr. 32
5100 Aachen
☎ (0241) 60 25 48

Der Gratisverein Berlin

Red. Heidelberg Dienstleistungen, Gebrauchsgegenstände werden getauscht, Geld fliegt aus dem Fenster – sowas gibts/gabs nur bei uns oder?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Seit etwa Anfang der 80er Jahre „praktizieren" Menschen fast jeden Alters und jeder Bevölkerungsgruppe einen Austausch mit Kommerz, aber ohne Geld. D.h. fast ohne, denn die Gratislisten kosten zumindest den Selbstkostenpreis für unseren Drucker und das Monopol Deutsche Bundespost macht auch 'ne DM. Wir standen schon öfter in der „normalen" Presse und machen Öffentlichkeitsarbeit. Doch nun wird das anders.

Wir wollen mehr!!! Es gibt bisher eine *Gratisliste* (Angebote an Dienstleistungen fast aller Art, Verleihaustausch) – sowie einen *Gratisspeicher* (alle Verschenke-Angebote erscheinen fast regelmäßig an einer Häuserfassade im Wedding und müssen unbedingt an mehreren Stellen/Bezirken sichtbar sein).

Im Moment haben wir wieder keinen *Gratisladen* (hier kann Mensch/Tier alles bekommen, was es/sie/er zum Leben und Vergnügen braucht).

Dieser ist für uns alle von unschätzbarem Nutzen und muß unbedingt wieder her!!!

Wir hatten in Berlin mehrere Räumlichkeiten, die jedoch nie von Dauer waren. Auch haben wir hier ein Fabrikgebäude besetzt, das zu 80 % leer steht und abgerissen werden soll. Doch wir fanden leider zu wenig Besetzer, die mitmachten. Dem Besitzer übergaben wir zwar öfters eine unserer heiß begehrten Gratislisten, um ihn an unserer Idee und Möglichkeit des Gebrauchs und dergleichen teilhaben zu lassen, damit er so seine Miete einnimmt (d.h. er bekommt eine Gegenleistung ohne Geld dafür), doch machten wir die Rechnung ohne den Wirt, er machte sich nichts daraus und schloss uns kurzerhand die Türen ab, und wir standen draussen. Gut zureden half garnichts, denn der gute Herr Liebrecht verkaufte unterdessen das Grundstück mit Gebäude und wir hatten das Nachsehen. Nun haben wir im Laufe der Zeit Gelegenheit gehabt, Räumlichkeiten zu nutzen, doch keines dieser Angebote war von Dauer. Zum einen lag es an unserer unbestechlichen Art, die die „Vermieter" aufschrecken ließ, oder Ihnen war es doch nicht ganz das Gelbe vom Ei, ei, ei.

Also, wir möchten für Menschen die Möglichkeit schaffen, in einem *Umsonst-Laden* Dinge des täglichen oder auch fremden Bedarfs zu erwerben, die eben, und das ist das hüpfende Komma, kein Geld kosten dürfen. Doch wie weit kommen wir, wenn der Raum keine Miete kosten darf, weil der Gratisverein kein Geld hat und auch keins eintreiben will? Das heißt dann: kein Angebot, das öffentlich zugänglich ist. Was ist dann mit der Idee, ohne Geld auszukommen? Alles Lüge? Nun komme ich so langsam aber sicher wieder auf den Boden der Tatsachen zurück und versuche einen Ausweg zu finden. Nun, wir brauchen Räumlichkeiten, die zentral liegen, etwa 200 qm haben und kein Geld kosten. Also welcher hirnverbrannte Besitzer in Berlin und anderswo stellt Räumlichkeiten zur Verfügung?

Wollt Ihr auch diese Gesellschaft verändern, dann laßt uns alles Überflüssige vergessen. Wir machen uns gegenseitig in der linken Szene das Leben schwer, weil wir uns nicht vertrauen – wir berechnen zuviel in unseren Köpfen.

Warum malochen wenige aufopfernd „ehrenamtlich", und helfen an einem neuen Gerüst zu bauen, und sehr, sehr viel mehr gucken zu, wollen mitreden, ohne einen Handschlag dafür herzugeben und vergessen dabei, daß sie den Entwicklungsprozeß empfindlich stören. Aber nur nach dem Motto „Seid nett zueinander" zu eifern, bringt es auch nicht, gelle.

Für **Nachfragen** und **Tips** freuen wir uns, **schreibt an:**
Artur Reubekeul
Kantstr. 117
1000 Berlin 12
Also alles Liebe und was Ihr Euch sonst noch so wünscht,
Artur

AURO Nr. 235 Naturharzöl-Weißlack

Altmeisterlich

Bereits seit der Renaissance verwenden Künstler das Dammar-Harz als Bestandteil ihrer hochwertigen Malmittel. Es hat dazu beigetragen, die Leuchtkraft der Pigmente über Jahrhunderte zu konservieren.

Gelöst in ätherischen Ölen, ist Dammar – das Harz des indonesischen Shorea-Laubbaums – auch ein wertvolles Bindemittel für AURO Naturharzöl-Lacke. Es gewährleistet gute Haftfestigkeit und Elastizität ohne zu gilben.

Als pflanzlicher Rohstoff verkörpert Dammar-Harz das AURO-Konzept einer sanften Chemie: Gewinnung und Verarbeitung stehen im Einklang mit ökologischen Kreisläufen. Das Produkt ist risikofrei in der Anwendung – und problemlos zu verarbeiten ist es natürlich auch.

Der Natur vertrauen.

AURO

Postfach 1220 · D-3300 Braunschweig · Telefon 05 31-89 50 86

Gestern noch vorm Abgrund – heute schon einen großen Schritt weiter....

Perspektiven der Alternativen Ökonomie bis zum Ende des Jahrtausends

Ursula Brockner

...und morgen?

Red. Bonn **Nach zehnjähriger theoretischer und praktischer Einmischung in Sachen Alternativökonomie trafen sich Mitte Juli in Arnoldshain alle, die im Umfeld des „Theoriearbeitskreises Alternativer Ökonomie in der AG SPAK" (TAK AÖ) Namen und Erfahrung haben.**

Mit der angenehmen Mischung von Souveränität und Aufmerksamkeit, die eines handverlesenen Managmentseminars würdig gewesen wäre, kamen etwa 130 Personen und trugen ihre Positionen und Reflektionen zusammen, um einen **Ausblick auf das Szenario der** Selbstverwaltungswirtschaft mit ihren kulturellen und sozialen Ansprüchen bis zum Beginn des nächsten Jahrtausends zu wagen.

Der Mut, der dieses Vorhaben von Anfang an beseelt hatte, wurde mehr als belohnt:
Die Kreativität der Projekte, die Vielfalt der Entwicklungen, das Spektrum der Meinungen und die Differenziertheit der Erfahrungen – das alles erzeugte entgegen manchen Befürchtungen *kein* Gefühl von Chaos oder neuer Unübersichtlichkeit. Im Gegenteil, gigantomanische Entwürfe wurden sozusagen auf das realistische Maß von Handgepäck fürs eigene Projekt gebracht und blieben ansonsten „der Gesellschaft" vorbehalten.

In den Essentials dieses Handgepäcks besteht auch nach 10 Jahren gemeinsamer Praxis überwiegend Konsens:
Arbeitskraft soll exemplarisch aus ihrer Entfremdung befreit werden, Arbeit **einen gesellschaftlichen Sinn haben und sowohl in den Bereichen gesellschaftlicher Produktion wie Reproduktion ökonomische Unabhängigkeit bieten.**

Obwohl die Wege dorthin gelegentlich labyrinthartige Formen annehmen, war dieser Konsens durchgehend zu spüren und ein solides Fundament für kontroverse Diskussionen.

Die **Ergebnisse des Kongresses** – sofern man sie als Arbeitsgrundlagen versteht – wurden auf zweierlei verschiedene Weise festgehalten:
Zum einen in Rolf Schwendters dialektisch-literarischem Simultankunstwerk als **„NOTATE zu den Perspektiven alternativer Ökonomie"**, in dem auf rund 20 Seiten sämtliche highlights, Schatten und Schattierungen der AÖ wie sie in Arnoldshain in sich präsentierten, aufgefächert und der (Selbst-)Ironie und Kritik der Teilnehmnden resumierend anheimgestellt wurden.

Zum anderen wurden aus den einzelnen Plenardiskussionen und Arbeitsgruppen die Ergebnisse auf **Wandzeitungen** festgehalten und in einer Art Perspektiven-Slalom von Bernd, Lutz, Sybille und mir zusammengetragen, ausgewertet und als **Grafik** im Abschlußplenum präsentiert.

Damit sollte nun im Gegensatz zu Rolf, der Versuch gemacht werden, das Kongreßgeschehen nicht aufzufächern, sondern zu bündeln und ohne inhaltliche Bewertung einzelner Positionen den Diskussionsprozeß abzubilden.

Die detaillierten Ergebnisse werden in der Oktober- Ausgabe von CONTRASTE veröffentlicht.

Stellungnahme zum Artikel „Jetzt wird's ernst" über die BAG Netzwerke in CONTRASTE Juli/August 1988, Seite 4:

„Das Vorgehen einer kleinen Gruppe von Südhessen in diversen brachliegenden Selbstverwaltungseinrichtungen, „den Vorstand zu übernehmen" und so mit einem Rattenschwanz an „Legitimation" im Ökobank-Verein, aber auch gegenüber der CECOP aufzutreten, wurde als reine Machtpolitik verurteilt." (so CONTRASTE-Redakteur Kurt Regenauer im o.g. Artikel).

Mit der kleinen Gruppe von Südhessen sind offensichtlich die Mitarbeiter des Instituts für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung gemeint, die, als die alten Vorstände des Netzwerk Rhein-Main, wie des Verbands Selbstverwalteter Betriebe in Hessen, diese Institution Ende 1987 in Anbetracht passiver Mitglieder und widriger politischer Konstellationen auflösen wollten, sich für die Erhaltung dieser Netze einsetzten und auf ordentlichen Mitgliederversammlungen gewählt wurden. Wohlgemerkt für eine Übergangszeit, mit dem erklärten und selbstgesetzten Ziel, in absehbarer Zeit sich selbst tragende Strukturen zu schaffen (Neuwahlen im Verband: Herbst '88).

Die BAG-Netzwerke sei zum ersten auf das Gesprächsprotokoll ihres früheren (?) Geschäftsführers Michael Raetsch anläßlich seines Besuchs beim Netzwerk Rhein- Main am 10.2.88 erinnert: „Was einerseits wie Machtkonzentration und Palastrevolution aussieht, ist gleichzeitig die Chance, zu Ergebnissen zu kommen, da auf professioneller Ebene und mit hohem Engagement kontinuierlich gearbeitet werden kann („Steuerungscrew"). Was in diesem Netz noch fehlt, ist die Ökobank." (Protokoll M. Raetsch, S.2)

Zum zweiten: Wer glaubt bei den BAG-Netzwerken eigentlich daran, daß der Ökobank-Verein oder gar die CECOP sich durch Vorstandsposten in Regionalvereinen, deren organisatorische Schwäche bekannt ist, beeindrucken läßt; und was in aller Welt, ist unsittlich an einem Antrag auf eine Bürogemeinschaft an die Mitgliederversammlung des Ökobank-Vereins?

Zum Journalismus von Kurt Regenauer und zur politischen Kultur in dieser unserer Szene: Warum kommt eigentlich weder Kurt, der ja vor dem Schreiben seines Artikels mehrfach mit uns Kontakt hatte, noch jemand von den uns Verurteilenden aus den Reihen der BAG-Netzwerke auf den doch eigentlich naheliegenden Gedanken, sich einmal über Hintergründe, Ablauf und Intention unseres Engagement bei Netzwerk und Verband oder des Antrags auf die Bürogemeinschaft zu erkundigen, statt Verschwörungstheorien zu entwickeln.

Wir hoffen, daß wir in einer der nächsten CONTRASTE-Ausgaben Gelegenheit bekommen, Geschichte, Pläne und erste Arbeitsergebnisse des „Hessen-Clans" darzustellen. In dieser Ausgabe fehlte offensichtlich der Platz.

Diethelm Damm, Gabriele Herbert, Uwe Kirchbach, Reinhard Neumann, Jochen Reinalda, Fritz Warthenpfuhl (Mitarbeiter des Instituts für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung in Darmstadt).

Wenn einer eine Reise tut

Bericht vom Internationalen Seminar „Politische Ökonomie der Selbstverwaltung" in Dubrovnik/Jugoslawien vom 11.-22.4.88

An dem Seminar nahmen ca. 30 Menschen aus elf Ländern teil, die alle in dem Bereich der Selbstverwaltung arbeiten, forschen, partizipieren oder auch nur sympathisieren. Aus der BRD waren u.a. Jochen, Bernd, Gabriele und Reinhard angereist, alle auch im Institut für Selbstorganisation ... tätig.

Es gab täglich Präsentationen/Berichte aus den verschiedenen Ländern und Bereichen: alte und neue Problemfelder bzw. Lösungsansätze wurden dargestellt und täglich diskutiert - vieles davon mußte uns für die Praxis zumindest fremd erscheinen. So begegneten wir immer wieder der Verknüpfung von Gewerkschaften/Genossenschaften, d.h. der gegenseitigen Stützung und im Speziellen der Unterstützung von SV- Initiativen. Wir erfuhren, daß es in vielen Regionen eben nicht diese Blockbildung Gewerkschaften/Genossenschaftsverbände auf der einen und Selbstverwaltung auf der anderen Seite gibt, sondern in der Mehrzahl kein Bekämpfen, dafür aber Förderung angesagt ist – eine für uns utopisch erscheinende Situation.

In einigen Ländern gibt es darüberhinaus Verknüpfungen/Netze, die regional greifen und dort Genossenschaften oder auch „worker-owned enterprises" finanzielle, qualitative (Weiterbildung) und politisch- ideelle Hilfen bieten. In dieser Hinsicht vermochten wir nur wenige Beispiele aus der BRD zu benennen, die ähnlich positiv besetzt waren. Unsere Präsentation schilderte alte/neue Genossenschaftsentwicklung Selbstverwaltungs-Bewegung seit '68 – neue Verknüpfungen am Beispiel Hessen - Ökobank. Vielleicht stehen wir in dieser Hinsicht eher am Anfang, doch es gibt in anderen Ländern offensichtlich Anschauungsmaterial.

In unserem Gastland Jugoslawien wird Selbstverwaltung als Gesamtkonzept praktiziert, mit mehr oder minder großem Erfolg. Doch auch hier begegneten uns viele Situationen, die wir von unserer Alltags- Praxis her gut kennen. Ob Arbeitsformen, -teilung, Besitzverhältnisse, Lohnfragen und vor allem die berühmte Verantwortung. All dies ist präsent, eben auch in einer Maschinenfabrik mit 4000 Beschäftigten, die aber z.B. ein Lohnverhältnis von 1:4 (Verhältnis zwischen Mindest- und Höchstlohn) aufrechterhalten kann, was eben nicht einem Einheitslohn entspricht, aber gerecht erscheint.

Neben diesen eher strukturell-ökonomischen Zusammenhängen fand ich persönlich die Diskussionen zur politischen Bedeutung der Selbstverwaltung sehr spannend. In allen Ländern wird das Problem des „new conservatism" gesehen und dabei die Gefahr erkannt, daß gerade der Selbstverwaltungssektor, oft mit kleinbürgerlichen Tendenzen, in diesen Rechtsschwenk (Wende) einmünden könnte, was nun den früheren Zielen und wohl auch noch den gegenwärtigen zuwiderlaufen muß.

Ich denke, diese Diskussion gilt es verstärkt zu führen und mir wird auch die Aufgabe von Vernetzungen in dieser Hinsicht klar. Hier sollten in der Zukunft gerade von Verbänden, Vereinen oder auch Ökobankern klare Positionen bezogen werden, um nicht obige Tendenzen klammheimlich zu unterstützen.

Reinhard Neumann, Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung

IWF – „Ein Krieg mit Zinsen“

Die nachstehende Rede hielt der brasilianische Gewerkschafter und Führer der Arbeiterpartei (PT) Lula im August '86 auf der lateinamerikanischen Konferenz gegen die Auslandsverschuldung in Havanna.

Ich komme aus einem Land mit 130 Millionen Einwohnern, das gemäß offiziellen Angaben im Jahre 1984 einen Kapitaltransfer von 11,337 Mrd. $ getätigt hat, eine Summe, die der Bezahlung eines monatlichen Mindestlohns von 50 $ an mehr als 15 Millionen Brasilianer für die Dauer eines Jahres entsprechen würde. Diese Summe ist das Dreifache von dem, was das Budget von 1985 für Bildung, Kultur, Gesundheit, soziale Sicherheit und Wohlfahrt zusammengerechnet vorsieht und sogar das dreißigfache des Budgets des Ministeriums für öffentliche Gesundheit.

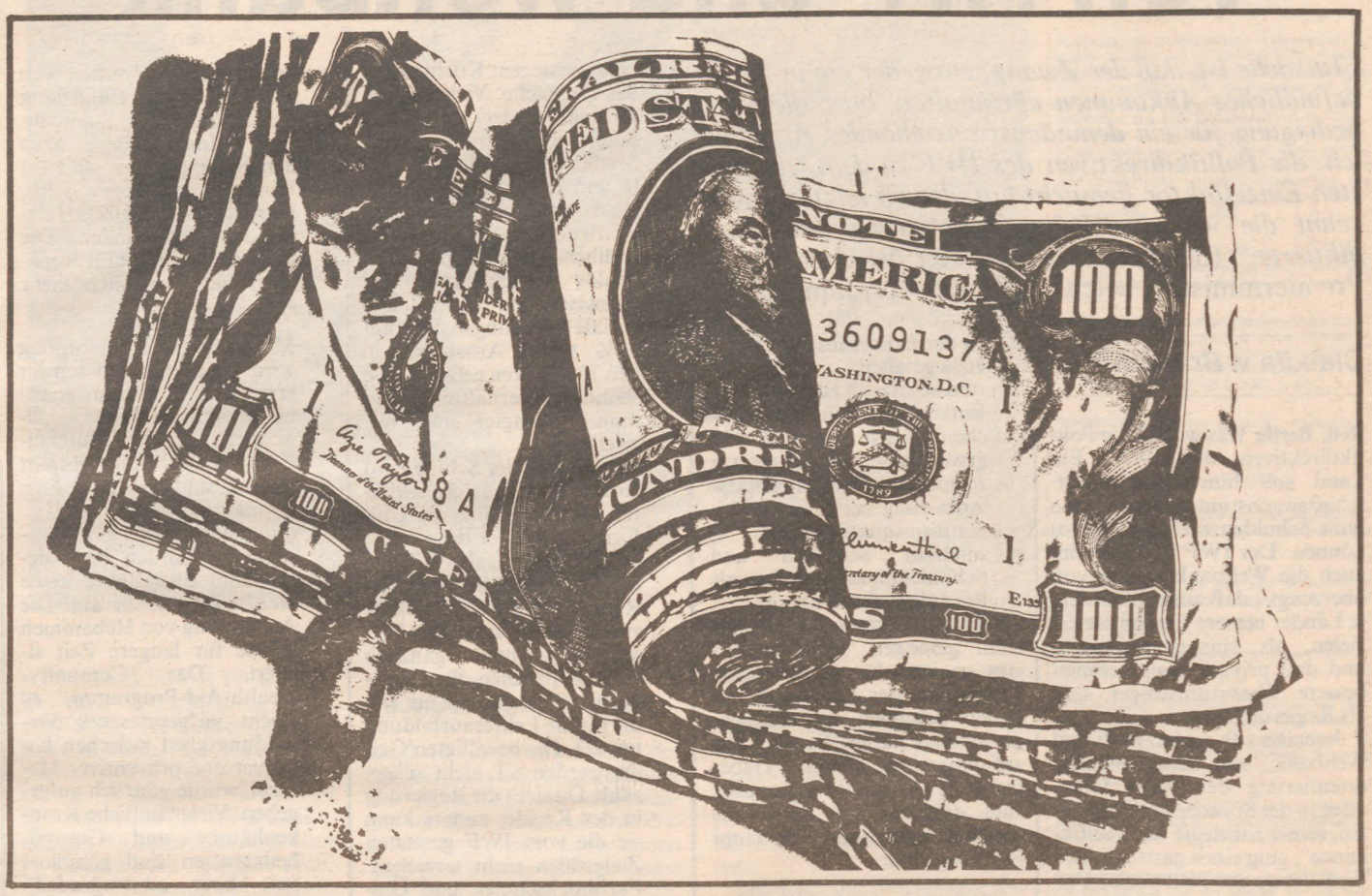
Brasilien hat das achtgrößte Bruttosozialprodukt der kapitalistischen Welt, im Nahrungsmittelexport steht das Land an vierter Stelle, sein Industriepark ist der größte in Lateinamerika. Und trotzdem lebt die Bevölkerung in trostlosen Verhältnissen.

a) Brasilien belegt in Punkto Unterernährung den sechsten Platz der Weltrangliste
b) Zwölf Millionen Kinder leiden seit dem siebten Lebensjahr an Unterernährung – damit steht das Land, gemäß UNICEF, nach Nigeria, Äthiopien und Haiti an vierter Stelle.
c) 86 Millionen Brasilianer nehmen weniger als 2.240 Kalorien täglich zu sich, davon nach Zahlen der FAO in Folge von Arbeitslosigkeit 13,4 Millionen sogar weniger als 1.600 Kalorien.

Die Situation wiegt umso schwerer, als diese Zahlen nicht nur für Brasilien, sondern für ganz Lateinamerika, ja sogar für die gesamte Dritte Welt gelten. Ohne daß man mich des Radikalismus oder der Demagogie bezichtigen könnte, glaube ich, sagen zu können, daß der Dritte Weltkrieg begonnen hat, ein stillschweigender, aber deshalb nicht weniger gefährlicher Krieg. Dieser Krieg steht im Begriff, Brasilien, und praktisch die gesamte Dritte Welt zu verwüsten. Diesmal sterben nicht Soldaten, sondern Kinder, und die Verwundeten sind die Millionen Arbeitslosen. Es werden nicht Brücken zerstört, sondern Fabriken, Schulen, Spitäler und ganze Wirtschaftszweige. Es handelt sich nicht um einen Krieg unter imperialistischen Mächten zwecks Aufteilung der Märkte, sondern um einen Krieg der größten kapitalistischen Macht, der Vereinigten Staaten, gegen den Lateinamerikanischen Kontinent. Es ist der Krieg der Außenverschuldung – ein Krieg der nicht mit Bomben sondern mit Zinsen geführt wird. Diese Waffe wirkt aber tödlicher als die Atombombe oder Laserstrahlen.

Die Auslandsverschuldung ist nicht nur deshalb so ernst, weil der IWF unserer Region Auflagen aufbürdet, sie ist auch ernst, weil verschiedene lateinamerikanische Herrscher im Namen der Auslandsverschuldung töten, foltern, und die Bedingungen der Armut, in denen unsere Länder sich befinden, über uns bringen. Einige Regierungen handeln unrechtmäßig, und wer weiß, es ist möglich, daß das Geld, das einige auf Schweizer Banken überwiesen haben, ausreichen würde, um die Hälfte der Schulden, über die wir hier reden zu bezahlen; aber anstatt zu zahlen, ist es notwendig, daß wir die Herkunft dieser Schulden aufklären und anstatt dieses Geld den Gläubigern zu geben, sollten wir damit unsere Bäuche füllen.

(aus BUKO „Die Schulden streichen“)



Ausverkauf zu Schleuderpreisen – Bankenstrategien in der Schuldenkrise

Katrin Mrugalla

Red. Nürnberg Als 1982 Mexiko seinen Staatsbankrott erklären mußte, bedeutete dies auch die Bankrotterklärung für die herrschende monetaristische Wirtschaftsdoktrin, nach deren Überzeugung ein Staat niemals pleite gehen kann.

Mexiko, 1982 zweitgrößter Schuldner mit damals 80 Mrd. $ Schulden, brachte durch seinen Bankrott eine Reihe von Gläubigerbanken, vor allem in den USA, in Bedrängnis. Die US-amerikanischen Gesetze schreiben den Banken zwingend vor, Wertberichtigungen auf Kredite vorzunehmen, für die 3 Monate keine Zinsen bezahlt werden. Dies bedeutete, daß schnellstmöglich eine Lösung für Mexikos Zahlungsunfähigkeit gefunden werden mußte; andernfalls drohte einigen größeren Gläubigerbanken der Zusammenbruch. Weder waren für diesen Fall größere Rückstellungen vorgenommen worden, noch gab es ein Einspringen des Nationalstaats.

In dieser Krisensituation wurde das – inzwischen hinreichend bekannte und praktizierte – Instrument der umfangreichen Umschuldung entwickelt:

Umschuldung:

1. Gewährung von *Freijahren* (dies gilt **nur** für den Kredit, nicht für die Zinsen!)
2. *Streckung* (z.B. 8 statt 5 Jahre Rückzahlungsfrist)
3. *Neuverhandlung der Zinsenhöhe* (eine Aussetzung der Zinszahlungen wurde wegen des o.g. US-Gesetzes dabei **nie** gewährt)
4. *Fresh money* (neue Kredite zur Bezahlung der Zinsen aus den alten Krediten)

Der letzte Punkt, die Bereitstellung weiterer Kredite, traf die Banken am härtesten, denn es entspricht durchaus nicht dem kapitalistischen Prinzip der Gewinnmaximierung, faulen Krediten gutes Geld hinterherzuwerfen. Allein die Notwendigkeit, regelmäßige Zinszahlungen erhalten zu müssen, zwang die Banken zur weiteren Kreditvergabe. Auf jeden Fall waren sie aber nicht bereit, ihr fresh money ohne jegliche Sicherheiten nach Mexiko und im weiteren Verlauf in andere Entwicklungsländer zu pumpen. Der inzwischen in relativer Bedeutungslosigkeit versunkene Internationale Währungsfonds (IWF) bekam hierbei seine neue Rolle: mit seinen Stabilisierungsprogrammen übernahm er die Funktion des Geldeintreibers für die internationalen Banken.

Ohne hier im einzelnen auf diese Stabilisierungsprogramme eingehen zu wollen, sei nochmals auf die besondere Bedeutung der darin enthaltenen Forderung nach „Senkung der Importe“ hingewiesen: die zu diesem Zeitpunkt erfolgte Industrialisierung der Entwicklungsländer war (und ist auch heute noch) stark abhängig von Importen aus den Industrieländern. Ein Rückgang dieser Importe bedeutete somit auch den Rückgang der Produktion, den Rückgang des Wirtschaftswachstums und letztlich die teilweise *Ent- Industrialisierung* der Entwicklungsländer.

Auflagen des IWF den Entwicklungsländern ein – wenn auch geringes Wirtschaftswachstum – den Banken garantierten sie die möglichst kontinuierliche Zahlung der Zinsen; von der Rückzahlung der Kredite sprach zu diesem Zeitpunkt bereits niemand mehr.

1985 war allen Beteiligten klar, daß die Stabilisierungsprogramme gescheitert waren. Die Einsparungen aus der „Gürtel-enger-Schnallen“- Politik des IWF reichten nicht aus, die kontinuierlich fallenden Rohstoffpreise und den Rückgang der Industrieproduktion auszugleichen. Zu diesem Zeitpunkt entwickelte der US-amerikanische Finanzminister Baker einen Plan, der für die Entwicklungsländer eine *wachstums-orientierte* Etappe einleiten sollte.

Der Baker-Plan

Über einen Zeitraum von 3 Jahren sollten die Weltbank und die Privatbanken 29 Mrd. $ **zusätzliches** fresh money in die Entwicklungsländer pumpen. Diese sollten sich im Gegenzug bereiterklären, ihre Wirtschaft in Richtung auf eine erhöhte Weltmarktintegration umzustrukturieren. Zu diesem Plan ist folgendes anzumerken:

1. 29 Mrd. $ sind letztlich – bei einem Gesamtschuldenberg der Entwicklungsländer von (1985) 992 Mrd. $ nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der niemals eine grundsätzliche Umstrukturierung – wohin auch immer – hätte bewirken können.
2. Der Plan scheiterte jedoch nicht daran, daß er sein Ziel verfehlte; die Banken waren nicht bereit, hierbei mitzuspielen und auch nur einen Dollar mehr als unbedingt notwendig an die Entwicklungsländer auszuleihen.
3. Die Gelder, die im Zuge des Baker-Plans von der Weltbank in die Entwicklungsländer gepumpt wurden, gaben diesen die Möglichkeit, ihre fälligen Zinsen weiterhin zu zahlen. Damit wurde quasi den US-amerikanischen Banken der zeitliche Freiraum geschaffen, die dringend notwendigen Rückstellungen auf 3.-Welt- Kredite vorzunehmen und sich somit weitgehend gegen Zahlungsunfähigkeit ihrer Schuldner abzusichern. Böse Zungen behaupten, der Baker-Plan habe letztlich nur genau dieses zum Ziel gehabt, verborgen unter dem Deckmantel der Hilfe für die Entwicklungsländer.

Inzwischen sind die US- Banken aufgrund von Rückstellungen besser abgesichert. Die deutschen Banken schreiben ihre 3.Welt-Kredite sogar nach und nach bis zu 75% ab; die Verluste (auf die ausgeliehene Summe) wurden – u.a. über Zinssenkungen bei Spareinlagen – auf die Kunden abgewälzt. Dennoch kassieren deutsche wie internationale Banken weiter die Zinsen auf die **volle** Kredithöhe.

Nach Schätzungen würden sich die deutschen Banken selbst bei einem Schuldenboykott aller Entwicklungsländer innerhalb von 5 Jahren völlig von diesem Verlust erholt haben. Ganz so gut stehen die US- Banken nicht da, und so wird weiterhin das Notwendigste an fresh money gezahlt, um wenigstens die Zinszahlungen verbuchen zu können.

1987 beliefen sich die Forderungen der Industrieländer an **Zinsen** auf 60 Mrd. US-$. Zahlen konnten die Entwicklungsländer davon aus eigenen Kräften 29 Mrd. US-$. Die fehlenden 31 Mrd. US-$ wurden als fresh money an die Entwicklungsländer gegeben und flossen sofort als Zinszahlungen an die Banken zurück. Mit anderen Worten: Trotz der 29 Mrd. US-$, die die Entwicklungsländer an Zahlung leisteten, handelten sie sich gleichzeitig 31 Mrd. US-$ zusätzliche Schulden ein.

Bereits seit langem ist allen Beteiligten klar, daß die aufgelaufenen Kreditsummen niemals werden zurückbezahlt werden können. Was die Banken jedoch seit 1987 verstärkt versuchen, ist, aus diesen Krediten finanziell noch herauszuholen, was eben herauszuholen ist. Bekannt geworden ist diese Taktik unter dem Stichwort

Debt Equity Swaps

Ein *debt equity swap* beginnt zunächst mit der *Verbriefung*, d.h. der Umwandlung des Kredits in marktgängige Wertpapiere. Verkauft wird dieses Wertpapier zu einem Bruchteil des ursprünglichen Wertes. Das bedeutet:

a) die Bank hat diesen Teil des unsicheren Kredites sicher eingenommen;
b) das Schuldnerland zahlt seine Zinsen – auf die volle Kredithöhe! – statt an die Bank an den Käufer,
c) der Käufer kann sich den Kredit im Schuldnerland in Landeswährung auszahlen lassen. Sobald dies passiert, spricht man von einem debt equity swap (Tausch von Schulden in Eigenkapital).

Fast immer werden die in Wertpapiere umgewandelten Kredite von transnationalen Firmen aufgekauft, die im Schuldnerland entweder rentable Aktien oder rentable Industriezweige aufkaufen, oder aber ihre eigenen Industrieanlagen erweitern wollen. Letztlich bedeutet dies den Ausverkauf der Entwicklungsländer zu Schleuderpreisen.

Insgesamt gab es bis Ende 1987 für 14 Mrd. US-$ debt equity swaps. Dies ist, betrachtet man die Gesamtschulden der Entwicklungsländer in Höhe von (1987) 1184 Mrd. US-$, nur eine minimale Summe. Dies zeigt, daß es eh kaum mehr rentable Bereiche in den Entwicklungsländern gibt, die sich zu kaufen lohnen.

Die meisten debt equity swaps gab es bisher für Chile- Kredite; ca. 10-15% der chilenischen Schulden wurden so umgewandelt. U.a. wurden von amerikanischen und australischen Firmen riesige Gebiete und Plantagen zur Obstproduktion für den Weltmarkt aufgekauft.

Die – im Vergleich zu den Gesamtschulden – geringen Summen, um die es sowohl beim Baker-Plan als auch bei den debt eqity swaps geht, können keine Lösung für die Schuldenkrise sein. Bei einer Verschuldung der Entwicklungsländer von über 1100 Mrd. US-$ kann hier höchstens von einem Rumkurieren an Symptomen die Rede sein, das den Siegern noch ein paar $ mehr an Gewinn beschert und die Entwicklungsländer endgültig auf die Stufe des Kolonialismus zurückdrängt.

Der brasilianische Gewerkschaftsführer Lula bei seiner Rede

Jamaika unter dem Diktat von IWF und Weltbank

„Tatsache ist, daß der Zwang, entweder ein in Kraft befindliches Abkommen einzuhalten, oder die Vorbedingung für ein demnächst anstehendes zu erfüllen, die Politikdirektiven des IWF zu dem wichtigsten Einzelfaktor gemacht hat, der im letzten Jahrzehnt die wirtschaftliche Orientierung Jamaikas diktierte." (der Wirtschaftsberater des ehemaligen Premierministers Michael Manley von Jamaika).

Claudia v. Braunmühl

Red. Berlin Was wollen die Politikdirektiven des IWF? Ein Land soll hinreichend Wirtschaftswachstum aufweisen, um seine Schulden zurückzahlen zu können. Der IWF und mit ihm auch die Weltbank sind davon überzeugt, „daß außenorientierte Länder bessere Ergebnisse erzielen, als binnenorientierte", und daß private Unternehmen bessere Wachstumsträger sind als Regierungen.

Jamaika z.B., sagen IWF und Weltbank, mit seiner Binnenorientierung der 70ger Jahre, oder, in der Sprache der Beteiligten, seiner Strategie der „Selfreliance", ging einen ganz falschen Weg, der zu aus Weltmarkt- Perspektive verzerrten Strukturen geführt hat und zu Lebensverhältnissen, die sich das Land eigentlich nicht leisten kann. Da muß also Strukturanpassung her und der muß nachgeholfen werden.

Es läßt sich nun aufzeigen, wie die einzelnen Bestandteile der Strukturanpassung ihre vorgeblichen Ziele systematisch verfehlen.

Jetzt

- liegt die Verschuldung bei 4 Milliarden US-Dollar. 1980 waren es 1,2 Milliarden.
- liegt das Verhältnis der Schulden zum Export bei 262%. (1980, wie gesagt, 122%), zum Bruttosozialprodukt mit über 150% doppelt so hoch wie 1980
- liegt das reale Bruttosozialprodukt knapp 20% unter dem von 1972
- ist der Export insgesamt um 16% gefallen
- sind zusätzlich zu den 20.000 Entlassungen im öffentlichen Dienst weiter 20.000 gewerbliche Arbeitsplätze zerstört, liegt die Kapazitätsauslastung bei 50%, die Investitionsquote bei 66%
- wachsen Schulden und Schuldendienst rascher als Produktion und Export.

Wachstum herzustellen ist also nicht gelungen. Im Gegenteil gibt es jetzt kaum mehr eine Chance für das Land, sich aus seinen Schulden herauszuproduzieren. Schärfer: die das Land auf Jahrzehnte an seine Geber fesselnde Verschuldung wurde zum größten Teil durch die Strukturanpassung überhaupt erst hergestellt.

Und noch etwas sieht anders aus:

- das Caribbean Food and Nutrition Institute errechnete: 1979 mußten zur Ernährung einer 5-köpfigen Familie 92% eines Mindestlohnes aufgebracht werden; 1985 sind es 250%. Traditionelle Speisen (local dish) von ehemals ärmlicher Alltäglichkeit rücken auf zu Festtagsgerichten: Akee und Salzfisch. Salzfisch 185% teurer. Gemüsesuppe mit Mehlklößen. Mehl 214% teurer. Gezuckerte, verdünnte Büchsenmilch, die einzige Milchform der Armen, 83% teurer. Hühnerhälse und -rücken, wichtigste tierische Proteinquelle der Armen, 74% teurer.
- Strom und Wasserkosten sind um mehr als das Doppelte gestiegen, Kochgas um das Dreifache. Viele Frauen kochen (wieder) mit Kohle unter Autofelgen.
- Mieten sind um das Doppelte und mehr gestiegen. Die einst zum Schutze der Armen eingerichtete Mietkontrollbehörde setzt nun gnadenlos Erhöhungen und Ausweisungen durch. Der soziale Wohnungsbau ist auf 30% seines Ausstosses in den 70er Jahren gefallen. Die Wohnraumverhältnisse sind immer beengter und verzweifelter.
- Der Besuch der Schule wird zu einem schwer erreichbaren Gut. Der Bus, die Uniform, die Bücher, das alles ist um über 300%, also in Höhe der Abwertung gestiegen. Im Rahmen der Haushaltskürzungen ist das staatliche Vorschulprogramm gänzlich eingestellt, fallen die Ausgaben für Grundschule um 1/3, die für die Lehrerausbildung um 2/3. Die bewilligten Gelder werden z.T. nicht ausgezahlt. Da steht die Regierung in der Kreide; anders kann sie die vom IWF gesetzten Zielgrößen nicht erreichen. Fachhochschulen und Universität erheben nun Studiengebühren.
- Knapp 50% der LehrerInnen haben die Schulen verlassen und zum Wachstum einer neuen Berufssparte beigetragen, der Informal-Commercial-Importer (I-CI), Higglers also, die begehrte auswertige Konsumgüter ins Land bringen. Die LehrerInnen wählen diese Form der Verwertung ihrer Arbeitskraft einerseits wegen des geringen Lohns, der im Rahmen der vom IWF gesetzten Lohnleitlinien um nur 13% in 8 Jahren gestiegen ist, andererseits wegen der zunehmend unerträglichen Arbeitsbedingungen. 55 SchülerInnen sind nun in einer durchschnittlichen Grundschulklasse. Die Schulen selbst werden von den Armen der Umgebung immer häufiger „vandalisiert". Insbesondere nach den Sommerferien sind oft Bänke, Stühle, Klos, Waschbecken, ganze Holzwände verschwunden. Die Regierung kommt für Reparatur und Ersatz nicht mehr auf.
- Medizinische Versorgung wird gleichermaßen schwer erreichbar. Impfprogramme, Moskitokontrolle, schulärztliche Vorsorgeuntersuchungen, es muß gespart werden, sind eingestellt. Eine Krankenschwesterausbildungsstätte ist ganz geschlossen worden, die andere nahm über Jahre keine Neuzugänge mehr auf. Die Ausbildung von Hebammen wurde für längere Zeit sistiert. Das Comunity-Health-Aid-Programm, zu Recht vielgepriesenes Verbindungsglied zwischen kurativer und präventiver Medizin, wurde gänzlich aufgegeben. Viele ländliche Krankenhäuser und Gesundheitszentren sind geschlossen, bzw. „downgraded" d.h., in Leistungs- und Ausrüstungsgrad runtergestuft. Vormals vom staatlichen Gesundheitsdienst unentgeltlich bereitgestellte Leistungen wie Mutter und Kind Vor- und -Nachsorge, Entbindungen, in der ambulanten Versorgung verabreichte oder verschriebene Medikamente, müssen nun bezahlt werden. Oft bringt das Personal es nicht übers Herz, das Geld einzutreiben oder die Leistung zu verweigern. So arbeiten gerade die ländlichen Gesundheitszentren mit hochgradig fiktiven Budgets. Die Regierung läßt ihre Zuwendung sozusagen anschreiben, um dem IWF sparsame Haushaltsführung vorweisen zu können. Die PatientInnen können oft einfach nicht zahlen. Auf der anderen Seite wurde, um SpezialistInnen zu halten, in den öffentlichen Krankenhäusern wieder Privatstationen eingerichtet.

Für die Masse der Bevölkerung sind öffentlich bereitgestellte Erziehung und medizinische Versorgung als Modus der Vergabe von Zukunft ohne Alternative. Hier wird über ihre Lebensqualität und ihre sozialen Chancen entschieden. Was da angerichtet wird, schlägt sich nicht sogleich in Zahlen nieder. Ihre Zukunft wird verpfändet. In wenigen Jahren werden Entwicklungshilfeorganisatione n, z.T. hat das schon begonnen, Projekte zu Hauf von nicht abzuweisender sozialer Problematik und menschlicher Dringlichkeit vorfinden.

Um aber noch einmal auf das Wachstum zurückzukommen. **Eine** Wachstumsindustrie gibt es und die ist im Freihafen von Kingston, der sog. Free Zone, gelegen. Dort bestücken US-amerikanische Firmen das ihnen von der Regierung schlüsselfertig hingesetzte Fabrikgelände mit in der Regel älteren Maschinen. Bislang wurden ca. 15.000 Frauen eingestellt, die in Akkordarbeit unter meist amerikanischem Management Büstenhaltern oder Strumpfhosen ein paar Stiche und Nähte hinzufügen, bevor diese aus dem Freihafen wieder in die USA verschifft werden. Die von Präsident Reagan als historisches Förderangebot gepriesene Caribbean Basin Initiative sichert solcher Produktion steuerliche Begünstigungen auch in den USA, sodaß die in der Freien Zone gemachten Profite sich sehen lassen können und große Nachfrage nach weiteren Fabrikanlagen besteht.

Gewerkschaften sind in der Freien Zone nicht zugelassen. Die Frauen verdienen im Schnitt zwischen 80 und 90 jamaikanische Dollar pro Woche (bei unter der DM liegender Kaufkraft). Trotzdem ist es nicht die Lohnfrage, an der sich der Ruf nach gewerkschaftlicher Vertretung entzündet, sondern fehlende Kantinen, oder auch nur einen Raum zum Essen, Beine ausstrecken, und Reden haben, und am Ende der Arbeit eine anständige Dusche, um sich erfrischt und mit einem Gefühl von Ansehnlichkeit auf den Nachhauseweg machen zu können. Es ist vor allem die ungewohnte Reduktion auf Arbeitskraft und nichts als das, und die weißen Manager, zu denen es keine Vermittlungsinstanzen gibt und die mit den britischen overseers der Plantagenzeit verglichen werden. Das Thema Freie Zone wird in Zeitungen und Radio eingehend diskutiert und immer ist da ein starker Zug von Scham. Ein Vierteljahrhundert nach der Unabhängigkeit die dringend benötigten Arbeitsplätze nur in dieser Form zu bekommen und sich dem beugen zu müssen, das schmerzt.

Proudhon oder Marx?

Red. Berlin Anfang Juni war Raúl Séndic, ehemaliger Führer der legendären Tupamaros von Uruguay, in Westberlin. In seinem Vortrag an der TU zu IWF und ökonomischer Situation in Lateinamerika stellte er folgende Forderungen auf: Bodenreform, Erlaß der Auslandschulden und Verstaatlichung der Banken. Welcher Art diese Bodenreform sein soll - vielleicht Kollektivierung der Landwirtschaft und Einrichtung von Staatsbetrieben wie in der Sowjetunion? - verriet er nicht. Auch nicht, was nach einer Entschuldung geschehen soll: erneute Verschuldung mit wieder herstelltem „Zinswucher" (Engels)? Ebenso nicht, was mit der Inlandsverschuldung und der dadurch bewirkten Zinsbelastung der Produzenten und Konsumenten geschehen soll.

Klaus Schmitt

Glaubt Séndic, dieses Problem ließe sich mit einer Verstaatlichung der Banken lösen? Den Mehrwertanteil Zins müssen auch die Staatsbanken zahlen, um an angehäuftes Geld heranzukommen, das sie benötigen, um Genossenschaften, Produktionskollektive, Staatsbetriebe usw. mit Krediten versorgen zu können. Und an diese müssen sie die Zinsbelastungen weitergeben, wenn sie kostendeckend arbeiten sollen. Anderernfalls müßten die Steuerzahler die Zinslasten subventionieren. Der lachende Dritte ist immer der Finanzkapitalist! Engels hat also vollkommen Recht, wenn er behauptet, unter den gegebenen Bedingungen des heutigen Geldsystems ist „Zinswucher" auch mit Wirtschaftskommunnen etc. nicht zu überwinden.

Zur Abschaffung der Ausbeutung der Menschen durch den Menschen mittels der Mehrwertanteile Zins, „Profit" (Kapitalrendite) und Bodenrente ist allerdings eine andere Mehrwertanalyse notwendig, als sie Marx und Engels geliefert haben. Den Ansatz einer alternativen Mehrwerttheorie finden wir bei Marxens Widersacher Pierre Joseph Proudhon; Silvio Gesell und John Maynard Keynes haben ihn weiterentwickelt und auf den Begriff gebracht.

Der Mehrwert ist keine antiquierte Angelegenheit, belastet doch der Geld-, Kapital- und Bodenzins die Bundesrepublik 1982 mit 460 Milliarden DM, wie Helmut Creutz feststellt. Sein Anteil an den Verbraucherpreisen beträgt durchschnittlich 28%, an den Mietpreisen sogar 50 bis 80%.

Die Bodenrente

Die Bodenrente ist ein Ergebnis der besonderen Knappheit der unvermehrbaren Naturprodukte Bodenfläche, Bodenschätze und vieler Naturkräfte. Da Boden nicht von Menschenhand produziert werden kann, die Bevölkerung und der gesellschaftliche Reichtum jedoch wachsen, bleibt einerseits das Angebot von Boden immer konstant und steigt andererseits die Nachfrage nach Boden unaufhörlich an. Das treibt seine Rente und seinen Preis unaufhaltsam in die Höhe - als arbeitsfreien Gewinn für seine Eigentümer. Laut Creutz betrugen die Bodenrente und der Bodenwertzuwachs des privaten Grundeigentums in der Bundesrepublik 1986 rund 120 Milliarden DM. Das ist mehr als das Doppelte des Verteidigungshaushalts.

Der Geldzins

Auch das Geld besitzt einen „Bonus" (Keynes), eine zinserpressende Vormachtstellung auf dem Markt. Ähnlich wie der Boden, ist es nicht beliebig vermehrbar und kann ebenfalls künstlich verknappt werden. Wird es aus der Zirkulation herausgezogen, dann kommen Absatz und Produktion zum Erliegen – eine Ursache für Konjunkturkrisen. Geld ist also eine „Schildwache" in den Händen des Finanzkapitals, wie Proudhon sagt, und kein den übrigen Waren gleichgestelltes „Äquivalent", wie Marx und die Klassiker behaupten. Es ist der „König des Marktes" (Proudhon).

Die „Riegel"-Funktion des Geldes führt auf seine Doppelfunktion als Tausch- und Sparmittel zurück: Es kann unter den Bedingungen einer Festwährung schadlos, bei Deflation sogar gewinnbringend, „gehortet" werden. Denn anders als Kartoffeln, Drehbänke und die menschliche Arbeitskraft, verursacht angehäuftes Geld – außer in einer Inflationsphase – keine „Durchhaltekosten" (Keynes): Es verrottet und veraltet nicht, es erfordert keine nennenswerten Lagerungs- und keine Instandhaltungskosten, es muß nicht ernährt und gekleidet werden usw..

Dieter Suhr nennt einen weiteren Vorzug des Geldes. Als Tauschvermittler besitzt es einen erheblichen *Transaktionskostenvorteil* vor dem direkten Tausch Ware gegen Ware. Die von Proudhon vorgeschlagenen und heute wieder erfolgreich praktizierten Tauschbanken (Barter-Clubs als Clearingstellen für den „geldlosen" Warenaustausch) fordern zur Kostendeckung eine Aufnahmegebühr von 90 bis 250 DM, einen Jahresbeitrag von 100 bis 400 DM und für jede Transaktion 7 bis 8% des umgesetzten Warenwerts. Der Vorteil liegt im ungestörten Warenaustausch und in der Vergabe von zinsfreien oder zinsbilligen Krediten an die Clubmitglieder. Dieses Clearingverfahren steht also in Konkurrenz zu dem bequemeren, aber zinsteuren und Zirkulationsstörungen verursachenden Geld.

Keynes stützt seine These von der Vormachtstellung des Geldes vor allem auf den *Liquiditätsvorteil*, den Geld vor allen anderen Waren einschließlich der Arbeitskraft und vor dem Realkapital besitzt. Anders als mit Regenschirmen, Hosenknöpfen, Backöfen, Grundstücken und selbst Juwelen und ungeprägten Edelmetallen, können mit dem Bar- und Giralgeld, diesem „Joker" (Suhr) des Marktes, *jederzeit und überall* Produkte, Wertpapiere, Grundstücke, Devisen usw. eingekauft werden – ein erheblicher Vorteil, den Geldhorte ihren Besitzern z.B. für Spekulationszwecke bieten!

Auf diesen Liquiditätsvorteil des angehäuften Geldes verzichten seine Besitzer nur dann, wenn ihnen hierfür ein gleichwertiger Ersatz angeboten wird: der *Zins* als „Liquiditäts(verzichts)prämie". Jede/r, die/der diese „Ersparnis" (Keynes) benötigt, um ein Auto, ein Haus, einen Traktor, die Einrichtung für einen Kinderladen oder ein Grundstück kaufen zu können, muß diese Prämie zahlen, um an dieses Zahlungsmittel ranzukommen. 1982 betrug die gesamte Summe dieser Prämie in der BRD, die an Banken, Sparkassen, private Geldgeber usw. von allen Kreditnehmern allein an das inländische Finanzkapital gezahlt wurde, 243 Milliarden DM.

Besonders kurios ist, daß der Kreditnehmer die Liquiditätsprämie auch dann noch zahlen muß, wenn sich die Liquidität längst bei jenen befindet, bei denen er Verbrauchsgüter oder Investitionsmittel eingekauft hat: Er zahlt Monate und Jahre hindurch für etwas, was er schon längst nicht mehr besitzt. Dieser Belastung kann er sich nur entziehen, wenn er dem Gledgeber die gleiche Geldsumme zurückerstattet, die er erhalten hat. Ist er dazu nicht in der Lage und kann er auch die Liquiditätsprämie nicht zahlen, dann wird auch dieser Zins zu Kredit und muß ebenfalls verzinst werden! In diesem Falle steigen sowohl die Vermögen der Finanzkapitalisten wie auch die Schuldsummen der Kreditnehmer *exponentiell* an: bei nur 5% Zinsen verdoppeln sich so Reichtum und Schuldenlasten alle 14 Jahre!

Fortsetzung nächste Seite

Proudhon oder Marx? Fortsetzung

Der Zins bedingt den „Profit"

Um nicht in diese Falle zu geraten, muß der Kreditnehmer mit dem für den Kredit gekauften Sachkapital über alle Kosten einschließlich Arbeiter- und Unternehmerlöhne hinaus einen Gewinn erwirtschaften, der mindestens den Kreditzins abdeckt. Volkswirtschaftlich gesehen heißt das, daß das Sachkapital immer so knapp sein muß, daß in den Preisen der Produkte der neuinvestierten Produktionsmittel ein besonderer Knappheitsgewinn enthalten ist: die *Rendite*. Sie ist der wesentliche Anteil dessen, was Marx den „Profit" nennt.

Durch eine Vermehrung des Realkapitals bis zum Zustand der „Vollinvestition" (Keynes), also bis der Bedarf an Produkten durch die Produktivkraft des Realkapitals in einer Volkswirtschaft gedeckt ist, und durch den Wettbewerb der Produzenten könnte jedoch die Rendite verschwinden. Doch das verhindert der Geldzins. Er ist, wie Keynes festgestellt hat, unelastisch und kann eben nicht, wie Marx behauptet, „auf jede beliebige Tiefe fallen." Nach Gesell sinkt er langfristig nicht unter die „Urzins"-Marke von real 3%. Erreicht der Zinsfluß des Sachkapitals also den Zinsfluß des Geldes, dann lohnt es sich für die Unternehmer nicht mehr, weitere Investitionen vorzunehmen. Denn dann müßte er auf einen Teil seines Unternehmerlohns verzichten. Folglich kommt es zu einer Konjunkturkrise. Derartige, zyklisch wiederkehrende Krisen verhindern die Entwicklung zur Vollinvestition.

Nicht der in der Produktionssphäre erwirtschaftete „Profit" bedingt also den Zins, wie Marx behauptet, sondern die Liquiditätsverzichtsprämie des Geldes erzwingt den Profitanteil Rendite und stellt den „Profit" auf Dauer, wie Proudhon, Gesell und Keynes erkannt haben. Der Geldzins macht also alle - auch die *vermehrbaren* - Produktionsmittel, Mietshäuser usw. zu *Kapital*. Er sorgt dafür, daß auch unverschuldetes Realkapital Rendite (Dividenden etc.) abwirft. Zusammen mit der Rente des unverschuldeten Bodens betrug sie in der BRD 1982 (laut Creutz) insgesamt 170 Milliarden DM.

Keynes' Zinsformel

Der Zusammenhang von Geldzins und Kapitalrendite läßt sich sehr gut mit Keynes' Zinsformel transparent machen. Nach Keynes kommt der Zinsfuß (z) für Kapital jeglicher Art Geldersparnis (g), Realkapital im engeren Sinne (k) und Boden (b) - zustande aus der Summe seines (Brutto-) Ertrages (q) minus seinen *Durchhaltekosten* (c) plus seinem *Liquiditätswert* (l), bezogen auf einen Kapitalwert 100 und eine Nutzungsdauer von 1 Jahr:

$$z = q - c + l$$

Das nach Keynes' Theorie unproduktive Geld wirft keinen Ertrag ab, besitzt aber auch keine Durchhaltekosten, wohl aber einen Liquiditätswert. Wenn wir in eine Formel für Geldkapital z.B. folgende Werte für q, c und l einsetzen, dann ergibt sich:

$$gz = 0 - 0 + 5 = 5$$

Werden für 100 DM 5 DM Kreditzinsen im Jahr verlangt, dann muß das hierfür angeschaffte Sachkapital also mindestens eine Rendite von 5% abwerfen. Da das nach Keynes' Vorstellungen produktive Sachkapital einen Ertrag abwirft, aber auch Durchhaltekosten verursacht, jedoch keinen Liquiditätswert besitzt, könnte eine Formel für den Kapitalzinsfuß z.B. folgende Werte enthalten:

$$kz = 10 - 5 + 0 = 5$$

Würden jedoch Kredite für eine Zinssatz zur Verfügung gestellt werden, der ausreichen könnte, die Kreditverwaltungskosten und das Risiko abzudecken, sagen wir (Festwährung vorausgesetzt) 2%, dann könnte so lange investiert werden, bis durch den Zuwachs der Produktionsmittel etc. und durch den Wettbewerb der Bruttoertrag (q) neugeschaffener Produktionsmittel auf 7% sinkt. Damit würde die Rendite der Neuanlagen auf 2%, die der Altanlagen im Durchsnitt vielleicht auf 0% zurückgehen. Doch was muß geschehen, damit der Kapitalrentner in dieser Weise „eines sanften Todes stirbt" (Keynes)? Das zeigt die Geldzinsformel: Der Liquiditätsvorteil (l) kann durch die Belastung des Geldes mit Durchhaltekosten (c) aufgehoben werden:

$$gz = 0 - 5 + 5 = 0$$

Die Durchhaltekosten treiben das Geld in die Wirtschaft und erhöhen damit das Kreditangebot. Das führt zum Fallen des Zinsfußes in dem Maße, wie die Durchhaltekosten erhöht werden. Die 7% müßten die Geldbesitzer, wenn sie ihr Geld bei einer Bank „aufbewahren" lassen wollen, theoretisch 2% „Lagerungsgebühren" bezahlen! Unter diesen Bedingungen könnten die Banken Ersparnisse tatsächlich für 0% Zinsen verleihen.

Die Praxis des „rostenden" Geldes

Wie kann jedoch Geld in der Praxis mit Durchhaltekosten versehen werden? Einmal durch Kaufkraftentwertung mittels einer schleichenden Inflation. Doch das wirft Probleme auf, die hier aus Platzmangel nicht erläutert werden können. Es gibt jedoch eine Reihe technischer Verfahren, die es ermöglichen, auch das Geld einer Festwährung mit Durchhaltekosten zu belasten. Erfolgreiche Selbsthilfeinitiativen mit einem Gebührenmarken-Geld hat es in der großen Deflationskrise 1929 bis 1933 gegeben. In der Blüte des Mittelalters, zur Zeit der Gotik und der deutschen Hanse, wurde das Geld häufig überraschend für ungültig erklärt und konnte gegen eine Umtauschgebühr gegen neugeprägte Münzen eingetauscht werden. Wer diesen erheblichen Durchhaltekosten für Geldbesitz entkommen wollte, mußte es umgehend weitergeben, also etwas dafür kaufen oder es verleihen. Diese „Geldverrufung" führt zu einer ungestörten Warenzirkulation und zu einem reichhaltigen und billigen Kreditangebot und, im Zusammenhang mit der Ostlandbesiedlung und der damit zusammenhängenden Reduzierung der Bodenrente, zu einer erstaunlichen Wirtschaftsblüte mit hohem Volkswohlstand. Heute könnten, um die Zirkulation nicht durch den Umtausch der gesamten Geldmenge zu stören, drei verschieden gekennzeichnete Serien aller Banknoten- und Münzenstückelungen ausgegeben und von diesen eine vorher nicht bekannte Serie an einem Tage X für ungültig erklärt und zum Umtausch aufgerufen werden. Vom Giralgeld könnte diese „Geldsteuer" (N. Johannsen) direkt abgebucht werden.

Keynes' IWF-Konzept

Bemerkenswert ist, daß Keynes 1944 in Bretton Woods ein eigenes IWF- und Weltbankprojekt vorgeschlagen hatte, das einer Synthese von Proudhons Tauschbank und Gesells „Schwundgeld" nahe kommt: eine internationale Clearing-Union, wo nicht nur die Kredite der Teilnehmer mit (geringen) Zinsen, sondern auch die Einlagen und Guthaben der beteiligten Nationen mit einem *negativen* „Zins" belastet werden sollten. Mit diesen „Strafzinsen" für das Ansammeln und Zurückhalten von finanziellen Überschüssen wollte Keynes erreichen, daß die Handelspartner an ausgeglichenen Zahlungsbilanzen interessiert sind und es somit nicht zu einer Verschuldung wirtschaftlich schwacher Länder kommt. Dieses von der damaligen britischen Regierung unterstützte Programm wurde von den Vertretern der US-amerikanischen Großbanken abgelehnt zu Gunsten der heutigen IWF- und Weltbankorganisation. Heute ist das eingetreten, was Keynes verhindern wollte: unausgeglichene Handelsbilanzen mit hoher Auslandsverschuldung und „Knechtschaft der Zinsen" (Proudhon) in vielen Ländern der Dritten Welt und des „real existierenden Sozialismus".

Die Zinsformel des Bodens

Für den unvermehrbaren Boden gibt es keine „Vollinvestition". Im Gegenteil! Wie bereits gesagt, wird der Boden mit wachsender Bevölkerung knapper und steigen mit wachsendem gesellschaftlichen Reichtum Rente und Preis des Bodens. Er besitzt also – wie das Geld in einer Deflationsphase *negative* Durchhaltekosten.

Zur Erklärung der Rendite einer Geldanlage in ein Grundstück im Werte von gegenwärtig 100 Mark können wir ebenfalls Keynes' Zinsformel heranziehen. Wie ein Zahlenbeispiel zeigt, kommt der Zinfuß einschließlich Wertsteigerung des Bodens dann folgendermaßen zustande:

$$bz = 3 + 2 - 0 = 5$$

Die Bodenrente den Kindern und Müttern!

Da Rente und Wertzuwachs des Bodens nicht durch Vermehrung des Bodenangebots überwunden werden können, müssen diese arbeitsfreien Einkommen nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit umverteilt werden. Die leider vergessenen Bodenreformer Adolf Damaschke und Henry George, aber auch der altliberale Adam Smith, forderten die Abschöpfung der Rente und des Wertzuwachses durch entsprechende Steuern zu Gunsten der Abschaffung anderer Steuern bzw. sozialer Programme. Das ist jedoch ein Verfahren, das sich nur schwer durchführen läßt.

Gesell und seine anarcho- feministischen AnhängerInnen haben vorgeschlagen, den gesamten Boden einem „Mütterbund" zuzueignen, der ihn in Verwaltung nimmt und an Meistbietende verpachtet. Die Rente soll den Müttern als Ausgleich für ihre gesellschaftlich außerordentlich nützliche generative Arbeit bzw. den noch nicht erwerbsfähigen Kindern und Jugendlichen direkt als Kinderrente zufließen. Dieses Kindergeld würde Mütter und Kinder von materieller Abhängigkeit von den leiblichen Vätern und vom Staat befreien. Immerhin hätten 1986 dann alle in der Bundesrepublik lebenden Kinder bis zum 18. Lebensjahr rund 560 DM im Monat allein aus der Boden*rente* des gesamten (auch öffentlichen) Bodens der BRD erhalten können. Durch den Wertzuwachs des Bodens würde das Kindergeld Jahr für Jahr um etwa 20 DM im Monat steigen. Heute, 1988, würde dann eine Mutter mit zwei Kindern, aber auch jede männliche Person, die die Aufgaben einer Mutter voll übernimmt, etwa 1.200 DM im Monat erhalten.

Die Kids der Nürnberger Indianerkommune würden immerhin pro Person rund 680 DM bekommen, die ihnen niemand streitig machen könnte.

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus!

Bei aller notwendigen Kürze dieses Abrisses einer libertären Mehrwertanalyse wird doch eines klar: Die Überwindung der Ausbeutung, keine Verstaatlichung aller Produktionsmittel und keine zentrale Planwirtschaft. Es ist lediglich die Sozialisierung des unvermehrbaren Bodens und seiner Schätze in Form einer zentralen, aber autonomen Selbstverwaltung durch das Kollektiv aller Mütter notwendig. Der „Profit" des vermehrbaren Sachkapitals, die Rendite, verschwindet weitgehend durch das Angebot zinsniedriger und schließlich zinsfreier Kredite in einer von allen Wirtschaftsmonopolen befreiten Marktwirtschaft. Voraussetzung ist jedoch die Schaffung eines zinsfreien und ungestört zirkulierenden Geldes im Rahmen einer Festwährung, also ein Geld mit Durchhaltekosten. Eine in dieser Weise von Staat, Kapital und feudalistisch-patriarchalischem Bodenrecht befreite Marktwirtschaft dürfte die beste Grundlage sein für die Entfaltung selbstverwalteter Wirtschaftsunternehmungen, Kinderläden, Jugendkommunen, freier Schulen usw.

Literaturhinweise:

H. Creutz, *Die Zinsbelastung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 64/April 1985; ders., *Die Zinserträge in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitung für Sozialökonomie* 70/Sept.1986; ders., *Wachstum bis zur Selbstzerstörung? - Auswirkungen des Zinssystems*, in: Creutz, Suhr, Onken *Wachstum bis zur Krise?*, Basis Verlag, Berlin 1986; ders., *Leistungslose Einkünfte aus Bodenbesitz und ihre Verwendung als Lohn für Erziehungsarbeit*, in: *Zeitung für Sozialökonomie* 69/Juni 1986.

A. Damaschke, *Die Bodenreform - Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not.*

Dudley Dillard, *Proudhon, Gesell and Keynes - An Investigation of „Anti- Marxian Sozialist" Antecendents of Keynes' General Theorie ...*, 1940, ders., *Keynes and Proudhon*, in: *Journal of Economic History*, Vol.II, 1942, p. 63

Friedrich Engels: „*Anti-Dühring*", MEW 20. S. 282-285

H. George, *Fortschritt und Armut*

S. Gesell, *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, R. Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg

Hugo Godschalk, *Die geldlose Wirtschaft - vom Tempeltausch zum Barter- Club*, Basis-Verlag

Nicolas A.L.J. Johannsen, *Die Steuer der Zukunft*

J. M. Keynes, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*; ders., *Proposals for an International Clearing Union*, in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Vol. XXV, S. 168-195

Werner Onken, *Ein vergessenes Kapitel der Wirtschaftsgeschichte - Die Selbsthilfeaktionen mit Freigeld*, in: Creutz, Suhr, Onken, aaO.

P.J. Proudhon, *Organisation des Kredits und der Cirkulation und die Lösung der sozialen Frage*; ders., *Die Tauschbank*, Verlag Monte Verita, Wien 1985

Fritz Schwarz, *Die Brakteaten, das Freigeld des Mittelalters*, in: agit 883, Nr. 90/1983

D. Suhr, *Geld ohne Mehrwert*, Fr. Knapp Verlag, Frankfurt 1983; ders.: *Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus*, Basis Verlag; ders.: *Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft*, in: Creutz, Suhr, Onken, aaO.

Ernst Winkler, *Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung*, Vita Verlag, Heidelberg- Ziegelhausen 1952

Demnächst erscheint von mir eine ausführliche Darstellung der hier skizzierten Geld-, Boden- und Zinstheorie, dazu Stellungnahmen zu Gesells Freigeldlehre von den Anarchisten Gustav Landauer, Erich Mühsam und Arthur Mülberger, außerdem ein Bericht über das Schwundgeld-Experiment von Wörgl von Alex v. Muralt und über Gesells Beziehungen zum Anarchismus von Günter Bartsch im Karin Kramer Verlag, Berlin.

Der Unterzeichner legt Wert auf die Feststellung, daß er nicht der Autor des Artikels „Die Kleinanzeigen der Agit 883" in der Nr. 45 der CONTRASTE ist.

Klaus Schmitt

IWF & WELTBANK

REZEPTE GEGEN KARIES DER VAMPIRE

AB 1.9.88 TÄGLICHES REIZTHEMA

DAMIT SIE MORGEN WIEDER KRÄFTIG ZUBEISSEN KÖNNEN

die tageszeitung

SO WIDERLICH WIE KNOBLAUCH

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei taz-Abo, Wattstr. 11-12, 1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....
Verrechnungsscheck liegt bei Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum, Unterschrift: .....

Unser täglich Geld und sein Zins

Zins - eine kapitalistische Täuschung?

Dieter Suhr

Red. Berlin Die Volkswirte und Banker können in ihren Modell- oder Realwelten bestens mit dem Geld umgehen. So spricht aller Anschein dafür, daß man das Geld theoretisch und praktisch recht gut im Griff hat. Es gibt aber noch ungeklärte Fragen, etwa Unstimmigkeiten zwischen der Geldtheorie und Finanz- bzw. Kapitaltheorie, oder daß die Finanzwelt der Realwirtschaft über den Kopf wächst. Was also muß man wissen, um Leistungen und Fehlleistungen des Geldes zu verstehen?

Nehmen wir an, jemand wolle eine Maschine kaufen oder einen Kühlschrank. Nennen wir ihn „Transaktor", weil er wirtschaftliche „Transaktionen" plant: Kaufvertrag, Zahlung, Entgegennahme der Maschine oder des Kühlschrankes. Unser Transaktor besitze Familienschmuck, ein Grundstück, Arbeitskraft, Ideen, Fleiß und Gesundheit. Alles das hilft ihm nicht weiter. Er braucht Geld. Er muß die Kapitalien, die er besitzt, erst zu Geld machen.

Um die Werte, die er hat, in die Güter zu verwandeln, die er braucht, muß er durch die enge Pforte, die da heißt „Geld"; denn es ist kostspielig oder praktisch unmöglich, heute noch Güter direkt zu tauschen. Unser Transaktor muß also einen Geldbesitzer finden, der bereit ist, Geld für ein Gut des Transaktors auszugeben.

Meist aber sind die Geldbesitzer schon gesättigt. Sie brauchen keine Realgüter mehr. Sie genießen entweder die Flüssigkeit des Geldes selbst (Neigung zur Liquidität). Oder sie kaufen mit ihrem Geld weiteres laufendes Einkommen. Nur wenn der Transaktor dem Geldbesitzer auch solches laufendes Einkommen anbieten kann, ist der Geldbesitzer bereit, zeitweilig auf die Liquidität seines Geldes zu verzichten.

Wer Kredit aufnimmt, verschafft sich also nicht Kapital. So sieht es zwar bisher aus. Tatsächlich aber verwandelt der Transaktor, der einen Kredit aufnimmt, nur irgendein Gegenwarts- oder Zukunftsgut, das verhältnismäßig unbeweglich (und womöglich weniger sicher) ist, in das flüssige (und sichere) Gut „Geld". Umgekehrt verwandelt der Kreditgeber sein flüssiges Kapital „Geld" in einen nicht ganz so flüssigen Geldvermögenstitel. Die beiden tauschen also flüssiges gegen weniger flüssiges Kapital aus.

Dabei muß, wer das unbeweglichere Gut hat, immer einen Aufpreis zahlen, und wer mit Geld beginnt, bekommt den Aufpreis. Das ist nicht weiter verwunderlich. Denn wer z.Zt. Geld übrig hat, der hat momentan keinen Transaktionsbedarf. Er steht nicht unter Druck. Wer dagegen jetzt noch eigene Investitions- oder Konsumgüter erwerben will oder muß, der steht unter dem Druck seines Tatendranges oder seines Hungers. Und wenn zwei in Verhandlungen treten, von denen der eine unter Druck steht, macht der andere den Profit.

Ist unser Transaktor ein Konsument, kann er den Kühlschrank nur kaufen, wenn er Zinsen auf sich nimmt. Die Zinskosten bremsen seine Nachfrage. Ist unser Transaktor Unternehmer, dann kauft er mit dem Kredit zwar die Maschine, aber er versucht, die Kosten auf seine Abnehmer abzuwälzen. Höhere Preise aber schmälern die Chancen sowohl für ihn wie für seine Abnehmer, daß die Geschäfte zusammenkommen.

Auf der einen Seite stehen also die Geldbesitzer, die über das monetäre Transaktionsmedium verfügen, und auf der anderen Seite sitzen im gemeinsamen Boot Produzenten, Händler und Konsumenten, die allesamt auf Geld für die Abwicklung ihrer Geschäfte angewiesen sind. Und die Zinsen, die wer von ihnen auch immer zahlt, sind ihre Transaktionskosten. Die kapitalistische Täuschung besteht darin, daß sie alle die Zinsen als Kosten ihres jeweiligen Kapitals sehen statt als eine eigenartige Form von Transaktionskosten.

Zinsen also sind die Kosten, die ein Transaktor, der nur illiquide Güter besitzt, an denjenigen bezahlen muß, der ihm seine Güter liquidisiert. Bei einer Erstausstattung der Wirtschaft mit Geld ist es die Zentralbank, die (direkt oder vermittelt über die Banken) den Wirtschaftsteilnehmern ihre Güter liquidisiert. Wenn dann aber innerhalb der Wirtschaft die ersten Wirtschaftsteilnehmer anfangen zu „sparen", dann übernehmen sie teilweise diese Aufgabe der Zentralbank, den aktiven Wirtschaftsteilnehmern ihre Kapitalien zu liquidisieren.

Geld ist eine öffentliche Einrichtung. Sein Zweck ist nicht, wie andere Güter besessen zu werden, sondern als Zahlungsmittel zu dienen. Es dient der Vereinfachung des Austauschs. Und so wenig wir es richtig finden, daß irgendjemand öffentliche Straßen sperrt und private Wegezölle erhebt, so wenig ist es richtig, daß Geld die Macht vermittelt, anderen ihre Geschäfte zu blockieren, bis sie bereit sind, an Geldbesitzer private Geldbenutzungsgebühren abzuführen. Das ist, als würde man ausgerechnet den Autofahrern, die selbst gar keine Fahrten mehr durchführen wollen, automatisch ein Stück des öffentlichen Straßennetzes zu privater Verfügung überlassen, so daß sie von allen anderen Verkehrsteilnehmern eine private Maut erheben können: eine Maut derart, daß die aktiven Verkehrsteilnehmer immer mehr ihrer Rechte zur kostenlosen Straßenbenutzung an die Mautbezieher abtreten müssen.

Auch Marx hat die Überlegenheit des Geldes über die Waren, als gesellschaftliche Macht in privater Hand beschrieben. Wo er aber den Mehrwert und die Macht des Kapitalisten erklärt, da vergißt und verdrängt Marx die Macht des Geldes, die er sonst beschwört, und er behandelt das Geld als harmloses bloßes Äquivalent der Waren. So kommt es, daß Marx den Kapitalismus gerade nicht mit dem Geld und der Zirkulationssphäre in Zusammenhang bringt, sondern mit sehr komplizierten, dialektisch verschlüsselten Vorgängen in der Produktionssphäre. So hat Marx sich selbst daran gehindert, das kapitalistische System vom Geld her adäquat zu analysieren, also auch, es gründlich zu überwinden.

Zum Nachlesen: *Dieter Suhr/Hugo Godschalk, Optimale Liquidität, Frankfurt: Fritz Knapp, 1986; Dieter Suhr, Der Kapitalismus als monetäres Syndrom, Frankfurt: Campus, 1988.*

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ein Vorschlag von Keynes für den IWF

Dieter Suhr

Red. Berlin Geld ist Geld. Kann man es noch verbessern? Keynes jedenfalls hat sich Verbesserungen für das internationale Zahlungssystem ausgedacht, die endlich Beachtung verdienen: in seinen Plänen für die International Clearing Union, mit denen die Briten in die Verhandlungen von Bretton Woods gingen. Durchgesetzt haben sich aber die U.S.A. mit ihrem White-Plan.

Keynes wollte eine ausgeglichenere Währungsordnung: Zum einen sollte eine internationale Währungseinheit eingeführt werden, genannt Bancor. Außerdem sollten die Mitglieder des Systems für ihre liquiden Überziehungen und Guthaben einen gestuften Rahmen abgesteckt bekommen. Vor allem aber sah der Keynes-Plan vor, daß die Clearing- Stelle Abgaben erhob, und zwar sowohl für liquide Guthaben wie auch für liquide Überziehungsposten. Der Prozentsatz der Liquiditätsgebühren erhöhte sich, wenn der engere Clearing-Rahmen überschritten wurde.

Dadurch sollten Länder mit momentanen Liquiditätsüberhängen ebenso wie solche mit momentanen Liquiditätslücken motiviert werden, entweder ihre Guthaben als Kredite weiter- bzw. als Kaufpreis auszugeben oder ihre liquiden Negativposten durch Verkäufe oder Kreditaufnahmen auszugleichen. Entscheidend war der symmetrische Kostendruck gerade nicht nur auf Länder mit Liquiditätsengpässen, sondern auch für Länder mit Liquiditätsüberhängen.

Diese Vorschläge muten etwas mechanistisch an. Es scheint auch, als handle es sich dabei um einen ökonomisch nicht weiter theoretisch fundierten technischen Trick, wie ihn ganz ähnlich auch der andere große Ökonom der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, nämlich Irving Fisher, für das von ihm 1933 in Amerika zur Überwindung der Krise propagierte Krisengeld in seinem Buch Stam Scrip vorgeschlagen hat.

Keynes und Fisher kannten sehr gut die Vorschläge von Silvio Gesell. Fisher nahm die Idee zu seinem Markengeld ausdrücklich von Silvio Gesell: Die Liquiditätskosten, die Keynes den Konten belastet wissen wollte, werden bei Gesell und Fisher dadurch erzeugt, daß die Geldscheine, um ihren vollen Wert zu behalten, wöchentlich oder monatlich mit Gebührenmarken beklebt werden, so daß Kosten in Höhe von z.B. 6 p.a. entstehen.

Hinter dem Vorschlag von Keynes steckt seine subtile Geldtheorie. Leider hat er im Zusammenhang mit seinen Vorschlägen für den IWF nicht auf das 17. Kapitel seines Buches llgemeine Theorie der Beschäftigung, der Zinsen und des Geldes hingewiesen. Dort nämlich führt Keynes mit aller wünschenswerten Klarheit vor, worin die Mängel unseres herkömmlichen Geldes bestehen. Und er weist die Richtung, in der die Lösung zu suchen ist. Genau in dieser Richtung liegen denn auch seine Vorschläge für den International Clearing Union.

Zum Nachlesen: *John Maynard Keynes, Collected Writings, Bd. XXV, London: MacMillan, 1980, S. 79, 111-122; Wilhelm Hankel, John Maynard Keynes, München: Piper, 1986, S. 69-80; Irving Fisher, Stamp Scrip, New York: Adelphi, 1933; Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 9. Aufl., Lauf bei Nürnberg: Zitzmann, 1949.*

Netzwerk neutrales Geld:

Eine Finanzinnovation durch Selbsthilfe

Dieter Suhr

Red. Berlin Was Keynes für den IWF auf internationaler Ebene und was für Fisher als Ausweg aus der Krise für Gemeinden und ihre regionale Wirtschaft für recht hielt: Das ist heute für überschuldete öffentliche Hände und für eine stagnierende Wirtschaft billig! Und zwar „billig" im wahrsten Sinne des Wortes: Was muß eine Stadt, ein Land oder der Bund, ein Unternehmer oder Verbraucher nicht alles an Zinskosten tragen?

Wir sind es gewohnt, daß es kostspielig ist, Investitions- oder Konsumentscheidungen zeitlich vorzuverlegen. Man nennt das den Preis der Gegenwartsvorliebe. Und wir sind es gewohnt, daß man mit Zinsen belohnt wird, wenn man Ausgaben für eigene Konsum oder Produktionsentscheidungen aufschiebt und stattdessen Staatspapiere oder andere Geldvermögenstitel erwirbt. Das ist die Profitabilität der Zukunftsvorliebe. Aber wir sitzen einer Täuschung auf.

Tatsächlich nämlich kostet Geld nicht etwa deshalb Zinsen, weil mehr Menschen eine Gegenwarts- als Zunkunftspräferenz haben. Ganz im Gegenteil: Wohlhabende Leute entwickeln ihre künstliche Zukunftspräferenz erst richtig, weil sie dafür mit Kapitalerträgen prämiert werden. Und die anderen sind nur notgedrungen bereit, für gegenwärtige wirtschaftliche Aktivitäten sogar Zinsen zu zahlen, weil sie sonst ihre Transaktionen nicht abwickeln, also weder produzieren noch konsumieren können.

Es sind die Eigenschaften des Geldes, denen wir die Art und Weise verdanken, wie Gegenwartsaktivität kostspielig wird. Wir müssen also das Geld ändern, wenn wir bessere Verhältnisse erreichen wollen. Das ist einfacher, als es scheint. Schon Keynes sagte: Schwierig sind nicht die neuen Gedanken, schwierig ist nur, von den alten loszukommen. Die neuen stehen abrufbereit im 17. Kapitel von Keynes' „Allgemeiner Theorie". Man muß sie nur in ein praktisches Konzept umsetzen:

Es geht ohne den Gesetzgeber. Man braucht nur eine Bank oder Sparkasse, die gut im örtlichen Zahlungsverkehr verwurzelt ist, und möglichst viele Wirtschaftsteilnehmer, die Kapitalkosten im allgemeinen und Zinsen im besonderen sparen wollen. Nach Möglichkeit sollte die Gemeinde mitmachen, in der sich das Pilotprojekt abspielt: als Vorbild dafür, wie man mit extrem billigen Krediten endlich wieder investieren kann.

Um zu starten, braucht die Bank oder Sparkasse etwas Geld als Liquiditätsreserve. Das geben ihr die Teilnehmer oder sie holt es sich von den herkömmlichen Kapitalmärkten. Dann transformiert die Bank oder Sparkasse das herkömmliche Geld in neutrales Geld, indem sie ihre Zinsaufwendungen in Liquiditätskosten der Teilnehmer im neuen Zahlungsnetzwerk verwandelt. Dabei erwirtschaftet sie ihre Kosten und ihren Gewinn mit Hilfe der Spanne zwischen ihren Geldbeschaffungskosten und den Liquiditätskosten. Ein Prospekt für das Zahlungsnetzwerk neutrales Geld könnte etwa wie folgt aussehen:

Zahlungsnetzwerk neutrales Geld

Wir bieten eine Finanzinnovation: einmalig preiswerte Dienstleistungen im Kreditverkehr durch neutrales Geld.

1. Das N-Konto: Auf Antrag eröffnen wir für Sie parallel zu Ihrem herkömmlichen Girokonto oder als erstes Konto in unserem Hause ein N-Konto.
2. Gutschriften: Auf diesem Konto schreiben wir Ihnen sämtliche Gelder gut, die Ihnen durch Scheck oder Überweisung von anderen N-Konten übertragen werden.
3. Zahlungen:Von diesen N-Konten können Sie wie von Ihren herkömmlichen Konten Zahlungen zugunsten anderer N-Konten durch Scheck, Überweisung oder Lastschrift ausführen.
4. Kredite: Auf Ihren N- Konten bekommen Sie Kredite zu extrem günstigen Bedingungen. Wo Sie bisher während der gesamten Laufzeit von Krediten Zinsen gezahlt haben, berechnen wir Ihnen auf diesen Konten nur Bereitstellungs- und Überziehungskosten auf den jeweiligen Saldo Ihres N- Kontos. Zur Zeit beträgt der Satz der Bereitstellungs- und Überziehungskosten 1 % pro Monat, fällig am Monatsende und zahlbar bis zum nächsten Ultimo. Im übrigen ist ist das N-Darlehen zinsfrei.
5. Minimierung der Bereitstellungs- und Überziehungskosten: Sie können sich von den Liquiditätskosten, die nach dem jeweiligen Saldo berechnet werden(oben 4.), befreien:
   * Entweder Sie verfügen möglichst zügig über ihr Guthaben,
     - sei es durch Zahlungen,
     - sei es, daß Sie ihr Guthaben bei uns anlegen (Festgeld; Sparbuch; Obligationen - jeweils in N-Geld, siehe unten Nr. 9).
   * Oder Sie gleichen die Beträge, um die Sie Ihr Konto überzogen haben, umgehend aus,
     - sei es, daß Sie für Eingänge auf dem Konto sorgen,
     - sei es, daß sie den Negativsaldo mit der Valuta aus einem fest vereinbarten Kredit (oben Nr. 4) ausgleichen.
6. Kontogebühren: Im übrigen erlauben wir uns, für Kontenführung und pro Überweisung bei den N- Konten die gleichen Gebühren in Rechnung zu stellen wie bei den herkömmlichen Girokonten.
7. Besondere Kreditrisiken: Wir behalten uns vor, im Falle besondererer Kreditrisiken einen einmaligen oder laufenden Risikozuschlag zu erheben, der jedoch nicht höher liegt als der Zuschlag, um den sich die Zinsen bei herkömmlichen Krediten im Falle besonderer Kreditrisiken erhöhen.
8. Bezahlung der Gebühren und Kosten: Die Gebühren und Kosten werden, wenn sie ein herkömmliches Konto bei uns führen, diesem Konto belastet. Haben Sie kein herkömmliches Konto bei uns, zahlen Sie die Kosten und Gebühren in bar.
9. Geldanlagen in N-Geld: Sie können Guthaben auf N-Konten in unserem Hause anlegen: als Festgeld, als Sparguthaben oder in Gestalt von Obligationen. Die jeweiligen Bedingungen entnehmen Sie dem Aushang.
10. Transformation von N-Geld in Bargeld: Sie können Ihre Geldanlagen in N-Geld als Sicherheit verwenden, um Kredite in Bargeld oder auf Ihrem herkömmlichen Konto in Anspruch zu nehmen. So ist sichergestellt, daß Sie Guthaben auf Ihrem N- Konto in Bargeld oder in Guthaben auf Ihrem herkömmlichen Konto transformieren können.
11. Transformation von Bargeld in N-Geld: Sie können herkömmliches Geld dazu verwenden, um Zahlungen von N-Konten zu leisten: Sie haben Bargeld oder ein Guthaben auf Ihrem herkömmlichen Konto. Dann legen Sie Ihr Geld bei uns an und verwenden diese Geldanlage als Sicherheit für einen Kredit in N- Geld.
    Sie können also einstweilen Ihr herkömmliches Geld, statt damit zu zahlen, bei uns anlegen, wenn und soweit Sie Ihre Verbindlichkeiten bei Ihren Geschäftspartnern auch in N-Geld begleichen können.

Alles in Allem: Neben den Vorzügen und Annehmlichkeiten des herkömmlichen Kredit- und Zahlungsverkehrs bietet Ihnen unser Haus in Zukunft Kredite ohne herkömmliche Zinsen an.

Kollektive und Politik:

Wenn sich nicht bald was ereignet gehören die Kollektive enteignet!

Bolle

Red. Berlin Ende Juni fand in Berlin eine Diskussion zur politischen Befindlichkeit der Kollektivszene im Allgemeinen – und zur **Aktivierung** der Betriebe für die Anti-IWF-Kampagne im Besonderen statt. Aufgerufen und vorbereitet wurde von einer Arbeitsgruppe aus verschiedenen AktivistInnen – trotz Fußball-Europameisterschaft kamen immerhin etwa 70 KollektivistInnen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ausgangs- und Anregungspunkt für die Diskussion war die Forderung nach Vergesellschaftung der Kollektivbetriebe. Der Begriff „Enteignung" wurde in diesem Zusammenhang provozierend gebraucht; es ging jedoch den VeranstalterInnen darum, einen gemeinsam zu gestaltenden Prozeß zur Vergesellschaftung der Kollektiv-Betriebe ins Gespräch zu bringen. Vergesellschaftung sollte hier als Begriff der Gegensteuerung wider die Individualisierung und zunehmende Isolation der Kollektive stabilisiert werden.

Individualisiert sind mittlerweile die Erfolge, Mißerfolge und die Perspektiven der kollektiven Betriebswirtschaften – die Frage von Investitionen, von Ausbildung, von Löhnen oder gar vom Einsatz der Ressourcen für politische Aktivitäten. Individualisiert brechen sich deshalb auch die hieraus resultierenden Konflikte Bahn und werden zum bestimmenden Moment im Betriebsalltag.

Wen wundert da noch das ewige Lamentieren darüber, daß die KollektivistInnen genug mit ihrem Betrieb am Hals haben? Von tätigen politischen Bewegungen sind die Kollektive weitgehend isoliert; nur wer den eigenen Betrieb nicht gar so ernst nimmt und viel Kraft hat, engagiert sich für die radikale Perestroika der bundesdeutschen Wirklichkeit.

In der Diskussion wurde zunächst über Rolle und Beteiligung der Kollektive an Besetzerbewegung und Volkszählungsboykott reflektiert. Hier zeigte sich, daß die Kampagnen von einzelnen Betrieben und Einzelpersonen aus Betrieben mitgetragen wurden, sich jedoch keine Strukturen zu fortgesetzter Zusammenarbeit herausgebildet haben. Das wäre nicht so besonders tragisch, wenn man sich jeweils rechtzeitig zu neuen Kampagnen zusammenfinden würde – es stellte sich jedoch heraus, daß eine Mobilisierung oft recht spät gelang und deshalb die Beteiligung leicht in symbolischen Charakter (gemeinsame Plakate, Flugblätter) abglitt.

Nicht zu unterschätzen auch die Frage der ökonomischen Risiken für aktive Kollektive: Es ist nicht damit getan, mangelnde Risikobereitschaft als Feigheit oder Desinteresse zu geißeln, vielmehr wäre dafür zu sorgen, daß gemeinsam für die einzelnen Betriebe adäquate Aktionsformen gefunden werden und nicht auch Betriebe dazu gezwungen werden, isoliert von anderen mutig ihre Existenz auf's Spiel zu setzen.

Positives Ergebnis der Diskussion war das Auffinden einer Arbeitsgruppe, die einen Beitrag der Kollektive zu den Aktionstagen im Rahmen der Anti-IWF-Kampagne im September organisieren will.

Im Mittelpunkt der Kritik an der Veranstaltung stand später die Vorbereitung und Darstellung der Themen. Da es der Vorbereitungsgruppe nicht gelungen war, den Zusammenhang der Überlegungen und den eigenen Diskussionsprozeß dahin verständlich darzustellen, reagierten die TeilnehmerInnen des Abends sehr reserviert, speziell auf die Vergesellschaftungsfrage.

Für die einen ging hier die Vorbereitung bereits „kadermäßig" zu weit, für andere fehlten nachvollziehbare, vorgedachte Strukturen zur Durchführung der Vergesellschaftung der kollektiven Arbeit.

Dementsprechend reichte das Interesse der Teilnehmer von dem Wunsch nach der Einrichtung (des wievielten?) Kollektivstammtisches, über die „Selbstverständnisdiskussion" bis hin zur Weiterarbeit am Thema.

Die meisten Besucher müssen sich natürlich in diesem Zusammenhang sagen lassen, daß sie unvorbereitet und ohne die erläuternden Papiere gelesen zu haben, zum Abend erschienen waren.

Wirtschaft Arbeitswelt

...Und wo sind die Frauen?

Männer leiten die unternehmerischen, volkswirtschaftlichen und politischen Geschicke von Ländern und Regionen. Sie entscheiden über die Bedeutung und ökonomische Verwertbarkeit von Wissenschaft und Forschung. Sie verfertigen schließlich in internationalen Organisation wie der UNO, OECD, Weltbank, ILO usw. dazupassende Statistiken, Steuerungskonzepte und Empfehlungen für die einzelnen Länder. Notwendigerweise vereinfacht gesprochen: der weiße Wirtschaftsfachmann, Wissenschaftler und Politiker aus einem der führenden westlichen Industrieländer hat, historisch gesehen, jene Wahrnehmungs-, Steuerungs- und Entwicklungsstandards in der Ökonomie gesetzt, die heute für alle Länder dieser Erde Gültigkeit haben. Und Frauen haben in dem Spiel – was produziert, wer, wie wo, mit welchen Technologien und vor allem mit welchem Geld – noch immer nichts zu reden, getreu ihrer einkommens- und besitzmäßigen „Nichtpräsenz" in der Wirtschaft.

Leistete 1975 die weibliche Hälfte der Weltbevölkerung zwei Drittel der Weltarbeitsstunden (bezahlt und unbezahlt), so erhielt sie dafür nur ein Zehntel des Welteinkommens und verfügte überhaupt nur über weniger als 1 Prozent des Weltbesitzes. 10 Jahre später, auf der Weltfrauenkonferenz 1985 in Nairobi, fallen die Befunde zur weltweiten Lage der Frauen in der Wirtschaft noch düsterer aus, was vor allem mit der weltweiten Wirtschaftskrise der 80er Jahre in Zusammenhang gebracht wird. Ökonomen bezeichnen denn auch die 80er Jahre als Dezennium hartnäckiger Stagnation und Rezession.

Stagnierende bzw. schrumpfende Absatzmärkte, zögernd einsetzender wirtschaftlicher Strukturwandel und sinkende gesamtwirtschaftliche Profitraten in den Industrieländern führten hier zu geringeren „Investitionsneigungen" der Unternehmen, rückläufigem Beschäftigungsgrad und strukturell verfestigter Arbeitslosigkeit. Anders ausgedrückt: in den Industrieländern steigen Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Armut kontinuierlich bis dramatisch an – meist noch gefördert durch eine reaktionäre Sozialpolitik der jeweiligen Regierungen. Von den Auswirkungen sind Frauen in den Ländern der 1. Welt stark betroffen; sei es durch den Kampf um qualifizierte Ausbildungs und Arbeitsplätze; sei es, im Zuge der umfassenden Rationalisierung von Produktion und Verwaltung, durch die Gefährdung von Frauenarbeitsplätzen; sei es durch die durchschnittlich geringeren Arbeitseinkommen, geringeres Arbeitslosengeld und Notstandshilfe, deren Kürzung oder Wegfall in der Regel wirtschaftliche Not für ganze Familien bedeutet.

An anderen Folgen, wenn auch diese ebenfalls ein Ausdruck der weltwirtschaftlichen Krise sind, haben Frauen kaum Anteil: wie etwa an den steigenden Einkommen aus Besitz und Vermögen durch Börsenspekulation und Zinserträgnisse. Auch in den Industrieländern erfolgt eine zunehmende Polarisierung von (viel) Arm und (wenig) Reich.

Die Krise ist jedoch heute für die Masse der Bevölkerung in den Ländern der 3. Welt folgenschwerer. Sie ist dort gekennzeichnet durch eine wachsende Verschuldung mit katastrophalen Auswirkungen auf die allgemeinen Lebensbedingungen.

Das Wachstum des Bruttosozialprodukts (= annähernd das Volkseinkommen eines Landes) zwischen 1970 und 1980 betrug in den ärmsten Ländern pro Kopf US-$ 17, in den westlichen Industrieländern durchschnittlich US-$ 2117.

blätter des iz3w
Informationszentrum dritte welt - iz3w
23.-30. September
Alle Kräfte gegen IWF u. Weltbank
Die blätter des iz3w zur Kampagne gibt's ab jetzt auf 60 Seiten für 5 DM.
Bezug: blätter des iz3w Postf. 5328 7800 Freiburg Buchhandel: Prolit, Pf, 63 Gießen
Aug. 1988 Nr. 151
8 mal im Jahr für 40/30 Mark Einzelheft 5 DM + 1 DM Porto

Bei dieser Berechnung von Armut und Reichtum von Ländern muß jedoch folgendes bedacht werden: In die „offizielle" Erhebung des jeweiligen Volkseinkommens geht Frauenarbeit nur als in Geld bewertete Lohnarbeit – bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – ein; die weltweit überwiegend unbezahlt geleistete, lebenserhaltende und -schaffende Arbeit in Reproduktion und Subsistenzwirtschaft geht in diese Rechnung von Ökonomen gar nicht ein. Es ist scheinbar ganz einfach: Handelt es sich nämlich nicht um Güter, die auf Märkten Preise erzielen, so kann Arbeit auch nicht bewertet werden. Hat sie keinen Preis, hat sie auch keinen Wert, ist also „wertlos". Frauenarbeit, soweit sie nicht Lohnarbeit ist, fällt also in der Hauptsache unter den Tisch – in der 1. und noch weit mehr in der 3. Welt. Ein weiteres Schlaglicht auf die generelle Besitz- und Einkommenslosigkeit von Frauen auf dieser Erde.

Und wie sieht es nun mit dem „bewerteten" Teil von Frauenarbeit aus?

Die Möglichkeiten ...

Weltweit stehen 676 Millionen Frauen in Lohnarbeit, das ist ein Drittel der Arbeitsplätze. Die Verlagerung von Industrieproduktionen in die (lohnmäßig viel billigere) 3. Welt hat zu einem rasanten Anstieg der Lohnarbeiterinnen geführt. Dabei erhalten Frauen meist die schlechtesten Arbeitsplätze mit ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, monotoner Arbeit ohne Qualifikationsmöglichkeit und Löhnen, die oft weniger als 50 Prozent der Männerlöhne betragen. Veranschaulicht am Beispiel der Textilindustrie mit überwiegender Frauenbeschäftigung: beträgt der Stundenlohn 1980 in der Schweiz DM 16,30, so macht er in Tunesien nur noch DM 2,50 aus, in Hongkong DM 1,80 und in Südkorea überhaupt nur noch 1 DM.

In den Entwicklungsländern werden vor allem in der Indstrie junge Frauen zwischen 18 und 30 Jahren bei 12-stündiger Arbeitszeit und unter in Industrieländern völlig unzumutbaren Arbeitsbedingungen verschlissen: höllischer Akkord, hantieren mit gefährlichen und gesundheitsschädigenden Stoffen sowie Maschinen ohne Schutzvorrichtungen, ohne jeglichen sozialrechtlichen Schutz (Kranken-, Unfall-, Pensionsversicherung) und gewerkschaftliche Vertretung. Jung, fleißig, flink und sauber dürfen sie, solange sie gesund sind, vor allem in der Elektronik-, der pharmazeutischen und der Textilindustrie arbeiten oder im Dienstleistungsbereich als Dienstboten mit sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen wie im Europa des 19. Jahrhunderts. Sind sie jung und überdies von „exotischem" Aussehen, so steht ihnen als Einkommensquelle, v.a. in südostasiatischen Ländern, oft nur der expandierende Sex- und Prostitutionsmarkt offen. In manchen Ländern leben laut UNO-Weltfrauenbericht 1985 bereits mehr als 10 Prozent der Frauen zwischen 15 und 30 Jahren von Prostitution, in manchen Hauptstädten mehr als 13 Prozent. Die Tendenz ist weiterhin steigend. Doch stellt die Ausweitung sexueller Ausbeutung von Frauen durch Prostitution und Frauenhandel (das ist – trotz Aids-Angst – vor allem der Verkauf von asiatischen Frauen an „emanzpationsmüde" Männer in den westlichen Industrieländern) nur den krassesten, äußeren Eckpunkt der globalen Vernutzung von Frauen-Arbeit und Frauen-Körpern als Ware dar. Am grundsätzlich traditionellen Einsatz des „Wirtschaftsfaktors" Frau hat sich nicht viel geändert. Mehr Formen und Möglichkeiten der Ausbeutung haben allerdings die weltweite Wirtschaftskrise und die Entwicklung neuer Technologien hinzugefügt. In den Industrieländern wie in der 3.Welt ist etwa die zunehmende „Feminisierung" bestimmter Industrien zu beobachten (Elektronik, Textil, Bekleidung), wo in großen Teilbereichen ehemals qualifizierte, männliche Facharbeit durch ungelernte Arbeit von flexiblen und billigen Töchtern und Ehefrauen, die zum Familieneinkommen dazuverdienen müssen, ersetzt werden kann.

Auch in Europa bieten sich durch steigende Arbeitslosigkeit und soziale Verelendung den Unternehmen immer mehr, jederzeit verfügbare, billige weibliche Arbeitskräfte an. Das hat z.B. in der Textilindustrie wieder zur Rückverlagerung von Betrieben geführt und generell zur Ausdehnung von Heimarbeit. Die Dritte Welt kommt in die erste – Frauen müssen auch hier bereits wieder ähnliche ausbeuterische Arbeitsbedingungen hinnehmen.

Frauen finden einen Weg

In Schottland, wo die Arbeitslosigkeit mit mehr als 20% drückend ist und die wirtschaftliche Existenz ganzer Familien aufgrund fehlender staatlicher Unterstützungen besonders gefährdet ist, haben sich Frauennetzwerke gebildet. In diesen tauschen Frauen ohne Geld Produkte und Dienstleistungen untereinander aus – Kartoffeln vom eigenen kleinen Acker, Gemüse aus dem Garten, gegen das von einer Schneiderin genähte

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 9

Kleid; sie bringen einander Fähigkeiten wie Schreibmaschineschreiben, Umgang mit Computern, Fremdsprachen und andere Fertigkeiten bei. Es funktioniert, und diese Form des geldlosen Tausches breitet sich aus. Die schottischen Frauen sind erfinderisch, und während die arbeitslosen Männer im Pub die Zeit totschlagen, geben sie ihre Erfahrungen weiter – und warten nicht mehr auf einen irgendwann einmal kommenden allgemeinen Wirtschaftsaufschwung, darauf, daß ihnen geholfen wird. Sie helfen sich selbst.

Andrea Fennesz

Aus: Frauensolidarität 21, 1987 Entwicklungspolitische Initiativen für Frauen in der dritten Welt.

Foto: Ida Schillen

Casa de las Mujeres

Frauen-Wohnbau-Kooperative in Cordoba/Argentinien

Ida Schillen

Das Land

Red.Berlin Die jüngere Geschichte Argentiniens verweist auf eine Reihe von Militärdiktaturen unterschiedlichen Ausmaßes. Nach der letzten siebenjährigen blutigen Terrorherrschaft des Militärs wurde 1983 unter dem Druck des Malwinenkrieges und durch den Kampf der „Mütter der Plaza de Mayo" erstmalig in Argentinien eine Zivilregierung eingesetzt. Seitdem befindet sich das Land in einem schwierigem Demokratisierungsprozeß, der stark vom Erbe der Militärdiktatur belastet ist und nach wie vor von militärischen Interessen bestimmt wird.

1984 wurden in Argentinien und damit erstmalig in Südamerika Verfahren gegen die Militärs vor zivilen Gerichten eröffnet.Jedoch vor Abschluß der anhängigen Verfahren, als Reaktion auf den Putschversuch einiger Offiziere Ostern 87 und damit als Zugeständnis an die Militärs, erließ die Regierung im Juni 87 das Gesetz über den „Befehlsnotstand"(obediencia debida), wodurch die Mehrheit der Folterer wieder auf freien Fuß gesetzt werden konnten und straffrei bleiben.

Die „Madres der Plaza de Mayo" sind die einzige nennenswerte politische Gruppe, die seit 1977 die öffentliche und bedingungslose Verurteilung und Bestrafung der Folterer, Mörder und politisch Verantwortlichen und die Aufklärung des „Verschwindens" von mindestens 30.000 Menschen während der Diktatur fordert.

Die wirtschaftliche Situation Argentiniens wird bestimmt durch die enorme Höhe der Auslandsverschuldung (an zweiter Stelle der Hauptschuldnerländer), der Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfond, den Gläubigerbanken sowie riesigen Investitionen in die Atom- und Rüstungsindustrie des Landes. Die desolate interne Wirtschaftspolitik beutelt die Bevölkerung mit einer derzeitigen Inflationsrate von 200% (mit steigender Tendenz) und treibt sie neben der Angst vor neuem politischen Terror in zusätzliche ökonomische Unsicherheiten.

Die Frauen

Die ständig wachsende Inflation und die damit verbundenen hohen Lebenshaltungskosten bei eingefrorenen Löhnen gehen in erster Linie zu Lasten der Mehrheit der Frauen, die tagtäglich damit konfrontiert sind mit quasi nichts sich und ihre Familien zu ernähren. Dies trifft besonders alleinlebende Frauen mit Kindern, die oft gezwungen sind, drei unterschiedlichen Erwerbstätigkeiten nachzugehen, um die Kosten für Ernährung, Miete und die Ausbildung der Kinder aufzubringen. Die eigene Aus- bzw. Weiterbildung bleibt dabei Illusion.

Mögliche berufliche Karrieren beschränken sich ohnehin weitgehend auf die Berufszweige der Krankenschwestern, Sekretärinnen, Putzfrauen und Grundschullehrerinnen. Eine Grundschullehrerin, z.B., verdient monatlich durchschnittlich 400 Australes (entspr. 50 – 60 US-Dollar, Stand Mai 88). Hat sie zwei Kinder, mit denen sie alleine lebt, zahlt sie für die Miete oder Wohnkreditrate einer 2- Zimmerwohnung monatlich zwischen 200 und 300 und an Busfahrtkosten 160 Australes.Damit ist ihr Einkommen bereits verbraucht!

Die reale Verantwortlichkeit der Frauen für das Überleben steht in krassem Gegensatz zur vorhandenen Gesetzeslage, die die Frauen mit Kindern gleichstellt und die absolute Unterwerfung unter die väterliche Gewalt oder die des Ehemannes und der Ehe fordert.Das Ausmaß der legalisierten Gewalt gegen Frauen und Mädchen innerhalb der Familie und des Hauses wird seit Beginn der Demokratisierung zwar öffentlich problematisiert, jedoch nach wie vor als nachrangig hinter der allgemeinen, d.h. Frauen ausschließenden, politischen und ökonomischen Situation des Landes angesehen.

1987 wurde erstmalig in Argentinien ein Familiengesetz verabschiedet, das die legale Scheidung ermöglicht und die finanzielle Verpflichtung der Väter für ihre Kinder zumindest gesetzlich regelt.

Die seit 1983 neu gegründeten Fraueninitiativen sind mit der ungeheuren Anhäufung sämtlicher Probleme der Frauen konfrontiert, von der Gewaltfrage bis zur Wohnungs-, Arbeitsplatz- und Ausbildungsmisere. Der Mangel an Geld und Zeit und letztendlich die Angst vor politischen Repressalien machen eine sinnvolle Arbeit fast unmöglich.

Das Projekt

* In einem ersten Modellvorhaben sollen über die Stadt Cordoba (2 Mio. EinwohnerInnen, 800 km nordwestl. von Buenos Aires) verteilt für ca. 10 bis 12 alleinlebende Frauen mit Kindern Wohnungen geschaffen werden.
* Zielgruppe sind Frauen aus den ärmsten Schichten, die aufgrund ihrer sozialen und ökonomischen Situation keine eigene Wohnung besitzen bzw. eine menschenwürdige Unterkunft nicht bezahlen können.
* Neben den Wohnungen soll eine gemeinschaftliche Kinderbetreuung ermöglicht werden, um den Frauen die Gelegenheit zu geben, eine Ausbildung zu beginnen oder fortzusetzen und den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder zu bestreiten.Die Bildung einer Konsumgenossenschaft mit anderen Projekten und BewohnerInnen des jeweiligen Stadtteils soll zur Verringerung der Lebenshaltungskosten beitragen.
* Dieses erste Modellprojekt soll Erfahrungen hervorbringen zum Bau weiterer solcher Wohnkomplexe und langfristig den Grundstein zur Bildung einer Frauen- Wohnbau-Kooperative legen.
* Der erste Bauabschnitt beinhaltet ein Drittel der geplanten Wohnungen / Häuser sowie ein Versammlungs- und Kinderhaus inklusive einer Notwohnung und wird im Süden der Stadt, in Sta. Rosa realisiert werden.
* Getragen wird das Projekt von der argentinischen Gruppe „Mujer Y Sociedad" (Frau und Gesellschaft) aus Cordoba.Im Herbst 86 nahm „Mujer Y Sociedad" mit FOPA e.V. Berlin (Femenistische Organisation von Planerinnen und Architektinnen) Kontakt auf und bat um konkrete finanzielle, planerische und bauliche Unterstützung für das Projekt.
* Die Finanzierung des Projekts (80.000 US-Dollar) ist bisher noch nicht gesichert. Teil der Geldbeschaffung ist eine von FOPA initiierte Spendenkampagne und die Durchführung von Solidaritätsveranstaltungen in West- Berlin.

Die Organisation Mujer y Sociedad -Frau und Gesellschaft

Mujer y Sociedad ist eine Gruppe fortschrittlicher Frauen in Cordoba, deren Arbeit sich auf wirtschaftliche, soziale und gesellschaftspolitische Verbesserung der Situation der argentinischen Frauen bezieht, sich für die Demokratisierung des Landes einsetzt und sich gegen die Amnestie der Folterer, Mörder und politisch Verantwortlichen während der Militärdiktatur wendet.Viele dieser Frauen sind selbst ehemals politisch Verfolgte, haben jahrelang im Exil gelebt und ihr derzeitiges Leben ist geprägt von der Um- und Eingewöhnung in die gegenwärtige Realität Argentiniens.Unter ihnen sind ebenfalls Frauen, die zu den „Müttern der Plaza de Mayo" gehören.

Seit 1986 arbeitet die Gruppe an der Realisierung des Wohnungsbauprojektes und konnte Ende 1987 vier Grundstücke (ges. 1000 qm) im Süden Cordobas für den ersten Bauabschnitt erwerben.

FOPA e.V.- Femenistische Organisation von Planerinnen und Architektinnen

FOPA ist eine interdisziplinäre Organisation von Frauen, die sich mit der baulich- räumlichen Umwelt befassen und sie im Interesse von Frauen und der Frauenbewegung verändern wollen.FOPA kämpft gegen die Diskriminierung von Frauen durch die gebaute Umwelt, die räumliche Planung und Frauen in Planungs- und Bauberufen. FOPA initiiert und unterstützt Frauenprojekte, Umweltprojekte und Frauenwohnhäuser. Der Kontakt mit der Gruppe „Mujer y Sociedad" und deren Bitte um Unterstützung ermöglicht es FOPA erstmalig, ein Frauenwohnprojekt im Ausland zu unterstützen.Eine Gruppe von FOPA-Mitgliedern plant im Herbst 88 vor Ort gemeinsam mit den zukünftigen Bewohnerinnen ein erstes Gebäude zu errichten

Weitere Informationen erhältlich bei:
FOPA, c/o Frauenstadtteilzentrum,
Naunynstraße 72, 1000 Berlin 36
Telefon: 030/65 29 99

Spendenaufruf
Wir bitten um Überweisung der Spenden auf folgendes Konto:
Empfängerin:Stadtkasse Dortmund
Konto-Nr.: 001 044 044
BLZ: 440 501 99
bei der Stadtsparkasse Dortmund - Hauptkasse-
Verwendungszweck (bitte unbedingt angeben): Spende zugunsten von FOPA e.V., Stichwort „Casa de las Mujeres"
Kto-Nr. 30 101 771

Grüne Fraktion und BAG Netzwerke

Stellungnahme des AK Wirtschaft der Grünen Fraktion zum BAG-Artikel von F.-J. Bartsch in CONTRASTE Nr. 43.

In der April-Nummer der CONTRASTE war unter dem Titel „Netzwerk und die Grünen" ein Artikel erschienen, der die mangelnde politische Auseinandersetzung der Grünen mit der Selbstverwaltungsbewegung kritisiert, mit dem Tenor, daß von den Grünen diesbezüglich nichts mehr zu erwarten sei

Anlaß dafür war die Zwischenbilanz der BAG Netzwerke nach halbjährlichem Bestehen als Netzwerk-Bundesverband im Februar gewesen, auf dem obiges Thema und geladene Gäste zur Disposition standen. Im Juni trafen sich nun die Netzwerke erneut zur Bundesversammlung, bei der, auf Vorschlag von Ursula Brockner, das Verhältnis der Netzwerke speziell zur Wirtschaftspolitik der Grünen Fraktion erneut auf der Tagesordnung stand.

Leider wurde diese Anregung aus Zeitmangel und aufgrund anderer Prioritäten nicht aufgegriffen, so daß eine Skizzierung möglicher Kooperationsfelder zwischen BAG und Grüner Fraktion weiterhin aussteht.

Der Arbeitskreis Wirtschaft der Bundestagsfraktion möchte daher zu dem April-Artikel, der bisher den Diskussionsstand der BAG zu repräsentieren scheint, einige Anmerkungen machen:

Unserer Ansicht nach läßt sich die Frage, was die Selbstverwaltungsbewegung von den Grünen zu erwarten habe, auf dem Hintergrund unterschiedlicher Entwurfs- und Umsetzungsebenen von Grüner Politik im parlamentarischen und parteipolitischen Zusammenhang nur differenziert stellen und beantworten.

Der parlamentarische Handlungszusammenhang kann sich dabei auf der Grundlage programmatischer Entwürfe jedoch nur in enger Rückbindung an die realen Probleme der „Bewegung" (sofern sie sich bewegt) entwickeln und kritisch bewerten lassen, wenn er nicht zum Selbstläufer werden will.

Dazu hatte der Abgeordnete Peter Sellin im Februar die konkreten Vorschläge und Initiativen der Fraktion erläutert, wie z.B.:

- AFG-Novelle
- Gesetzesentwurf zur Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft
- Genossenschaftsgesetzesnovelle
- diverse Haushaltsanträge zur Wirtschaftsförderung

und hatte kurz den Handlungsbedarf aus seiner Sicht, wie z.B. die Änderung der ERP-Richtlinien, differenzierte stufenweise Beraterförderung u.a., dargestellt und um Stellungnahme durch die BAG zu diesen Vorstellungen gebeten.

Leider sind diese konkreten Ansätze in der Kritik von Franz-Josef nicht mehr erwähnt worden, es sei denn, die Formulierung „Zuarbeit" ließe irgendwelche Rückschlüsse inhaltlicher Art zu, die wir jedoch nicht vermögen, nachzuvollziehen.

Wir würden eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Euch zu diesen Fragen dagegen sehr begrüßen.

Irritiert hat uns die – nach Kenntnis der jahrelangen Diskussionen innerhalb der Netzwerke um die BAG erstaunlich geschlossen scheinende – Vorwurfshaltung besonders, nachdem die BAG im Herbst letzten Jahres ein Mitspracherecht bei der Stellenbesetzung der MitarbeiterInnenstelle für Selbstverwaltungswirtschaft geltend gemacht hat und diese Stelle inzwischen mit einer langjährigen „Netzwerk- und Ökofondsfrau", Ursula Brockner, in ihrem Sinne besetzt werden konnte.

Danach fragen wir uns und Euch:

Welche konkreten Erwartungen an einen politischen Dialog mit den Grünen lassen sich aus Eurer Sicht speziell an die Bundestagsfraktion richten?

Sollte diese und sollen weiter Veranstaltungen dazu dienen, gemeinsame Handlungsansätze zu klären?

Welches ist die wirtschaftspolitische Einschätzung der BAG zur Selbstverwaltungswirtschaft? Schonraummodell mit Dauersubventionsbedarf oder „radikal gesellschaftsveränderndes" Entwicklungspotential einer demokratischen Wirtschaft?

Das, was „zwischen Basisinitiativen und Parlamentsfraktion nicht klappen will oder kann" – will es nicht oder kann es nicht?

Wie sieht die BAG nun nach einjährigem Probelauf ihre politische Funktion?

Die parlamentarische Umsetzung von Selbstverwaltungspolitik setzt deren (selbst)kritische Formulierung im wesentlichen (nicht im Detail) im außerparlamentarischen Zusammenhang voraus, wie dies auch in anderen Bereichen Grüner Politik der Fall ist (Frieden, Frauen, Ökologie etc.)

Dies scheint bei der Selbstverwaltungs- und Alternativbewegung jedoch aufgrund fortschreitender Interessenpartikularisierung weitaus schwieriger als in anderen Bereichen, und das scheint uns das eigentliche Problem zu sein, dem man nicht mit vordergründigen Versäumnisrügen politisch begegnen kann.

Denn die „überpartikularen" Klarheiten der Alternativbewegung in Gestalt der Selbstverwaltungskriterien der ersten Netzwerk-Generation haben sich im Laufe der Zeit immer mehr als Dilemma (der ungewollten Abgrenzung, Ausgrenzung, des Dogmatismus etc.) herauskristallisiert, mit der Folge, daß sich die Kriterien für Selbstverwaltung in Praxis aufzuweichen scheinen.

Wenn diese politische Offenheit jedoch zur Vermeidung von inhaltlichen Positionen führt, ist das Dilemma der Klarheit um den Preis der Abgrenzung abgelöst durch das Dilemma der Offenheit um den Preis der politischen Handlungsunfähigkeit.

Ursula Brockner

Zum Streit über die Selbsthilfe

Red. Heidelberg In den 2 Jahren seit dem Erscheinen der Dokumentation und politischer Theorie „Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft" hat sich Fritz Vilmar und Brigitte Runge bei der Vorbereitung einer jetzt bei dem Verlag „Zweitausendundeins" erschienenen wesentlich erweiterten Neuausgabe gründlich mit der Kritik an dem erweiterten Selbsthilfebegriff, vor allem aber mit einigen Skeptikern befaßt, die die Selbsthilfe für mehr oder weniger „tot" erklären, sie auf „soziale Dienste" reduzieren oder ihre Korrumpierung durch die (gewählte oder erstrebte) „Staatsknete" konstantieren. In dem nachfolgenden Beitrag, den wir als Vorabdruck dokumentieren, beschäftigt sich der Autor mit dem Thema „Staatsknete" unter dem Titel: **Selbsthilfe bleibt Gegner oder Knecht des Sozialstaats!**

Fritz Vilmar

Es ist inzwischen erwiesen, daß Soziale Selbsthilfe vieles besser und effektiver leisten kann, als die staatlichen Institutionen. Mit Recht hat daher u.a. Peter Gross darauf hingewiesen, daß die in unserer Gesellschaft seit den siebziger Jahren in Gang gekommene neue Selbsthilfebewegung u.a. propagiert wird im Zusammenhang mit der Umverteilung ineffizient gewordener öffentlicher Sozialhaushalte.

Viele Linke freilich halten von dem Konzept eines partiellen, selbstorganisierten Umbaus des Sozialstaats gar nichts. Nicht überall wird dies so dogmatisch begründet wie bei Wende (Arbeitskreis Staatsknete Berlin 1987, 129 f.), der gegen solche Illusionen flugs den marxistischen 'Grundwiderspruch' aus dem Zylinder zieht: „Umbau des Sozialstaats heißt Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ohne den zugrundeliegenden Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital aufzuheben." Daher rufen viele seiner Denkart den Selbsthilfegruppen zu: Entscheidet Euch - entweder ihr bleibt Gegner des kapitalistischen Sozialstaats oder ihr werdet seine Knechte. Da solche antireformistische Kritik der Selbsthilfebewegung in manchen Gruppen und Bereichen erhebliche Verunsicherung hervorruft, ist eine wenigstens exemplarische Auseinandersetzung mit ihren Positionen notwendig, zumal sie sich auch an den politischen Forderungen unserer Arbeit nach kritischer Kooperation mit der Verwaltung festgemacht hat.

Verräter der Selbsthilfebewegung?

Sozialetatistische Gewerkschafter und anti-etatistische Fundamentalisten am linken grün-alternativen Rand sind sich darin einig, daß staatliche Unterstützung von Selbsthilfegruppen abzulehnen sei, daß sich die Gruppen als billiger Jakob der Sozialpolitik ausnutzen lassen. Ihre Schlußfolgerungen freilich gehen in entgegengesetzte Richtungen:

„Staatssozialisten" aller Art fordern, daß der Sozialstaat all das finanzieren und leisten solle, was jetzt Soziale Selbsthilfegruppen billiger und besser machen. Antireformisten dagegen, die im Staat und seiner Sozialpolitik prinzipiell nur das Hilfsmittel der herrschenden Klassen sehen, begrüßen zwar alle autonomen Initiativen -, aber nur unter der Bedingung, daß sie sich als Widerstands- und Gegenaktion zum staatlichen Handeln profilieren. Daher lehnen sie auch Förderung, die berüchtigte „Staatsknete", im Prinzip ab. Da die Mehrheit der Selbsthilfegruppen zwar durchaus kritische Positionen zu bestimmtem staatlichen (Nicht-)Handeln bezieht, aber kein pauschales Feindbild 'des' Staates sich einreden läßt und daher etwa zur Hälfte auch die dringend benötigte (meist zu geringe) öffentliche Förderung fordert und nimmt, wird sie - im Extremfall (Jarre/Krebs 1987, 208 f.) - als Verräter der Selbsthilfebewegung beschimpft: „Selbsthilfe bedeutet, daß Leute ihre Belange selbst in die Hand nehmen", aber „die meisten Gespräche bei der Tagung enden bei der Frage, wie man mehr Geld beschaffen kann. Selbsthilfegruppen, die anfangen wie die Bürokratie zu denken, müssen in der Sackgasse der gleichen falschen Fragestellung enden wie diese." Nämlich: daß es nur Mißstände zu beseitigen gelte, nicht aber das ganze System der „Bevormundung durch den Staat". So der Vertreter eines „sozialistischen Selbsthilfe-Kollektivs" in Köln.

Ein anderer Teilnehmer beschwor gar die Korruption der gesamten Bewegung: „Wo es für Selbsthilfe Geld gibt, wird es unwahrscheinlich viele Selbsthilfegruppen geben oder doch zumindest Gruppen, die sich so nennen" (222). Flugs werden dann auoh alle, die - wie der Autor - Wandel und Kooperationsbereitschaft einer bisher allzu selbstherrlichen Verwaltung gegenüber den Selbsthilfegruppen fordern, als Propagandisten einer „Einbindungsstrategie des Staates oder einer künftigen SPD-Bundesregierung" entlarvt (G, Nowakowski im Netzwerk-Rundbrief 33 vom 28.06.1986), obwohl im Gegensatz zu dieser Behauptung die Autonomie der Gruppen, die - im Gegensatz zum „Fink-Topf" - unabdingbare Mitbestimmung bei der Mittelvergabe, die Kritik der etatistischen SPD-Politik und der staatlichen Vereinnahmung wie auch der prinzipiell alternative Anspruch vieler Initiativen („Graswurzelrevolution") von uns ausdrücklich und ausführlich zur Sprache gebracht wird.

Die Einbindungs- und Vereinnahmungsstrategie läuft kommt hier von Seiten der Antireformisten, indem sie, wie Nowakowski, den Selbsthilfegruppen „unüberbrückbare Gegensätze zu den Machtträgern" als Selbstverständnis aufokroyieren möchten, was dann zwangsläufig eine Kooperation unmöglich machen soll.

Die „Ideologie von der Unüberbrückbarkeit" verunsicherter Teile der Selbsthilfebewegung

Das Unüberbrückbarkeits-Dogma, kaum ausgesprochen, wird im nächsten Satz, freilich wider Willen, von seinem Autor selbst widerlegt: Nowakowski führt als „Beweis" für die Herkunft wichtiger Selbsthilfegruppen aus der „politischen Konfrontation mit dem Staat" die Bau-Selbsthilfegruppen in Berlin an, die aus der Hausbesetzer-Bewegung entstanden sind. Ganz richtig - nur: Während die in der Konfrontation verharrenden Besetzer gescheitert sind, konnten die Bau-Selbsthilfegruppen in den schließlich „legalisierten" 60 Häusern bleiben, weil sie nach harten Verhandlungen die Gegensätze überbrücken und vom „Staat" Erbpachtverträge, Sanierungszuschüsse und günstige Darlehen erreichen konnten. Was zu beweisen war.

Aber so irreal das konfliktorische Weltbild der Antireformisten, so leicht wiederlegbar ihre Logik und Polemik ist, so verhängnisvoll ist ihre Ideologie der unüberbrückbaren Gegensätze für viele Gruppen. Dies hat sich nicht zuletzt bei den Hausbesetzern gezeigt, die die zeitweilig angebotenen akzeptablen Legalisierungslösungen (des Vogel-Senats!) nicht angenommen haben, weil auf den Besetzer-Plenumssitzungen die (am Wohnraum interessierten) Vertreter eines „überbrückbaren Gegensatzes" von den (nur an der Konfrontation interessierten) antireformistischen Ideologen der Unüberbrückbarkeit bis aufs Messer als Verräter bekämpft wurden. Daß es eine Lösung im Interesse der Besetzer nur auf dem Weg des „Brükkenbaus", sprich der Reform, gab, hat sich dann, wie gesagt, gezeigt. Aber vielen Bau-Selbsthilfegruppen macht man deswegen noch lange ein schlechtes Gewissen.

Eine ähnlich tiefgreifende Verunsicherung und Infragestellung ihrer Identität verursachten antireformistische - hier speziell: radikal- feministisch artikulierte - Ideologien im Bereich vieler Frauenprojekte. Auch hier war die hochideologisierte Berliner „scene" wieder prototypisch: Sie spaltete sich anfang der achtziger Jahre nach heftigen Kontroversen in Frauen-Selbsthilfegruppen, die sich (zunächst) „bewußt gegen Staatsknete entschieden", weil kein Politiker „auch nur den Anschein einer Berechtigung erhalten sollte, dort mitzumischen" (zit. nach: AK Staatknete, 1987, 44), und die Mehrheit derer, die finanzielle Förderung beantragten. Neben dieser dogmatischen Autonomie- und Antistaatsvorstellung war auch die spezielle Angst wirksam, von einem Selbsthilfekonzept rein karitativer, möglichst ehrenamtlicher Frauenarbeit vereinnahmt zu werden, während die Frauen im Gegensatz dazu - vollkommen zu Recht - „Selbsthilfe als gegenseitige Selbstbefähigung unter Gleichen und als gesamtgesellschaftliches Gestaltungsprinzip" mit „Selbstverwaltung einschließlich Umgang mit den materiellen Ressourcen" verstanden („Feminist. Forschungs-, Bildungs- und Informationszentrum", FFBIZ in; AK Staatknete, 1987, 57).

Für eine Neuorientierung ohne Schuldgefühle ...

Viele haben sich daher zunächst der Projektförderung verweigert, sie aber schließlich, wie die Autorinnen in dem zitierten Bericht des Arbeitskreises (44-62) darlegen, meist doch beantragt und auch erhalten (wenn auch nicht im geforderten Ausmaß.) Immerhin kamen danach aus den Töpfen zweier Senate (=Ministerien) nach vielen Bemühungen der letzten Jahre allein 1986 für 15 Frauenprojekte 623.000 DM. Die Frauenprojekte könnten stolz auf dieses Ergebnis sein, zumal es ihnen gelungen ist, die Selbsthilfedefinition in ihrem (und unserem) Sinn ein Stück weit über das enge karitative und sozialfürsorgerische Verständnis hinaus auf emanzipative Gestaltungen hin auszuweiten. Das FFBIZ gesteht sogar zu, daß u.a. die Finanz- und ABM-Hilfe des „Staates" „dem FFBIZ einen enormen Aufschwung gebracht" hat (61). Aber der antireformistische Ansatz verwehrt vielen eine klare, kritisch-kooperative Neuorientierung. Es bleibt beim entschiedenen „Jein" zur öffentlichen Förderung: Man nimmt das Geld und lehnt es gleichzeitig ab - und man begibt sich fast masochistisch in die Rolle des sich selbst Demütigenden: „Wir haben das wenige Geld ... angenommen und sind dadurch zu Almosenempfängerinnen einer Politik geworden, die wir ablehnen. Wir befinden uns somit in einem nicht zu lösenden (!) Widerspruch." (a.a.O., 46: Statement des feministischen Frauen-Gesundheits-Zentrums - FFGZ).

Nein: Nicht die Selbsthilfegruppen befinden sich in solchem unlösbaren Widerspruch, sondern die Antistaats-Ideologie, die einige sich angeeignet haben. Und darum unsere ausführliche Ideologiekritik - damit klar wird: Es gibt nicht den repressiven Staat hier und die emanzipativen Selbsthilfegruppen da. Es gibt Konsens über den Grund-Wert autonomer sozio-kultureller Gestaltung, aber ansonsten sehr unterschiedliche Zielsetzungen. Und es gibt auf der anderen Seite zahllose, sehr unterschiedlich orientierte Verwaltungen, repressive und lernunfähige, aber auch für Bürgerengagement aufgeschlossene und einige wenige, die sogar offen für die Förderung der sozio-kulturellen Aktivitäten von unten eintreten, weil sie erkannt haben, daß die Sozialen Selbsthilfegruppen in vielen Bereichen die besseren Lösungen für gesellschaftliche Probleme anbieten.

Ein differenziertes Kneteverständnis entwickeln

Es gilt, sich zu entscheiden: Wer einer Sozialen Selbsthilfegruppe zum Erfolg verhelfen will, sollte ihr keine unüberbrückbaren Gegensätze zum „Staat" einreden. Diesen Luxus der ebenso reinen wie sterilen Konfrontation sollte er denen überlassen, deren Antireformismus für ihr praktisches politisches Leben folgenlos bleibt.

... und eine Politik der kleinen Schritte

Vor allem aber - was die Antireformisten mit ihrem monolithischen Staatsbild nie bedenken: In der parlamentarischen Demokratie wollen all diese politischen Verwaltungsspitzen wiedergewählt werden bzw. im Amt bleiben. Das war und ist die große Chance jeder APO und jeder kritischen Selbsthilfebewegung: Indem sie sich für Frauen, Jugendliche und Alte, für Kranke, Arbeitslose oder Bürger eines Stadtteils mehr und mehr als respektierte Helfer profilieren (und die Meinungsforschung zeigt, daß ihr Prestige schon beachtlich ist), können Verwaltungen ihre Forderungen nach Anteil an den Steuergeldern nicht mehr einfach abweisen. Dann werden Gegensätze Schritt für Schritt überbrückbar - je nachdem, wieviel Power und Sympathie die Selbsthilfegruppen mobilisieren können. Das haben die verhandlungsbereiten Besetzergruppen erfahren. Da die Macht der etablierten Interessen- und (Wohlfahrts-)Verbände groß ist, geht der Umverteilungsprozeß von Steuermitteln für sozio-kulturelle Zwecke und Gestaltungsmacht noch viel zu langsam. Gleichwohl sind vielerorts die Transfers - z.B. 700.000 DM für Frauenprojekte in Berlin - keine Almosen mehr.

Zwar braucht eine Minderheit von Selbsthilfegruppen im Kultur-, Gesundheits- und Ökonomiebereich weder Geld noch Genehmigungen vom Staat, um autonom Alternatives zu verwirklichen. Doch die Mehrheit, vor allem aber die Mehrheit der gesellschafts- und kulturkritischen Initiativen braucht Freiräume, Anerkennung, Finanzierungshilfen von der Kommune, von Landesbehörden, von etablierten Verbänden.

Die Autorinnen des großen Zwischenberichts des AK Staatsknete (1987, 104 ff.) können darauf verweisen, daß sich die meisten Gruppen dem antireformistischen Dogmatismus verweigern und ein „differenziertes Verständnis" der „Knete" entwickeln. „Hier wird von einer Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums bzw. 'unserer' Steuergelder ausgegangen, die der Staat lediglich verwaltet." Und sie weisen das Vereinnahmungsargument zurück: „Mit der Einrichtung des Selbsthilfetopfes ist es in Berlin zu keiner 'Spaltung' gekommen, etwa in brave geförderte und radikale autonome Projekte. Weiterhin kann durch die Geldbeantragung oder Vergabe nicht von einem direkten 'Hineinregieren' des Staates in die inhaltliche Arbeit gesprochen werden. Obwohl sich die Projekte dem Zuschnitt der Selbsthilfe-Kriterien angepaßt haben, hat dies doch wohl bei keinem zur Preisgabe der eigenen Identität geführt."

Diese und viele ähnliche Erfahrungen kritischer Initiativen lassen sich generalisieren. Sie widerlegen auch die jüngste, unbelegte, daher substanzlose Polemik von Kritz (in: Grottian u.a. 1988, 82 ff.) gegen den „Fink-Topf" und die aus ihm Geförderten: Auf der Basis eines pauschalen CDU-Feindbildes werden die geförderten Selbsthilfegruppen als Unterwürfige diffamiert, die es zulassen, daß die Förderung ihre „Eigenkompetenz (zerstört) ... und sie tendenziell unter die Rationalität der Verwaltung subsumiert".

... und eine befreiende Sozialpolitik schaffen

Zum Abschluß muß noch auf eine besonders verwirrende, irreleitende These des Antireformismus eingegangen werden: Die Selbsthilfegruppen, so wird argumentiert, helfen ehrenamtlich oder mit billigen (ABM-)Arbeitskräften, Defizite des Sozialstaats zu beseitigen - sie helfen damit, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse abzupolstern, also aufrechtzuerhalten.

Das Argument ist so falsch (halbwahr) wie der ganze antireformistische Begriff von Sozialpolitik. Diese war seit 100 Jahren, von den Bismarckschen Sozialgesetzen an, zwiespältig: Einerseits Inegrationsinstrument der herrschenden Machteliten zur Erhaltung von Massenloyalität mit eindeutig disziplinierenden und entsolidarisierenden Tendenzen (Melde- und Anspruchsfristen, Heimeinweisungen; klassengesellschaftliche Aufspaltung des sozialen Sicherungssystems: für Beamte, Angestellte, Arbeiter, Frauen, Obdachlose, etc.) - andererseits politisches Instrument der Benachteiligten und Notleidenden und ihrer Organisation zur Befreiung von menschenunwürdigen Lebensbedingungen: Angleichung der Leistung für Arbeiter; Gleichstellung der Frauen, Öffentlicher Wohnungsbau, freier Zugang zu höherer Bildung, Freizeiteinrichtungen, Sicherung bei Arbeitslosigkeit, Arbeitszeitverkürzung, Urlaub etc. Unzweifelhaft sind diese tendenziell egalitären und emanzipativen Errungenschaften von Sozialpolitik (in einem weiter gefaßten Sinne) allesamt nicht von „oben" gewährt, sondern von „unten" erkämpft worden, doch sie haben eher zur Entwicklung von selbstbewußten, informierten und herrschaftskritischen Bürgern beigetragen als zur demütigen Integration von dankbaren Untertanen in die herrschende Arbeits- und Staatsordnung. Und ebenso unzweifelhaft gehören die meisten Aktivitäten der 40- 50.000 autonomen Sozialen Selbsthilfegruppen zu dieser „alternativen", befreienden Form von Sozial-Politik, gerade weil sie Menschen nicht „von staats wegen" hilft, sie nicht diszipliniert, reglementiert und abhängig macht, sie nicht bürokratischen Betonstrukturen überantwortet, sondern sie selbständig, initiativ und selbstbewußt werden läßt - weil sie zahllosen Diskriminierten, Behinderten und Kranken hilft, die die Gesellschaft - nicht nur der „Staat"! - in eine Randgruppenexistenz abgedrängt hat -, und vor allem, weil sie Alternativen zur herrschenden Kultur-, Sozial- und Kommunalpolitik wie auch zur herrschenden Profit-Wirtschaftsordnung schafft, die in klarem Gegensatz zu bestehenden Obrigkeits- und Herrschaftsstrukturen stehen.

Daher stimmt es auch nicht - um einen letzten Strang der Kritik an den Sozialen Selbsthilfeinitiativen aufzugreifen -, daß sie konservativer Sozialpolitik als Ersatz beim Sozialabbau dienen. Die gewiß nicht CDU-frommen Autorinnen des AK-Staatsknete urteilen auch hier treffend: „Als letztes sei noch auf einen Einwand eingegangen, wie er von Projekten selbst immer wieder vorgetragen wird. Demnach seien sie nur gefördert worden, um den massiven Abbau sozialstaatlicher Leistungen durch ihre Arbeit zu kompensieren. So richtig dieses Argument im Hinblick auf die politischen Intentionen der 'neuen' CDU- Sozialpolitik auch ist, so läßt es sich doch in dieser Direktheit nicht belegen. Obgleich in Berlin in dem Zeitraum von 1981-1986 4.700 Stellen im Öffentlichen Dienst abgebaut wurden, von denen ein Teil der gesundheitlichen und sozialen Versorgung zuzurechnen ist (vgl. Bibl. ÖTV, 1987, S.3), können diese Zahlen weder mit der Anzahl noch mit den Inhalten der geförderten Projekte unmittelbar korreliert werden. Die genannten Arbeitsplätze und damit die Leistungen im Gesundheitswesen sind vielmehr ersatzlos gestrichen worden und können auch durch die Projekte nicht erbracht werden".

Ihre Einschränkung, die Gruppen könnten eher langfristig zur Kostensenkung beitragen, indem ihre alternativen Konzepte ('Vorsorge') Menschen stabilisieren und dem öffentlichen System spätere Versorgungskosten ersparen, ist zwar nicht von der Hand zu weisen (und wäre nicht der kleinste der Rechtfertigungsgründe für das Prinzip solchen Umbaus des Sozialstaats). Aber wir wollen hoffen, daß niemand den Zynismus so weit treiben will, den Selbsthilfegruppen ihre humaneren und effektiveren Aktivitäten zum Vorwurf zu machen, nur weil die politische Entscheidungsfrage offen ist, ob wir in 5 oder 10 Jahren Mehrheitsverhältnisse und damit Sozial- und Kulturpolitiker haben werden, die durch Selbsthilfe ersparte Kosten nutzen, um Wohlfahrtsausgaben zu streichen - oder um sie effektiver einzusetzen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Handbuch Selbsthilfe: Gruppenberichte – 900 Adressen – Gesellschaftliche Perspektiven. 800 Seiten, Verlag Zweitausendeins, ca. 20,DM.

WECHSEL WIRKUNG
Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT GESELLSCHAFT

Nr. 38, August 1988
Schwerpunkt:
Auf Schuldenbergen wächst nichts mehr – Schuldenkrise und Umweltzerstörung: Zur Politik von Weltbank und IWF • Ökologischer Raubbau • Die Folgen der Abholzung im Amazonasgebiet • Schuldenübernahme für Naturschutz •
Weitere Themen:
Maul- und Klauenseuche • Neues von der Virenfront • Rinderwachstumshormone • Die ideologische Mobilmachung der Biologie um die Jahrhundertwende • Paul F. Lazarsfeld • Beobachtungen auf dem Kongreß «Geist & Natur» •
Bitte Probeheft für DM 2,– in Briefmarken anfordern!

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Gewerkschaften und soziale Konflikte.
WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.
WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker.
WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.
Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
DM 7,– Einzelheft (+ Versandkosten), DM 28,– Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

Quo vadis Ökobank-Verein?

Nun ist es also soweit: bei seiner nächsten MVV wird der Ökobank-Verein seine Selbstauflösung beschließen. Er muß dies tun, weil es sehr unterschiedliche Ansichten dazu gibt, wie zukünftig die „Kontrolle" über die Ökobank auszuüben sei. Und sicher spielen in die Sach-Auseinandersetzungen auch Gründe von Machterhalt und Pfründe-Sicherung. Vom Effekt her bleibt das egal: nur die Einstimmigkeit aller Mitglieder kann die notwendige Satzungsänderung in der Zielsetzung des Vereins durchführen. Diese Einstimmigkeit ist aber nicht zu erreichen.

Bilanz: positiv

Wir tun uns alle erstaunlich schwer, uns Erfolge als solche reinzuziehen. Der Ökobank-Verein hat es hingekriegt, die Ökobank zu gründen. Er hat sein Ziel erreicht. Daß dies gelingen konnte, ist Verdienst der vielgescholtenen Frankfurter „Zentrale" ebenso – wer könnte dies bestreiten – wie der (anfangs) Einzelkämpfer in den Regionen.
Ich finde, man hätte sich nach der Gründung der Ökobank auch im Verein eine kleine Kampfpause gönnen und den Erfolg gemeinsam feiern können. Statt-dessen ging es bruchlos weiter mit dem Vereinsalltag – und der besteht aus Querelen seit Gründung des Vereins. Das alles ist also nichts Neues.
Wenn die Ökobank heute nur einen winzigen Teil ihrer gedachten Aufgaben erfüllen kann, wenn sie in der Höhe Ihres Kreditvolumens und in der Höhe des Auszahlungsbetrages bei Einzelkrediten in schwer erträglicher Weise begrenzt ist, so ist das **beschämend** für uns alle, die wir uns über die Jahre in sehr unvernünftiger Weise bekämpft haben. Unvernünftig, weil es natürlich die Verhandlungsposition der Ökobank in Berlin und Bonn geschwächt hat. Aber die Hoffnung nicht aufgeben (nie „nie" sagen): es ist denkbar, daß der eine oder die andere daraus für die Zukunft gelernt hat.

Nur ein Schritt

Für die Gründer des Ökobank-Vereins war die Ökobank nie Selbstzweck. Sondern ein Baustein in der Entwicklung einer ökologischen und selbstverwalteten Gesellschaft en miniature, die dem umgebenden, systembedingt zerstörerischen Kapitalismus entgegengehalten werden kann als die bessere Alternative.
Die sie erst noch werden muß.
Wenn sich wirklich Leute finden, die jenseits ihrer Kleininteressen **systematisch** diese Entwicklungsaufgaben realisieren, ist es m.A. ziemlich egal, ob sie dies in einem Bundesverein und/oder einer Ansammlung von Landesverbänden tun, zumal es stimmt, daß die unmittelbar praktischen Aufgaben nur vor Ort eingeschätzt und wahrgenommen werden können.
Trotzdem: die Bündelung der Auseinandersetzung und des Willens ist notwendig. Bestimmte Dinge, die **TAZ** z.B., **CONTRASTE** oder die **ÖKOBANK** gründet man nur einmal: das Experiment darf nicht scheitern.
Ich glaube nicht an die Zukunft eines neu gegründeten, bundesweiten Nachfolgevereins. Die einzige Möglichkeit, öffentlich und „zentral" mit der Ökobank und der Entwicklung der **„Gesellschaft von unten"** umzugehen, kritisch und solange wie geht konstruktiv, ist daher CONTRASTE. Ich werde wohl Ricarda's Vorschlag (siehe unten) folgen. **Karl Bergmann**

Einladung

zur Mitgliederversammlung

des Vereins

Freunde und Förderer der Ökobank

am 29.10.1988 um 11.^{00} Uhr (Ffm, Mainzer Landstr.147)

Auf der letzten Mitgliederversammlung konnte keine Einigung über eine Satzungsänderung erreicht werden. Wie es scheint, ist eine **Zweckänderung ohne Zustimmung aller Mitglieder nicht möglich.** Obwohl mit der Gründung der Ökobank der Vereinszweck **juristisch** erfüllt ist, will die Mehrheit der Mitglieder die **Idee** des Vereins, die Herausbildung einer ökologischen und selbstverwalteten Wirtschaft, weiter verfolgen. In dieser Situation ist es **Aufgabe der Mitglieder, darüber eine Entscheidung zu treffen.**

Daher schlagen wir folgende **Tagesordnung** vor:

1. Berichterstattung über die juristischen Möglichkeiten der Satzungsänderung.
2. Beschlußfassung über Weiterbestehen oder Auflösung des Vereins.
3. Vorstellung möglicher Nachfolgeorganisationen.
4. Verschiedenes.

Der ursprünglich in der Juli-Ausgabe der CONTRASTE vorgesehene Termin der MVV mußte wegen der Teilnahme vieler Mitglieder an der IWF-Tagung und der Abwesenheit fast aller Vorstandsmitglieder verschoben werden.

Leserbriefe

Wegen des Ozonlochs und der deshalb bevorstehenden Überschwemmung Norddeutschlands mit der Nord AG (Ozonloch usw. = Temperaturanstieg = Polareisschmelze = Meeresspiegelanstieg) bitten wir das Verhalten dort als nachvollziehbare Panikreaktion zu entschuldigen. Unsere Einlagenwerbung im Norden sollte unter dem Gesichtspunkt „Treibhauseffekt – jetzt Vermögen sichern" schnell aktiviert werden. Längerfristige Kredite nach Norddeutschland sollten nur noch bei ausreichender Absicherung in südlicheren Bundesländern (z.B. Orte über 100 m über NN) vergeben werden. Denn als Ökobank denken wir doch öko-logisch!?!

Bernhard Weber, Marburg

Ich fände es schade, wenn der Ökobank-Verein sich einfach so sang- und klanglos auflösen würde. Meiner Meinung nach braucht die Ökobank eine Gruppe von Menschen, die deren Arbeit kritisch unterstützt und die . . . einen Teil der notwendigen Öffentlichkeitsarbeit übernimmt. Zum Einen kann der Verein der Ökobank bestimmte Aufgaben abnehmen, damit diese sich auf ihre originäre Bank-Arbeit konzentrieren kann, zum anderen braucht die Ökobank kritische Sympathisanten, die ein Korrektiv zur Ökobankpolitik bilden können. Vor diesem Hintergrund sind die Bestrebungen der Hamburger Ökobankfreunde für mich völlig unverständlich, besonders deshalb, weil sie inhaltlich überhaupt nicht begründet wurden. Keinesfalls darf es dazu kommen, daß der Ökobank-Verein in formaljuristischen Diskussionen erstickt, denn es gibt genügend inhaltliche Dinge zu diskutieren . . .

Axel Schüler, Malsch

Im April 1988 hat der LV Bayern seinen 327 Mitgliedern in einem Rundbrief einen Fragebogen zugestellt. Die Fragen sollen darüber Aufschluß geben, welche Ziele v.a. die Mitglieder des Ökobank- Vereins durch ihr Engagement verwirklicht sehen wollen. Konkret sollte festgestellt werden:

1. welche Bereiche soll der Verein/die Bank besonders fördern?
2. wie stellen sich die Vereinsmitglieder die Zukunft ihres Vereins vor?
3. wie steht's um CONTRASTE?
4. wie soll's die Ökobank mit der Öffentlichkeit halten?

Umfrage

Der LV Bayern erhielt 70 Fragebögen zurück. Daraus ergab sich folgendes Bild:

zu 1. Ökologie (60); Selbstverwaltung (30); Frauen (7); Pazifismus (34); 3. Welt (27).
Weitere Vorschläge: Förderung von Wohneigentum, alternative Energie, Unterstützung kritischer Aktionäre

zu 2. 50 für weitere Mitgliedschaft im Verein (ab 1.1.89 im LV Bayern); 10 keine weitere Mitgliedschaft.
Vorschläge für Vereinsperspektive: Aufbau eines alternativen Wirtschaftsverbandes, Aufklärungsarbeit, Seminare und Tagungen, politische Arbeit bezüglich Bank, politisches Sprachrohr der Bank.

zu 3. 31 fanden CONTRASTE gut, 29 mittel, 3 schlecht.
gut wegen: Szene Information und allgemein inhaltlich; schlecht wegen: Inhalt, zu speziell Selbstverwaltung, zu viel Insider-Berichte, Szenejargon, zu theoretisch, Artikel zu lang.

zu 4. 33 für Mitbestimmung in Bankfragen; 12 für Diskretion.
Weitere Vorschläge: Öffentlichkeit ab bestimmter Kredithöhe, Öff. nur bei Zustimmung des Kreditnehmers, Öff. darf das Bankgeschäft nicht behindern, keine Einzelveröffentlichungen, nur mittelbare Kontrolle (Delegiertenprinzip), personelle und finanzielle Aspekte trennen.

Als 1. Resumee: Es wurde deutlich, daß die Ökologie den höchsten Stellenwert im Umfeld Ökobank einnahm. Es wird Öffentlichkeit gewollt, sowie das Fortbestehen des Vereins als alternativer Wirtschaftsverband.

München, Juni 1988 *LV Bayern*

Betrifft: CONTRASTE

Wegen der ungewissen Zukunft des Vereins mußte der Vorstand das CONTRASTE-Abonnement zum Oktober 1988 kündigen. Diese Ökobank-Seite ist also die letzte. Der Vorstand hält die kritische Begleitung der Ökobank-Entwicklung durch CONTRASTE aber weiterhin für erforderlich und empfiehlt den Vereinsmitgliedern hiermit dringlich, CONTRASTE regulär zu abonnieren.

Rein in den CONTRASTE-Verein!

Mit der Zulassung der Ökobank hat der Bundesverein ihrer Freunde und Förderer sein Satzungsziel erfüllt. Da eine Satzungsänderung aus juristischen Gründen kaum zu machen ist, werden die Mitglieder auf der kommenden MVV über die Vereinsauflösung entscheiden müssen.
Die Diskussion im Bundesverein hat zwar gezeigt, daß von vielen Vereinsmitgliedern eine Nachfolgeorganisation gewünscht wird. Deren Aufgabengebiet und Organisationsform sind aber heftig umstritten.
Die Befürworter des föderativen Modells sprechen sich für die Bildung eines eigenen Dachverbandes aus rechtlich eigenständigen Landesverbänden und Regionalvereinen aus. Sie setzen auf eine Stärkung der Vernetzung vor Ort und hoffen auf politisches Mitspracherecht bei der regionalen Strukturentwicklung durch die Ökobank. Bei der durch das BAKred (Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen) auferlegten Beschränkung der Kreditvergabe der Ökobank auf den hessischen Raum für 2-3 Jahre bleiben solche Erwartungen zunächst Zukunftsmusik.
Den Anhängern des zentralen Bundesvereins geht es weniger um die politische Mitsprache oder die Stärkung regionaler Strukturen als vielmehr um die Sammlung und das Bereitstellen von ökologischem bzw. Selbstverwaltungs-Knowhow für die Bank.
Weshalb muß eigentlich die bundesdeutsche Vereinslandschaft um weitere Vereine bereichert werden? Unser Ziel war doch immer die Förderung einer bundesweiten Vernetzung und diese hat *CONTRASTE* als Forum für Selbstverwaltung bisher wesentlich gefördert. Denkbar wäre, daß der *CONTRASTE*-Verein, dessen Zweck die Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung ist, die Nachfolgeorganisation des Bundesvereins wird. Neben Fördermitgliedern könnten die rechtlich eigenständigen Landesverbände und Regionalvereine, sowie die Befürworter der Ökonovia dem *CONTRASTE*-Verein beitreten und die Zeitung als Diskussionsforum nutzen. Die Lokalredaktionen von *CONTRASTE* verfügen bereits über das entsprechende Wissen aus dem Selbstverwaltungsbereich und tragen es nach außen. Die Diskussion über alternatives Wirtschaften wird in der Zeitung geführt und der Informationsaustausch der verschiedenen Verbände selbstverwalteter Betriebe und Projekte findet längst statt.
Deshalb: **Zusammenarbeit statt Konkurrenz**
und rein in den CONTRASTE-Verein!

Ricarda Buch

Kein Reinfall, sondern ein Entwicklungsprozeß

Das vom Vorstand beabsichtigte und von mehreren Vereinsmitgliedern kritisierte Verfahren der Satzungsänderungen hat sich tatsächlich als nicht gangbar erwiesen. Deshalb ist die Auflösung des Bundesvereins die einzig praktikable Möglichkeit. Dies schafft auch Klarheit über die künftig die Ökobank begleitende Arbeit durch Landesverbände und ihre Regional-Gesellschaften.

Vertreter der bestehenden Landesverbände (LV's) aus Schlweswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen-Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und mehrere Regionalgesellschaften und LV's i.G. werden am 3./4. September in Göttingen ein erstesmal zusammentreffen, um über die zukünftigen Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer länderübergreifenden Zusammenarbeit zu beraten. Diese Beratungen sind notwendig, weil zur Gründung der Ökobank andere Ansprüche an die Organisationsform des Gründerverins gestellt werden mußten, als sie zur Begleitung der gegründeten Bank gestellt werden müssen. Auf der MV im Oktober werden sie dann ihren Standpunkt darlegen und zu weiteren Gesprächen bereit sein.

Desweiteren werden sich die Teilnehmer beschäftigen mit

1. der Art und Weise der Zuarbeit zur Beurteilung von Kreditanträgen, die an die Ökobank gestellt werden.
2. der Untersuchung von Möglichkeiten, die eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Ökobank (Kredite darf die Ökobank infolge einer Selbstbeschränkung u.a. Bedingungen nur zum Teil bundesweit erteilen) auszugleichen. Z.B. können die LV's bzw. ihre Regionalgesellschaften Direktkreditvermittlung (DKV) betreiben. D.h. sie vermitteln vor Ort an ausgesuchte Projekte, die im Sinne der Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung handeln.
3. der Planung zur späteren Gründung von Zweigstellen.

Durch Erfahrungsaustausch untereinander sollen Erkenntnisse zur Einschätzung der Seriosität eines Antragstellers und dem Grad seiner ökologischen und/oder selberverwalteten Arbeitsweise gewonnen werden.

Da es potentiell mehr seriöse Kreditantragsteller im Sinne der Förderziele der Ökobank e.G. gibt, als zur Zeit durch sie oder die DKV bedient werden können, ist es von besonderer Bedeutung und Notwendigkeit, Schwerpunkte in der Auswahl der zu fördernden Projekte zu setzen. Je nach den regionalen Gegebenheiten können diese Schwerpunkte völlig unterschiedlich ausgewählt sein und unterschiedliche Erfahrungen gemacht werden, die auf der Tagung in Göttingen und auf folgenden Treffen zum Austausch kommen sollen.
In Form dieser Arbeitsgemeinschaft der LV's und Regionalgesellschaften gibt es dann auch den von einigen so oft geforderten „Denkverein", der der Ökobank zur Seite steht. Nicht nur, um herauszufinden, was an sich als 'ökologische Produktion' zu betrachten ist, sondern um zu **angemessenen** und transparenten Entscheidungen zu finden. D.h.: welche Projekte solle wo und warum durch die Bank gefördert und unterstützt werden oder nicht? Das ist allerdings keine akademische, sondern eine politisch- praktische Fragestellung, die schließlich nur vor Ort beantwortet werden kann. Und dafür brauchen wir eine wirklich föderative Organisationsform mit bundesweiten Arbeitszusammenhängen. Diese Organisationsform wird jetzt geschaffen und darauf müssen wir uns konzentrieren.
Welcher Stellenwert zum gegenwärtigen Zeitpunkt dem für 1992 geplanten gemeinsamen europäischen Markt beigemessen werden soll und wieviel Arbeitskapazität dafür zur Verfügung steht, muß beraten werden.

Ansonsten sind wir grundsätzlich zur konstruktiven Zusammenarbeit bei der zukünftigen Begleitung der Ökobank bereit.

Jens Reuter

Anträge zur MVV:

1. Beantragen wir die **Auflösung des Bundesvereins Freunde und Förderer der Ökobank.**
Begründung: Der Verein hat sein Satzungsziel erreicht. Die Ökobank ist gegründet. Über die Art und Weise der weitergehenden Begleitung der Ökobank konnte innerhalb des Vereins keine gemeinsame Lösung gefunden werden. Dies wäre aber Voraussetzung für eine Änderung von Ziel und Zweck des Vereins, die zum Schutz der Mitglieder nur einstimmig durch **alle** Mitglieder (auch der nicht erschienenen) vorgenommen werden kann, s. BGB § 33.
2. Beantragen wir, daß der Bundesverein seine Mitglieder **über die Hintergründe seiner Auflösung sachlich aufklärt und zur Mitgliedschaft in den jeweiligen Landesverbänden auffordert,** damit eine weitere Begleitung und Unterstützung der Ziele der Ökobank gewährleistet ist.
Begründung: Aus den Gliederungen des Bundesvereins sind in den letzten Monaten unabhängige Landesverbände hervorgegangen oder deren Gründung ist beabsichtigt. Nach Gründung der Ökobank gewährleisten diese LV's mit ihren Regional-Gesellschaften die Fortsetzung der Begleitung der Ökobank auf breiter Ebene.
3. Beantragen wir, **das vorhandene Vermögen des Bundesvereins anteilig an die LV's und LV's i.G. zu verteilen.** *Vorstand LV Hamburg*

Wer hat Angst vor Raiffeisen?

Oder wem gehört Raiffeisen?

Red. Genossenschaften Die öffentliche Würdigung Raiffeisens anläßlich seines 100. Todestages am 11. März 1988 hat überraschende Akzente gesetzt: Der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) ehrt den tieffrommen Westerwäldler wie eine Art „Staatsmann" des Genossenschaftswesens. Der Festakt am 11. März in der Frankfurter Oper stand im Zeichen des Versuches, Raiffeisens Lebenswerk rechtskonservativ heimzuholen und es deckungsgleich mit dem heutigen Erscheinungsbild des Raiffeisenkomplexes zu machen. Ist dies nicht eine unzulässige Uminterpretation der Geschichte des Genossenschaftswesens; wird die Geschichte nicht umgeschrieben auf diese Art?

Rüdiger Reitz

Die sonstige Würdigung Raiffeisens war – mit Ausnahme einiger Stellungnahmen aus der SPD – eher ein journalistisches Ereignis als ein Bedürfnis die Gunst der historischen Reminiszenz zu nutzen. Dies gilt mit einer Ausnahme, auf die ich gleich zu sprechen komme, auch für die FreundInnen aus der alternativen Ökonomie und dem Selbstverwaltungsbereich. Ist denn Raiffeisen nichts anderes mehr als ein Opa der Genossenschaftsgeschichte? Ist der bei näherem Hinsehen nicht „jünger" als mancher unter dreißig heute?

Das eigentlich Überraschende ist, wie rührig die Evangelische Kirche Raiffeisen zu würdigen versucht. Ich kenne wenigstens fünf Akademieveranstaltungen, eine Reihe von Bischofsworten, theologisch - sozialethische Kommentare zu Hauf und sogar einen Sonderband (H. Siepmann). Aber ist nicht selbst diese Art der Würdigung problematisch? War denn Raiffeisen nicht mehr als „das berühmte Gemeindemitglied" in Neuwied (so neulich der Präses der Rheinischen Kirche)?

Meine vorläufige Schlußfolgerung: die bislang erfolgte Befassung mit Raiffeisen wird seiner historischen Bedeutung nicht gerecht und verniedlicht in einer schwer zu ergründenden Weise seine heutige Aktualität. Unentschuldbar ist auch die Ausblendung Raiffeisens aus der konzeptionellen Reflektion im Selbstverwaltungssektor.

Da im linken Spektrum des Genossenschaftssektors kaum mehr der Blick für diesen Mann da ist, bemächtigen sich die Rechtskonservativen dieser Persönlichkeit. Ich meine: *Raiffeisen darf nicht konserviert oder christlich-sozialethisch nachträglich getauft werden, sondern muß von der Linken für das gesamte Genossenschaftswesen zurückgeholt werden. Raiffeisen gehört weder dem Staat, der Kirche oder den Herren Feller und Meier aus München, sonder uns allen.* Er harrt noch der kritischen Auseinandersetzung. Und was ich am Wichtigsten finde: Wir sollten das Raiffeisenjahr dazu nutzen, die Reformfähigkeit des traditionellen Genossenschaftssektors einzuleiten, indem zu Raiffeisens Praxis ein Dialog mit den Verbändevertretern gesucht wird. Wir brauchen nämlich dringend die Kooperation mit den Altgenossenschaften, soll es in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik zum Aufbau eines markt- und konkurrenzfähigen selbstverwaltetem Unternehmenssektors kommen.

Im folgenden möchte ich mit einer Würdigung Raiffeisens Anstoß zu einer weiterführenden Diskussion geben, wobei ich ausdrücklich bemerken muß, daß dies nicht die auch zu leistende kritische Auseinandersetzung mit dem Mann selbst ersetzen kann. Aber was sollen wir denn Raiffeisen kritisieren, wenn Raiffeisen durch die bloße Tatsache seines 100. Todestages in gewisser Weise eine Erneuerungsquelle des Genossenschaftsgedankens sein kann?!

Das Genossenschaftsverständnis von Raiffeisen

Raiffeisen wollte Selbsthilfe auf der Grundlage des Altruismus. Keiner durfte aus dem genossenschaftlichen Geschäftsbetrieb einen unmittelbaren Vorteil ziehen. Die materielle Förderung der Genossen stand im Dienst sozialethischer Ziele. Die Gewinnverwendung geschah in christlich- karitativer Absicht.

„In christlicher Solidarität sich zu vereinigen und zusammenzuwirken" – das war die Devise. Raiffeisen wollte Genossenschaften nicht als bloße Erwerbsformen betrachtet sehen, sondern die „geistlich- sittliche Hebung" der Bevölkerung sollte die Hauptsache sein. Raiffeisen führte die damals gängige Genossenschaftsphilosophie (die dann in das Genossenschaftsgesetz von 1889 einging) mit christlich- sozialen Zielen zusammen. Für Raiffeisen war die damals geeignete Form der Gegenseitigkeit und Nächstenliebe die Genossenschaft. Jeder mehrt seinen Vorteil durch Förderung der Gesamtheit (auch in ihren kulturellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen, z.B. Bildung). Seine Philosophie faßte er 1887 in einer Rede folgendermaßen zusammen:

„Der Geist des christlichen Glaubens und der Liebe muß die Triebfeder und die Kraft zum unermüdlichen Wirken sein. Lassen Sie, werte Vereinsgenossen, uns dies nie vergessen; lassen Sie uns stets bedenken, daß ohne eingedenk zu sein unserer Christenpflichten, ohne das ernste Bestreben, diesen gerecht zu werden, niemals die den Darlehnskassen-Vereinen gestellte Aufgabe erfaßt werden kann, unsere Vereine zu reinen Geldgeschäften herabsinken und und auf die Dauer wenig wirken würden. Daß dies nicht geschehe, daß der Geist aufrichtigen, christlichen Glaubens, der Geist inniger, herzlicher Liebe zu Gott und unseren Mitmenschen uns die zuversichtliche Hoffnung geben möge, daß dadurch und dadurch allein die irdische Wohlfahrt und die ewige Glückseligkeit erlangt werden kann, daß dieser Geist uns, unsere Vereine und deren ganze Organisation durchdringe zum Segen der Jetztzeit, zum Segen der kommenden Geschlechter, das walte Gott!"

Kurzum: Die Genossenschaft ist für Raiffeisen die Alternative zum Individualismus und zum Konkurrenzprinzip des Wirtschaftsliberalismus.

Raiffeisen, Schulze-Delitzsch und Lasalle im Vergleich

Raiffeisen:	Schulze- Delitzsch
1. Keine Heranziehung der Mitglieder für Geschäftsanteile. Stattdessen Mischsystem von privater und öffentlicher (Gemeinden, Kreise) Fremdhilfe. Zwitter zwischen Selbsthilfe und Subventionierung. 1876 wird Raiffeisen durch eine Initiative des Raiffeisentages gezwungen, sich der Regelung bei Schulze- Delitzsch anzupassen.	1. Kapitalbildung durch Geschäftsanteile ausschließlich der Mitglieder.
2. Keine Gewinnausschüttung	2. Verzinsung der Einlagen. Dividende und Guthaben.
3. Überschüsse werden dem Vereinsvermögen als unteilbares Reservekapital zugeführt.	3. siehe unter 2.
4. Langfristige Kredite (Maximum 10 Jahre)	4. Kreditierung und Ausleihe müssen gleich in den Zeiträumen sein (Regelfall 3 Monate)

Raiffeisen hat seine Genossenschaften, deren Zahl bei seinem Tod über 400 betrug, strikt auf die jeweilige Ortsgemeinde beschränkt. Damit hat er die den seinerzeitigen ländlichen Bedingungen entsprechende Gestalt der Genossenschaft gefunden. Darin lag seine Genialität, aber auch seine Begrenzung. Den Handwerker und den Arbeiter erreichte er damit nicht.

Der sogenannte **Systemstreit** zwischen Raiffeisen und Schulze-Delitzsch entzündete sich an der Frage, ob die Geschäftsanteile der Genossenschaft ausschließlich durch die Mitglieder oder durch Fremdhilfe aufgebracht werden sollen. Raiffeisen entschied sich für zweiteres – und bekam die Härte des (inzwischen auf dem Gesetzgebungsweg befindlichen) Gesetzes zu spüren. Schulze-Delitzsch sah vor allem in öffentlichen Fremdhilfen eine Außerkraftsetzung der Selbsthilfeidee.

Die heute im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband (DGRV) vorherrschende Meinung (Gegen Staatshilfe jeglicher Form) hat also ihre historische Ursache in der Niederlage Raiffeisens gegenüber Schulze-Delitzsch.

Trotz dieses Systemgegensatzes waren sich beide einig in den Grundwerten der Genossenschaftsidee: Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung.

Lasalle argumentierte, dagegen, daß für den Arbeiter sozusagen die Geschäftsgrundlage für die Organisation in Selbsthilfe fehle. Hinzu kommt, daß Lasalle den reinen, liberal-mittelständisch ausgeprägten Selbsthilfeansatz nicht mit der Überzeugung zu vereinbaren wußte, daß die „notwendige Entwicklung" der Industrie zur Großindustrie eine ausgemachte und unumkehrbare Sache sei.

Schulze-Delitzsch freilich wandte sich gegen Lasalle ein, jede Intervention, jede Kredithilfe des Staates schließe die Selbsthilfe aus. Hier, **in der Verknüpfung mit Staatshilfe, ist also die große Konfliktstelle in der Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Sozialismus.**

Kann uns dieser Systemstreit heute dabei helfen, die Einführung in großindustriellen, großtechnischen Lösungsansätzen unserer Wirtschaftspolitik zugunsten kleinerer, dezentraler ökonomischer Handlungsfelder aufzubrechen? Welcher Erkenntniswert kommt hierbei Genossenschaften zu?

Raiffeisens Erbe und der DGRV

Der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband, der sich seit 1971 so bezeichnet, ist im 100. Todesjahr Raiffeisens zu einer offensiven Würdigung des Lebenswerkes seines Gründers angetreten. Die Art jedoch, wie dies geistig vorbereitet ist, fordert zur Auseinandersetzung heraus. Freilich nicht in Form von Polemik, sondern in Form eines kritischen Dialogs. Denn wir unterstellen dem DGRV grundsätzlich die Reformfähigkeit, die aber wohl nur aus einer Streitkultur hervorgehen kann.

Ideologische Schlagseiten hat die Festschrift des DGRV „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, das vermögen Viele" anläßlich von Raiffeisens 100. Todestag.

Der Interpretation der Genossenschaftsidee durch Raiffeisen wird der DGRV wenig gerecht. Die Verfasser der erwähnten Broschüre schreiben:

„Auch heute ist die Diskussion um den Genossenschaftsbegriff nicht verstummt, gibt es Ansätze, nach denen Genossenschaften nicht nur ihre Mitglieder fördern, sondern durch ihre Tätigkeit gemeinwirtschaftlichen Zielen verpflichtet werden sollen. Mit den privatwirtschaftlichen Unternehmen Raiffeisenscher Prägung haben solche Bestrebungen nichts zu tun."

Kurzum: Es entsteht der Eindruck, daß die heute vom DGRV vertretene Sicht der Genossenschaftsidee identisch sei mit Raiffeisens Ansatz. Diese vom DGRV vertretene Auffassung der Genossenschaftsidee hat zwei Komponenten:

a) Individuen in ihrem Eigennutz schließen sich zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammen („Selbsthilfe").

b) Sie wollen damit **ihre eigene** wirtschaftliche Leistungsfähigkeit steigern.

Damit kann der DGRV **objektiv-historisch Raiffeisen nicht gerecht werden.** Hat jener doch zeitlebens eine Verbindung zwischen christlich-karitativen Motiven und der auf den Prinzipien der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung aufgebauten Rechtsform Genossenschaft gesucht. Martin Faßbender, ein Mitarbeiter Raiffeisens, hat 1901 folgende Aussage getroffen: *„Der Zweck der Genossenschaften ist nach der Absicht des Gesetzes die wirtschaftliche Förderung der Mitglieder nach einer genau zu bestimmenden Richtung. Die Wirkungen des Genossenschaftswesens sindethisch- sozialer Natur und sind als solche ohne Beeinträchtigung der jederzeitigen freien Entschließung der Mitglieder durch Belehrung und entsprechende Maßnahmen der Geschäftsführung zu erstreben."*

Viele, die heute das Erbe von Raiffeisen für sich beanspruchen, stehen in Wirklichkeit nicht in Übereinklang mit dessen Interpretation der Genossenschaftsidee. Sie zehren von abgeleiteten Weisheiten, die keine historische Deckung beanspruchen können. **Wir brauchen eine neue Grundwertediskussion auf dem Gebiet der Genossenschaftsidee. Sie hätte bei der Kritik des künstlich konstruierten Gegensatzes von Gemeinwirtschaft und Genossenschaft anzusetzen.**

Genossenschaft und KG oder Verwaltungsgenossenschaft?

Bottroper WohnBund berät jetzt auch in Schleswig-Holstein

Der Rat der WohnBund- Beratung NRW, die erst vor gut einem Jahr ihr Büro in Bottrop, Essener Str. 237, eröffnete, ist inzwischen auch in Schleswig-Holstein gefragt. Vom 16.- 19. Juni stand der Bottroper WohnBund-Berater Dietmar Schulte der Kieler Arbeitsgemeinschaft „Ökologisches Siedlungsprojekt" Rede und Antwort. Monatelang hatte die Kieler Baugruppe zuvor vergeblich im norddeutschen Raum nach kompetenten Fachleuten für ihre speziellen Wohnprobleme gesucht.

Die Gruppe will in Kiel 21 Wohnungen, ein Gemeinschaftshaus und ökologisch-technische Einrichtungen (Blockheizkraftwerk, Pflanzenkläranlage, Grauwasserkreislauf usw.) erbauen. Insgesamt beläuft sich die Bausumme des Projektes auf ca. sieben Millionen Mark. Die Kieler Arbeitsgemeinschaft steht im Moment allerdings vor Finanzierungsproblemen. Denn die Gruppe mit der Zielsetzung „Gemeinschaftlich Bauen und Wohnen in der Stadt" will eine Genossenschaft gründen, damit alle Mitglieder gleichberechtigt und gemeinsam entscheiden können. Als Genossenschaft gehen der Gruppe aber sowohl die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Einzelbauherren als auch die öffentlichen Mittel für selbstgenutztes Wohneigentum verloren.

Auswege aus dem Dilemma versucht die Bottroper WohnBund-Beratung zu weisen: Durch Kombinationen verschiedener Rechtsformen (Genossenschaft und KG) oder Gründung einer Verwaltungsgenossenschaft könnte die Gruppe voraussichtlich die steuerlichen Vergünstigungen bekommen und zugleich demokratische, gleichberechtigte Entscheidungsstrukturen sichern.

Die Kieler Gruppe würde den WohnBund-Berater gerne häufiger in den hohen Norden rufen. Doch Dietmar Schulte ist beim Bottroper WohnBund zur Zeit nur auf ABM-Basis beschäftigt. Deshalb darf der Experte für gemeischaftliche Wohnprojekte überwiegend nur im Bezirk des Gelsenkirchener Arbeitsamtes tätig sein. Was Dietmar Schulte nicht abschrecken konnte: Er nahm Urlaub, um die Kieler Gruppe in seiner Freizeit zu beraten. ■

Genossenschaftsförderung

Modellprojekt nimmt Tätigkeit auf

Im Rahmen der Projektförderung durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung hat der Verein in diesem Monat die Beratungstätigkeit aufgenommen. In erster Linie sollen Gründungen selbstverwalteter/genossenschaftlicher Betriebe von Arbeitslosen bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohter Personengruppen betreut und unterstützt werden. Als Kontaktperson steht *Jochen Reinalda* im Vereinsbüro zur Verfügung.

Genossenschaftsseminar

In Kooperation mit dem *Dialog-Bildungswerk* und dem *Verein zur Förderung der politischen Bildung im Ruhrgebiet* werden wir ein Seminar vom 4.-6. November durchführen. Die Veranstaltung trägt den Arbeitstitel: Politisches Lernen am Beispiel des Genossenschaftsgedankens: Inhalte, Methoden und Medien. Der thematische Schwerpunkt liegt auf Methoden und Medien der politischen Bildung und richtet sich deshalb in erster Linie an Beschäftigte aus dem Bereich der politischen Bildung. Aber auch alle anderen Interessenten sind herzlich eingeladen. Als Referenten sind u.a. *B. Flieger* und *B. Segin* vorgesehen. Nähere Informationen bzw. Anmeldungen bearbeitet das Dialog- Bildungswerk, Teigelhügel 6, 4402 Greven 1.

Buchpublikationen

Einen sehr lebendigen und spannenden Überblick über die Geschichte der Genossenschafts- und Gemeinwirtschaftsbewegung in Deutschland bietet ein Buch von *K. Novy/M. Prinz, Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, 1985, 239 S.* Das Buch ist reichhaltig bebildert und mit historischen Plakaten illustriert. Es kann im Vereinsbüro bestellt werden (Preis 10,- DM inkl. Versand

Das jetzt vorliegende Handbuch II des Vereins und des Wohnbunds e.V. *„Gemeinsam und selbstbestimmt - Leitfaden für gemeinschaftliche Wohnprojekte"* wird ebenfalls vom Vereinsbüro verschickt. (12,-DM; 10,- DM für Mitglieder).

Internationale Tagung

Die *Friedrich-Ebert-Stiftung* und das *Institut de Coopération Sociale Internationale* veranstalten am 23. und 24. September eine große französisch-deutsche Tagung in Macon, Frankreich (siehe auch Seite 16). Das Thema der Tagung lautet: „Alternativ produzieren, alternativ leben: Weg oder Irrweg in die Zukunft?" Während der 2-tägigen Veranstaltung soll die Situation der selbstverwalteten/genossenschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik und Frankreich dargestellt und verglichen werden. Besonderes Gewicht liegt auf den sozialen Entstehungsbedingungen, der empirischen Bestandsaufnahme und den politischen Perspektiven der Selbstverwaltungswirtschaft. Auch die möglichen Auswirkungen der Öffnung des europäischen Marktes auf die Existenzbedingungen der selbstverwalteten Betriebe beider Länder werden diskutiert. Den Verein vertreten *W. Beywl* und *L. Porada.*

Stärkt den Genossenschaftsgedanken

VEREIN
ZUR FÖRDERUNG DES
GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

Kollektiv & Recht

Kollektiv und Betriebsverfassungsgesetz

Die Zahl der Betriebe und Projekte, in denen eine größere Anzahl von Menschen arbeitet, nimmt zu. Deshalb wollen wir uns an dieser Stelle mit dem Betriebsverfassungsgesetz beschäftigen, zumal viele Kollektiv- und Projektmitglieder den Status eines/r ArbeitnehmerIn haben. Das Betriebsverfassungsgesetz kennt Selbstverwaltete Betriebe nicht, sondern nur Unternehmer und leitende Angestellte, für die bislang das Betriebsverfassungsgesetz noch nicht gilt, sowie Arbeitnehmer.

Da es bereits Anwendung findet in Betrieben mit in der Regel mindestens fünf regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmern, müssen sich hiermit zwangsläufig auch größere Betriebe und Projekte beschäftigen, da es sich bei dieser Regelung um eine an sich zwingende Regelung handelt. Kollektivbetriebe neigen ja zur Auffassung, daß – trotz unterschiedlichen Status der dort arbeitenden Menschen – Plenum, Vollversammlung oder Bürobesprechung völlig ausreichen, da ja alle Menschen in diesem Betrieb oder Projekt gleichberechtigt sind.

Das gilt erfahrungsgemäß aber nur solange, wie der Betrieb überschaubar ist, jeder Mensch das Gefühl von Gleichberechtigung hat und auch ein von allen akzeptiertes Mehrheitsprinzip vorhanden ist. Gibt es jedoch Meinungsverschiedenheiten, bei denen Mehrheitsprinzipien nicht mehr beachtet oder akzeptiert werden, weil z.B. der unterschiedliche Status (UnternehmerIn/ArbeitnehmerIn) plötzlich eine Rolle spielt, dann nützt auch der Selbstverwaltungsanspruch nichts mehr, weil hier traditionelle Formen greifen.

Deshalb sollte jeder Betrieb oder jedes Projekt sich im vorhinein einmal Gedanken darüber machen, wie man sich vor sich selbst schützen kann. Gerade sozialversicherungs- oder steuerrechtliche Aspekte sind oft entscheidend für die Statuswahl. Bundesdeutsches Gesellschaftsrecht kennt aber keine Selbstverwalteten Betriebe. Neben Regelungen des Gesellschaftsvertrages erscheint mir hier die Berücksichtigung des bestehenden Betriebsverfassungsgesetzes eine weitere Möglichkeit. Das bestehende Gesetz sieht zwar keine weitreichenden Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten vor, jedoch können durch weitreichende Betriebsvereinbarungen Sicherungs- und Mitbestimmungsmechanismen eingebaut werden, die ein Kollektiv zwar nicht vor einem Bruch in Unternehmer/Arbeitnehmer schützen, aber zumindest den rechtlich schlechter gestellten Menschen in diesem Betrieb Garantien und Mitbestimmungsrechte einräumen können.

H.D.

Die Redaktion der Service-Seite ist bemüht, aktuelle Fragen aufzugreifen. Wer Themenvorschläge machen will oder auch konkrete Fragen zu anstehenden Problemen hat, der kann sich an die Hamburger Redaktion wenden. Wir greifen diese Fragen thematisch auf, beantworten sie direkt oder leiten sie an entsprechende Einrichtungen zur Bearbeitung und Beantwortung weiter.

Redaktion Hamburg
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
Tel. (040) 439 91 22

Arbeitssicherheit:
Ein Buch mit sieben Siegeln?

Red. Bremen Eben kein Buch, sondern ein kompliziertes Gebiet, mit diversen Vorschriften, Verordnungen und Gesetzen. Wer kennt sie nicht, die netten Menschen, meist Herren, der Gewerbeaufsicht und der Berufsgenossenschaft. Den meisten Ärger erspart man sich dadurch, daß man sich vorher informiert.

Das Arbeitsschutzsystem in der Bundesrepublik zeichnet sich durch eine Zweigleisigkeit aus. So gibt es auf der einen Seite die selbstverwalteten Unfallversicherungsträger und auf der anderen Seite den Staat. Da beide gleichgerichtete Aufgaben haben, Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsichtsämter, gibt es im Ergebnis ihrer Aufgabenfelder eine Menge von Überschneidungen beim Vorschriftswesen und der Kontrolle von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Die Überwachung der Arbeitsschutzgesetze liegt bei den Gewerbeaufsichtsämtern. Die Aufsichtsbeamten der Gewerbeaufsicht verfügen über die Befugnisse der Ortspolizeibehörde. Sie können Bußgelder verhängen oder Strafanzeigen erstatten. Anders als die Berufsgenossenschaft ist die Gewerbeaufsicht nicht nach Branchen gegliedert, sondern regional. In rund 75 Ämtern arbeiten über 3.000 Aufsichtsbeamte.

Da weder Berufsgenossenschaft noch Gewerbeaufsichtsamt alle notwendigen Details selbst regeln können, orientiert man sich an den Regeln einzelner Insitutionen, wie etwa dem Deutschen Institut für Normung (DIN), dem Verband Deutscher Elektrotechniker (VDE) oder dem Deutschen Verein der Gas- und Wasserfachmänner.

Da die Durchführung der rund 40 Arbeitsschutzgesetze den Unternehmen selbst obliegt, ebenso wie die Einhaltung einiger tausend Unfallverhütungsvorschriften, haften diese natürlich auch bei der Nichteinhaltung. Diesbezüglich von zentraler Bedeutung ist das Arbeitssicherheitsgesetz von 1973, nach welchem das Unternehmen Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Betriebsärzte zu stellen hat. Das Arbeitssicherheitsgesetz findet jedoch erst Anwendung, wenn in dem Betrieb für diese Arbeitsschützer für mindestens 60 Stunden im Jahr Arbeit vorhanden ist.

Nachfolgend eine kurze Übersicht über das Arbeitsschutzsystem:

1. Für Maschinen, Geräte und technische Anlagen gelten die Vorschriften und Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Gerätesicherheits- und Maschinenschutzgesetzes.
2. Für die Arbeitsstätten, einschließlich der Betriebshygiene, gelten die Gewerbeordnung und die Arbeitsstättenverordnung.
3. Für den Bereich der gefährlichen Arbeitsstoffe, sowie Strahlen finden sich Regelungen im Arbeitsstoffgesetz und der Strahlenschutzverordnung. Welche Belastungen maximal am Arbeitsplatz sein dürfen, sowie eine Liste der krebserregenden Stoffe finden sich in der sogenannten MAK-Wert-Liste (Maximale Arbeitsplatz- Konzentration).
4. Arbeitszeitbegrenzungen sind in der Arbeitszeitordnung, dem Ladenschlußgesetz, sowie dem Gesetz über Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien geregelt.
5. Den Schutz besonderer Personengruppen regeln das Heimarbeitsgesetz, das Jugendschutzgesetz, das Mutterschutzgesetz, das Jugendarbeitsschutzgesetz und das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.

Jeder Betrieb ist gut beraten, sich bei Einrichtung, Umbau oder Erweiterung sowie der Anschaffung von Maschinen, Anlagen und Geräten im vornhinein schlau zu machen. Neben diesen Gesetzen sind nämlich darüberhinaus noch diverse Unfallverhütungsvorschriften zu beachten. Ggfs. ist man auch gut beraten, sich rechtzeitig mit der entsprechenden Berufsgenossenschaft in Verbindung zu setzen.

H.D.

Rezension

Alternative Ökonomie als Kurseinheit an der Fern-Uni Hagen

Noch ist es nicht so weit, daß Selbstverwaltungswirtschaft als Fach an der Universität studiert werden kann, doch immerhin gibt es einen Kurs „Alternative Arbeit" in Hagen. Als didaktisches Material hat Wielang Jäger, Professor für Arbeitssoziologie im Fachbereich Erziehungs-, Sozial- und Geisteswissenschaften, 3 Kurseinheiten mit insgesamt 308 Seiten erstellt. Sein Erkenntnisinteresse gilt weniger der möglichen arbeitsmarktpolitischen Bedeutung der alternativen Ökonomie und mehr deren Zielsetzung „... unabhängig zu sein von der herrschenden kapitalistischen Ökonomie und sich nicht von dem kritisierten wirtschaftlichen System instrumentalisieren zu lassen".

Die drei Hefte bieten:
- historische und aktuelle Beispiele der Alternativarbeit (soziale Bewegungen, utopische Sozialisten, Genossenschaften sowie auch Beispiele selbstverwalteter Betriebe)
- industrielle Entwicklung und konkrete Arbeit in Selbstverwaltungsbetrieben, Vergleich von Ansprüchen und Wirklichkeit im Alternativbetrieb; Kontrolle, Macht und Herrschaft durch Microelektronik (auch im Selbstverwaltungsbereich?)
- zentrale Probleme (u.a. Lohn und Leistung, Subjekt und Subjektivität, Zeit ...) und Zukunft der Alternativarbeit

Bemerkenswert ist das 20- seitige Literaturverzeichnis, das erstmalig einen guten - keinesfalls vollständigen - Überblick über die wichtigsten Publikationen gibt.

Ob man so weit gehen soll, allen Neuen in den Betrieben diese Kurseinheiten zum Durcharbeiten in die Hand zu drücken? Jedenfalls sind sie für die Bildungsarbeit gegenwärtig das Beste, auch wenn sie nicht auf dem Markt sind. Anfragen direkt an:

Prof. Wieland Jäger
Fernuniversität GHS Hagen
Feithstr. 152
5800 Hagen

Anzeige

Anzeige

Gesundheitsreform

Weiterer Abbau der Krankenversicherung

Red. Bremen Die Gesundheitsreform 1988 ist ein weiterer Schritt zum Abbau der Sozialversicherung. Durch einschneidende Maßnahmen werden nunmehr die Versicherten noch mehr zur Kasse gebeten. Nachfolgend einige der wichtigsten Änderungen der gesetzlichen Krankenversicherung in Kürze:

Bisher betrug die Zuzahlung bei Heilmitteln DM 4,- je Verordnung. Zukünftig sind DM 4,- je Anwendung und Heilmittel zu bezahlen. Da pro Verordnung maximal 6 Anwendungen verschrieben werden können, sind dann auch DM 24,- Eigenbeteiligung zukünftig zu entrichten.

Bei Zahnersatz sind zukünftig 50% selbst zu zahlen. Lediglich für Personen mit einem Einkommen bis 1.232 DM brutto (alleinstehend) gilt die Härteregelung, daß die Kasse 100% der Kosten übernimmt. Bei Verheirateten erhöht sich die Einkommensgrenze um DM 462,- und für Kinder nochmals um DM 308,-. Für Personen, die über diesem Einkommen liegen, gibt es eine abgestufte Härtefallregelung.

Während früher die Härtefallregelungen durch die Kassen selbst festgelegt wurden, ist dieses nun gesetzlich geregelt worden. An dieser Stelle wurde gleichzeitig das Selbstverwaltungsprinzip der gesetzlichen Krankenkassen mit aus den Angeln gehoben.

Unabhängig vom Einkommen kann jede/r Versicherte durch Zuzahlung bis zu 2% seines Einkommens bei Fahrtkosten, Arznei- und Heilmitteln belastet werden. Personen, die über der Versicherungspflichtgrenze liegen (derzeit DM 54.000) können bis zu 4% belastet werden.

Besonders betroffen hiervon sind chronisch kranke Personen, die bislang von Zuzahlungen befreit waren. Effektiv ist für sie der Beitrag um 2% erhöht worden, da sie den Betrag immer erreichen werden.

Grundsätzlich keine Härtefallregelungen gelten für die Selbstbeteiligung im Krankenhaus, sowie bei Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln, sofern Festbeträge vereinbart sind.

Ab 1.1.91 wird die Medikamentgebühr durch eine prozentuale Zuzahlung für jene Medikamente, für die Festbeträge nicht festgesetzt worden sind, abgelöst.

H.D.

TIPS Informationen Interessantes

Arbeitslosengeld

Die Höhe des Arbeitslosengeldes richtet sich immer nach der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit, auch dann, wenn mehr als 40 Stunden in der Woche gearbeitet wurde. Etwas anderes gilt dann, wenn der Tarifvertrag Arbeitszeitverlängerungen ausdrücklich zuläßt. Dieses ist besonders für die Betriebe wichtig, die zwar keinen Tarifvertrag haben, aber bei denen dennoch Tarifverträge zugrundegelegt werden, weil diese für die Branche als allgemeinverbindlich erklärt wurden.

Arbeitslosengeld und GmbH

Wenn ein/e GmbH- GeschäftsführerIn mehre Jahre Beiträge an die Arbeitslosenversicherung abgeführt hat und das Arbeitsverhältnis beendet, besteht nur ein Anspruch auf Arbeitslosengeld, wenn ein Arbeitnehmerstatus vorgelegen hat. Das Arbeitsamt kann, trotz der gezahlten Beiträge, eine Leistung versagen, wenn sich nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses herausstellt, daß der/die GeschäftsführerIn einen „beherrschenden Einfluß" hatte!
BSG 8.12.87/ RAr 14/86

Ausbildung

Der Verbund Ausbildung in Selbstverwaltung e.V., Heinrichstr. 21, 2800 Bremen hat jetzt einen 80-Seiten-Reader über seine Tagung im Mai '88 zusammengestellt. In diesem Reader werden u.a. Themen behandelt wie: Selbstorganisation und ökologische Orientiertung, Lehre ohne Schere - die Praxis der Ausbildung, Kohle - woher, wozu? Förderungspolitische Vorstellungen alternativer Ausbildung. In diesem Reader werden Ansprüche und Ziele selbstverwalteter Ausbildung und eine Auseinandersetzung mit der Alltagspraxis beschrieben. Zu beziehen ist dieser Reader bei der o.g. Anschrift gegen DM 10,- per Scheck oder in Briefmarken.

KFZ-Handel und -Handwerk

Gerade in diesem Bereich stellt sich bei Schäden die Frage, versichert oder nicht? Was ist mit Schäden an Kraftfahrzeugen, z.B. bei der Reparatur oder der Probefahrt? Welcher Versicherer muß wann wofür bezahlen? Welche Versicherungsmöglichkeiten bestehen überhaupt? Hierzu gibt es eine Broschüre mit dem Titel: Versicherungsschutz für Kraftfahrzeug-Handel und -Handwerk, zu bestellen beim HUK- Verband, Glokkengießerwall 1/V, 2000 Hamburg 1

Datenschutz

Betriebe, Vereine etc., die personenbezogene Daten automatisch verarbeiten, und die hierbei in der Regel fünf ArbeitnehmerInnen beschäftigen, haben spätestens binnen eines Monats schriftlich ein/e Datenschutzbeauftragte/n zu berufen. Diese Person darf nur bestellt werden, wenn sie die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Fachkunde und Zuverlässigkeit besitzt. Schon gewußt? Nein? Nachzulesen im Bundesdatenschutzgesetz. § 28

Leserbriefe

Betr.: CONTRASTE Nr. 46/47 Seite 7, Aktuelles: IWF, die Beiträge von Creutz, Dufner und Schulte

Zweifellos - IWF und Weltbank sind keine Instanzen, von denen man einen Abbau weltweiter Ausbeutungsmechanismen erwarten kann. Selbst bei Durchführung der besten politischen Absichten: die Früchte von IWF und WB können letztlich nicht besser sein als das bestehende Geldsystem selbst. In der traditionellen Geldordnung verbleibt das Geld nur gegen Zins und Zinseszins (langfristig ein exponentielles Wachstumsprinzip) im Wirtschaftskreislauf. Folgerichtig müssen Verschuldungen national und international expandieren, wachsen einerseits die Geldvermögen überpropotional gegenüber allen sonstigen volkswirtschaftlichen Größen, nimmt andererseits die Verarmung ständig zu und wird im übrigen jede Volkswirtschaft nur dann als „gesund" betrachtet, wenn sie stetig wächst, was sämtlichen biologischen, systemischen und ökologischen Einsichten widerspricht. Die traditionelle Geldordnung läßt sich – darüber können alle staatlichen Ausgleichsbemühungen nicht hinwegtäuschen – mit sozialökonomischer und ökologischer Vernunft nicht in Einklang bringen, ja sie stellt einen tiefsitzenden Strukturmangel im ökonomischen System dar.

Der allgemeine Maßstab, dem Bedarfsdeckung und ökologische Vernunft untergeordnet sind, ist der Zins des Geldes. Das hypothetische Wachstum des Finanzkapitals bestimmt den Grad der Rentabilität in der Wirtschaft und somit, wo investiert wird und wo nicht.

Die Alternative? Für die in den marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften so wichtige Kapital-Lenkungsfunktion des Zinses würde ein nahe um den Wert null pendelnder Zins durchaus genügen. Es gilt die geldtechnische Frage zu lösen (und damit müssen sich die Ökonomen befassen!), wie bei einem so niedrigen Rentabilitätsstandard die Vermittlungsfunktionen des Geldes intakt bleiben und damit die wirtschaftliche Konjuktur – auch auf kleiner Flamme aufrechterhalten werden können.

Anregungen für verschiedene Lösungen findet man bei N.A.L.J. Johannsen, Silvio Gesell, Rudolf Steiner und dem Nationalökonomen Irving Fisher.

Zunächst müßten sich auch die politischen Parteien, und zwar jeder Couleur, mit Ideen zu einer grundlegenden Reform der Geldordnung befassen. Zuständig für die entsprechende Gesetzgebung und die Beschließung einer Geldverfassung sind Parlamente und Regierungen. IWF und Weltbank können an der traditonellen Geldordnung von sich aus nichts ändern.

Josef Hüwe
Mitglied der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Pfötchen geben oder Krallen zeigen?

Aufmacher (als solcher gemeint?) von Kurt Regenauer in der CONTRASTE vom Juni.

Allein schon diese sich ausschließend gemeinte Alternative wäre der Tod jeder neuen Zeitung, würden ihre MacherInnen sich derart geißelnd einschränken. Nichts ist so ermüdend wie eine Dauerkralle. Sie setzt nicht nur LeserInnen unter Druck, sondern auch SchreiberInnen, die ihrer Darstellungslust permament ein kritisches Mäntelchen umhängen müssen.

Aber unter uns: Ihr wollt auf Teufel komm raus Düsternis in der Medienszene aufzeigen, sozusagen aufklärerisch den Finger auf die Wunde drücken? Recherche hätte Euch gutgetan. Fast jedes Städtchen kann inzwischen ein linksliberales Blättchen vorweisen. Z.B. Bielefelder Stadtblatt (bekannt?), Münsteraner Stadtblatt, beides gutgemachte Beispiele für linke Medien. Der neurotische Blick allein auf die Lieblingskinder taz & Pflasterstrand übersieht das feine kleine und seine Möglichkeiten.

Natürlich: Kaum eine von den von mir gemeinten Zeitungen entspricht den ursprünglichen Intentionen und Motiven ihrer Gründer und Unterstützer. Nur: Bevor gegenüber den angeklagten Zeitungen von Opportunismus, Pfötchen geben, Zeitgeistvorwurf gesprochen wird, gilt es eher o.g. Intentionen und Motive, den grenzenlos affektierten Idealismus zu kritisieren. Hier sind falsche Erwartungen enttäuscht worden und schon greift man wieder zum „Spiegel" und „Stern" und Boulevardblättern, nicht ohne dabei händeringend zu stöhnen.

Trotzdem werden in den kleinen linken Blättern Fehler zuhauf gemacht. Da sind z.B. Vertriebsstrukturen unterbelichtet; da fehlen Aktionen, die auf das Blatt aufmerksam machen, ein Gespür für neue Lesergruppen – alles Dinge, die in ihrer Bedeutung nicht erkannt sind. Kleinanzeigen werden kostenlos aufgenommen, Akquisition ist verpönt oder vegetiert dilettantisch dahin. Redaktionell werden Themen ausgeblendet, weil sie nicht den Interessen der einzelnen Journalisten entsprechen, und obenauf noch die Selbstverwaltung, die auch noch realisiert werden will.

Ich schreibe natürlich aus der Erfahrung mit meinem eigenen Betrieb: „Hamburger Rundschau", lokale Wochenzeitung mit (gewolltem) Boulevard-Touch, ca. 15.000 verkaufte Auflage, 23 feste MitarbeiterInnen (paritätisch ohne Qoutierung), Einheitsgehalt von 3.000,- DM, realisierte Selbstverwaltung, mit der wir allerdings gegenüber den LeserInnen nicht kokettieren (was uns oft den Ruf einbringt, nicht selbstverwaltet zu arbeiten). Daß eher unsere Chefredakteure gehen, als andere, mag für einige der beste Beweis sein. Damit sind wir – wenn meine Informationen stimmen – das einzige Blatt bundesweit, das wirtschaftlich stabil, mittelständisch, aber selbstverwaltet arbeitet.

Nur zwei Punkte, die mir in der Entwicklung entscheidend erscheinen: wir haben nie Wert darauf gelegt, Lieblingskind der einen oder anderen Lokalpartei zu sein (so werden wir je nach Bedarf als grün oder sozialdemokratisiert beschimpft - so soll's nun sein) und zum anderen unser Pfötchen: wir sind dem Bedürfnis nach Kulturkonsum nachgekommen und haben einen erstklassigen Veranstaltungskalender produziert, eine extrem mühselige Arbeit, aber erfolgreiche Entscheidung.

Wir schätzen unsere Perspektiven als Positiv ein, wissen aber, daß die Hamburger Rundschau nur solange gut ist, solange Menschen mit Ideen, mit journalistischer Neugier bei uns arbeiten. Dies war und wird nicht immer so sein.

Annette Schöler

Jobs

SchreinerIn zum Bodensee ges., mögl. ab sofort, gerne mit Interesse an Beteiligung, langfristig ist ein interessantes Werkhofprojekt geplant, für das wir auch weitere handw. u. techn. Betriebe suchen. ☎ (07731) 2 79 68.

Wir suchen für unseren **Baubiol. Markt** in Augsburg, **tätigen Gesellschafter** mit handwerklicher Allroundkenntnissen (Holzverarbeitung, Bodenlegen)
Näheres: ☎ (0821) 41 22 29

Hofgemeinschaft mit gemeinsamer Ökonomie in Schleswig- Holstein sucht GärtnerIn mit Erfahrung im biol. Gemüseanbau.
Hofgemeinschaft, Reihe 24
2211 Poyenberg.

Selbstverwaltetes Software- und Systemhaus sucht zum baldmöglichsten Termin **SystemprogramiererInnen** in Festanstellung, sowie ab sofort **AuftragsakquisiteurInnen** auf Provisionsbasis, spätere Festanstellung vorgesehen.
Wir suchen BewerberInnen mit möglichst mehrjähriger fundierter Berufserfahrung.
Bewerbungen an:
compeG computer-produktivgenossenschaft eG
Werner-v.-Siemens-Str. 8
8520 Erlangen

Ländliches Projekt sucht Mensch, der mit uns (5m, 1w) lebt und Gemüsekollektiv mit aufbaut.
Reinhold Hövelmann
Zum Maibach 11
4740 Oelde-Lette
☎ (05245) 65 50

Steuerfachfrau/-mann als EinsteigerIn von fortschrittlichem Steuerbüro in Wuppertal gesucht! Voraussetzung sind mehrjährige Tätigkeit in der Steuerberatung bei Mandanten-Rundum-Betreuung und die persönliche Perspektive sich einschlägig (auch formal) zu qualifizieren!
Spätere Beteiligung ist ausdrücklich erwünscht!
☎ (0202) 493 60 03

Echt jetzt mal - wir suchen **Hotelfachleute** mit mehrjähriger Berufserfahrung zum Aufbau eines Selbstverwalteten Hotelprojekts in Hamburg. Viel Arbeit und viele Schulden sind garantiert.
Kontakt: Ölkerscafé
☎ (040) 439 34 13

Selbstverwaltetes Tagungshaus sucht ausgebildeten **Gärtner** sowie **Putz-/Hausmeister** (mögl. mit handwerkl. Fähigkeiten) jeweils als **ZDL** ab **3/89.**
Bitte melden bei:
Lernwerkstatt
Beatrice Bahro
5531 Niederstadtfeld
Tel.: (06596) 551 od. 10 31

Projekte

Wasserschloss Biotop 25.000qm: Wir suchen PartnerInnen zum gem. Wohnen, Arbeiten, Leben in eigenen Whgn von 130- 260 qm, 800-1.200 DM/qm (Rohbau/Teilausbau). Werner 06158/7 15 41, Klaus, Suse 06261/1 73 59, Wasserschloss Mosbach.

Solar- und Windkraft ist mehr geworden, als nur mein Hobby. Ich suche Land-WG, die sich aktiv mit der Energieproblematik auseinandersetzt. Eine Solaranlage und Windrad zur Stromerzeugung sind bereits vorhanden. Ihr solltet im Raum Münster wohnen und Euch bald bei mir melden.
☎ (05921) 7 57 95 Uwe.

Praxis mit Anschluß an größeres SV-Projekt
auf der Schwäbischen Alb sucht

Krankengymnast/in

Einstieg ab sofort möglich.
Voraussetzungen: Interesse an ganzheitlicher Behandlung,
Bereitschaft, die Praxis in eigener Verantwortung
mit zu führen und Konflikte auszutragen.
Eigenkapital wäre gut, ist aber keine Voraussetzung.

Bewerbung an

WIR Recksteinstr.14 7453 Gauselfingen

Sonstiges

Schöner Fahrradladen, bestens am Markt, überregional bekannt mit großem Einzugsbereich im Herzen des Ruhrgebiets (unter den „Alternativen" hierorts die No. 1), sehr gute Ertragslage, z. Zt. reinrassiger Kollektivbetrieb, zu verkaufen (wg. neuer Interessen). Warenbestand 300.000 DM muß übernommen werden (Finanzierungshilfen machbar). Mitglied im Verbund Selbstverwalteter Fahrradwerkstätten, gute Geschäftsverbindungen, mehrere Beteiligungen. 1a Chance für absolut sichere Existenz (4 Vollzeit- oder 7 Teilzeitstellen).
Angebote unter Chiffre **Drahtesel**

Die lange vergriffene Broschüre zur **Studie „Alternative Betriebe in NRW"** ist neu aufgelegt worden. **Bestellungen an MAGS,** Pressestelle, Horionplatz 1, 4000 Düsseldorf 1 (kostenlos).

Jugendwohngemeinschaften - Neue Publikation der Koordinierungsstelle
Über das Bremer KOST-Büro - jetzt im Klick-Kinderzentrum - kann ein Ende '87 erschienener Reader mit Beiträgen von 10 Autoren aus Praxis und Wissenschaft bezogen werden. 178 Seiten mit Adressenanhang/Literaturtips.
über KOST-Büro
Friesenstr. 90
2800 Bremen
Materialien M81
ISBN 3-923126-42-5; DM 20,-

Wir sind weder im Urlaub, noch umgezogen, die Telefonnummer ist geblieben und die Belegschaft auch:
fair wie immer!
Fairsicherungsladen Frankfurt
☎ (069) 494 05 57

Wir haben wieder **Satzkapazitäten frei!** Satz-, Repro- und Layoutbetrieb Zünd-Satz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1

Politische Bildung ASB Bremen

Bildungsurlaub

Die „3. Welt" und wir - Hunger dort und Überfluß hier
Bildungsurlaub 3.-7.10.1988;
9.00 - 14.00 Uhr
Zusammenhänge und Abhängigkeiten in der Weltwirtschafts-(un)ordnung
Alle zwei Sekunden stirbt irgendwo auf der Welt ein Kind an Hunger, das sind mehr als 40.000 pro Tag. Etwa eine Milliarde Menschen der „3.Welt" lebt in absoluter Armut; die Hälfte davon leidet unter chronischem Nahrungsmangel. Andererseits wird so viel Getreide produziert, daß jedem auf dieser Erde täglich 3.000 Kalorien zur Verfügung stehen könnten.
Hunger in der „3.Welt" - Überfluß in den Industrienationen - was haben wir damit zu tun, was können wir verändern? Mit diesen und anderen Fragen wollen wir uns in diesem Bildungsurlaub beschäftigen.
Information und Anmeldung:
Koordinierungsstelle für Jugendwohngemeinschaften
Postfach 15 05 48
2800 Bremen
Tel. (0421) 7 29 93

Stellensuche

Maschinenschlosser möchte sich ab September verändern und sucht neue Firma für Stahlbau oder Installation (Gas, Wasser). Kann schweißen.
Kirch, Neumarkt 7, 6520 Worms

Graswurzelrevolution

Die neue GWR im Zeitungsformat. Anarchistisch, gewaltfrei, antisexistisch. 1. Ausgabe (Nr.125/Juni 88) mit grundlegenden Texten zu: Staatlichkeit und Anarchie heute/ Pornographie: Männer beherrschen Frauen/ Fritz Oerter (1920): Gewalt oder Gewaltlosigkeit ?/ Indische Frauen gegen Weltbank/ Soziale Verteidigung als sozialrevolutionärer Ansatz

NEU: GWR-Sonderheft Soziale Verteidigung – die einzige wirkliche Alternative zum Militär! vollkommen neu überarbeitete, aktualisierte Ausgabe. Einführung, Diskussionsteil, Fallbeispiele (ca. 76 S., 6 DM + 1 DM Porto) Bezug: GWR, Schillerstr. 28, 6900 Heidelberg; (Schnupperabo 5 Ausgaben: 10 DM-Schein; Abo 10 Ausgaben: 20 DM; PSK Hamburg:26657-207)

Und die GWR im September: Dreijahreskonferenz der War Resisters International: eine antimilitaristische Internationale/ IWF/Weltbank-Kampagne/ Gewaltfreier Aufstand in Palästina!

für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft!

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-,Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ **(030) 691 30 72; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Sabine Joswig, Schönfelder Str. 41,** ☎ **(0561) 28 37 91; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 67; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik, 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 691 78 21; Ökobank, 6000 Frankfurt/Main 1,** Bundesgeschäftsstelle der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Franziusstr. 44, ☎ **(069) 43 95 34; Kommunen, 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; V.i.S.d.P.:** Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.
Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ **(0561) 28 37 91; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:
☎ **(06221) 16 24 67**

NEU JETZT ZWEI RÖSTUNGEN
„Sandino Suave*"
DIE MILDE **DRÖHNUNG**
Probepaket 3 Pfund (2x *Suave*, 1x normal) für 30 DM gegen Vorauskasse (Bargeld oder V-Scheck) anfordern
* suave - nicaraguanisch fur. mild, sanft, weich

SANDINO DRÖHNUNG
KAFFEE *
AUS NICARAGUA
*Rückstandsfrei laut Analyse
OHNE ZWISCHENHANDELSPROFITE
INCL. 10 % SPENDE ZUM SELBSTKOSTENPREIS
90 DM FÜR 10 x 1 PFUND
Vorfinanziert durch ABO statt Banken bei:
Bärliner Kaffee – Genossenschaft e.G.
Crellestraße 22
1000 Berlin 62
☎ 030 / 781 40 18
DI 12-15 Uhr, DO 16-20 Uhr
INFOBLATT ANFORDERN!

Das Tagungshaus

17 Betten, volle Verpflegung. Wir verschicken Infomaterial.
Gut Kragenhof
Betrieb für org.-biol. Landbau
3513 Stauffenberg
bei Kassel
☎ (05543) 7 82

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten Groß- und Einzelhandel
blätterwald e.G.
Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

KLEINANZEIGEN

_____

_____

_____

_____

_____

_____

_____

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung

Konfliktbewältigung in Kollektiven

Wochenendseminar am 15./16.10.88 im Tagungshaus Läufertsmühle, Weisbacherstr. 12, 6934 Neckargerach
„Konflikte sind Innovationspotentiale" (Elmar Sing). In sieben Arbeitseinheiten werden folgende Themen behandelt:
- Konflikterfahrungen, Konfliktmuster - Konflikt- und Innovationspotentiale - Konfliktmythen und Ursachen - Eskalation von Konflikten - Konfliktbehandlung - Konfliktvermeidung - Konfliktgestaltung -
Teilnehmerbeitrag: 30,- DM (ohne Verpfl./Übern.)
Information und Anmeldung:
Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung
Rundeturmstr. 16
6100 Darmstadt
Tel. (06151) 7 69 28

Regionalentwicklung

Eigenständige Regionalentwicklung – ein integriertes Konzept sozial und ökologisch verträglicher Wirtschaftsförderung ländlicher Räume. Internationale gemeinschaftliche Fachtagung von BUND und VER im Rahmen der Europäischen Kampagne für den ländlichen Raum.

Referenten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zeigen auf, welche Möglichkeiten Kommunen und Kreise haben, um Arbeitsplätze und damit Einkommen für den ländlichen Raum zu gewinnen, ohne das ländliche Kulturleben oder die Umwelt zu gefährden.

Insbesondere wird dabei auch die Frage eine Rolle spielen, welche Möglichkeiten bestehen, mit kleiner und mittlerer Technik im handwerklichen bzw. kleinindustriellen Bereich (sich) Arbeitsplätze zu schaffen und Einkommen zu erzielen.
Die Tagung findet vom 26. bis 27. September 1988 in Melsungen statt. Anmeldeschluß ist der 15.09.1988.
Information und Anmeldung:
VER - Verein zur Förderung der Eigenständigen Regionalentwicklung in Hessen
Brückenstr. 22
3508 Melsungen
Tel. (05661) 28 90 (Mo u. Do 10-15Uhr)
oder Andreas Vesper, Meysenbugstr. 2, 3500 Kassel, Tel. (0561) 3 46 53

PC-Kurs für Einsteiger

Der Jugendhof Bessunger Forst bei Darmstadt bietet einen 2-teiligen PC-Kurs für Einsteiger an. Termine: 25. bis 27.11. und 9. bis 11.12.1988
Preis: je 110,– DM. Informationen Tel. (06151) 14 51 71

Wie gründet Frau ein Frauenprojekt (zwischen Traum und Wirklichkeit)

Irgendwann hast du die Idee, in einem **Frauenprojekt zu leben und zu arbeiten.** Du hörst dich um. Aber alles bleibt ein Traum, der irgendwann mal in der Zukunft realisiert werden soll. Du schiebst den Zeitpunkt, wo es konkret wird, immer weiter hinaus.
Was hindert uns? Angst vor dem Risiko, finanzielle Unsicherheit, die fehlenden Frauen, ...? Wenn ihr diese Gedanken kennt, dann laßt uns den Traum konkretisieren. An einem Wochenende kann sicherlich nicht alles, aber viel passieren!! (Inspiration, Kontakte, Informationen oder sogar eine konkrete Projektfindung!?).
Termin: 7. bis 9. Oktober 1988 im Frauenferienhaus Osteresch, Kosten: ca. 60,– DM.
Anmeldung & Information:
Viola Duckstein
Ravensbergerstr. 130
4800 Bielefeld 1
Tel. (0521) 28 62 75

Kelkheim/Taunus am Samstag, **10. September: „Alternatives Mühlgrundfestival"** ab 12 Uhr. Mit Vorstellung alternativer Betriebe der Region (Ökomarkt), Kreativwerkstatt, „Kleinkunst", Kabarett, Rock- und ReggaeNacht, polit. und Kulturellen Initiativen u.v.a.m. Eintritt frei!! **Nix wie hin und mitmachen: Info: Tel. 069/33 15 53 (Klemens Böhm)**

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- od. Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
Tel. (06596) 5 51 od. 10 31

Leben in der Kommune

vom 28. bis 30.10.88 in Niederkaufungen. An diesem Wochenende sollen Theorie und erste Erfahrungen im Zusammen-Leben und -Arbeiten der Kommune Niederkaufungen vorgestellt werden. Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Anmeldung an:
Tagungs- und Begegnungshaus
Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
Tel. (05605) 27 02

10. Treffen der Selbstverwalteten Schreinereien

Vom 23. bis 25. September findet in Mannheim bei der Handwerkergenossenschaft das 10. bundesweite Treffen der Selbstverwalteten Schreinereien statt. Wir blicken zurück auf eine Entwicklung über vier Jahre, in denen sich einiges verändert hat.

Oberthema des Wochenendes ist das Thema Arbeitsplatz im Büro mit verschiedenen Arbeitsgruppen (siehe CONTRASTE 06/88).
Schriftliche Anmeldungen verbindlich bis 17.09.1988 an:
Handwerkergenossenschaft e.G.
Verbindungskanal Linkes Ufer
6800 Mannheim

Regionale Beschäftigungspolitik

Kennen Sie GLB? Regionale Beschäftigungspolitik – Modelle für Hamburg. Zwei alternative Modelle regionaler Beschäftigungspolitik werden in diesem Seminar vorgestellt: das Konzept des Greater London Enterprise Board (GLEB) und das Strukturprogramm Küste des DGB. Welche inhaltlichen Schwerpunkte werden in diesen Konzepten gesetzt? An wessen Interessen orientieren sie sich? Wie sieht es mit der Finanzierung aus? Und schließlich: Woran scheitert(e) die Realisierung? Welche strukturellen Veränderungen, welche politischen Entscheidungen wären Voraussetzung, um derartige Modelle in Hamburg umzusetzen?
Termin: 23. bis 25.9.88, Gebühr: 40 DM.
Anmeldung:
umdenken
Politisches Bildungswerk e.V.
Max-Brauer-Allee 116
2000 Hamburg 50

Netzwerk Work-Shop

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke veranstaltet einen Organisations-Entwicklungs-Work-Shop (OE).

Themen: Methoden der OE, Kommunikation und Rollen des Beraters. **TeilnehmerInnen:** NetzwerkberaterInnen, MitarbeiterInnen in alternativen Organisationen. Die Teilnehmerzahl ist auf 20 Menschen beschränkt.
Ort: Haus Einschlingen, Schlingenstr. 65, 4800 Bielefeld 14
Termin: 9. bis 13. Oktober 1988
Kosten: TeilnehmerInnen aus Netzwerken kostenlos, für andere DM 200,– zzgl. Tagungshauskosten
Anmeldung und Seminarleitung:
ibek GmbH
z. Hd. Hubert Kant
Zähringer Str. 41
7500 Karlsruhe 1
Tel. (0721) 37 40 22

NETZplan eG

Selbstverwaltung und kooperative Betriebsführung

Versandet die Diskussion der Selbstverwaltungsidee im grauen Alltag oder im Neuen-Selbständigentum?
In Auseinandersetzung mit Ansprüchen der Selbstverwaltung sollen Vereinbarungen, Organisationsmodelle und Regeln für eine kooperative Betriebsführung vorgestellt und erarbeitet werden.
Termin: 24. und 25. September 1988

Grundlagen der Werbung

Warum überhaupt werben? Und wie dann? Zielgruppen, Werbemittel, effektiver Einsatz und Erfolgsbeurteilung.
Termin: 29. und 30. Oktober 1988

Information & Anmeldung:
NETZplan eG i.G.
Schaezlerstr. 17
8900 Augsburg
☎ (0821) 51 54 03

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare

Gewässergüte-Bestimmung
9. bis 11. September 1988
Waldökologie
16. bis 18. September 1988
Umweltfreundliche Baustoffe
30.9. bis 2.10.1988
Umweltfreundliche Heizsysteme
14. bis 16. Oktober 1988
Sonnenkollektor-Selbstbau
21. bis 23. Oktober 1988

Bildungsurlaube

Energie-Alternativen in der Praxis
26. bis 30. September 1988
Ökolog. orientierte Kommunalplanung
10. bis 14. Oktober 1988
Gentechnologie
17. bis 21. Oktober 1988
Anders leben - anders arbeiten
24. bis 28. Oktober 1988

Politik im freien Theater

unter diesem Titel findet vom 23. September bis 2. Oktober in Bremen ein Festival statt. **16 freie Theatergruppen** aus der BRD, der DDR und der Schweiz zeigen an sechs Spielstätten über 50 Aufführungen. Festivalprogramm und Kartenvorbestellungen unter der Rufnummer (0421) 32 60 02 oder schriftlich beim Theaterfestivalbüro, Wüste Stätte 11, 2800 Bremen 1.

AG SPAK

Obdachlosenarbeit

Perspektiven der Obdachlosenarbeit für die 90er Jahre
Herbst, Stuttgart
Kooperation mit der ASH, Stuttgart
Information und Anmeldung:
Wolfgang Wittich
Untere Bachgasse 9
8400 Regensburg

Verbesserung von Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen aus Sozialen Brennpunkten
Herbst, Regensburg
Information und Anmeldung:
Wolfgang Wittich
Untere Bachgasse 9
8400 Regensburg

Forum der Behinderten- und Krüppelinitiativen

Behinderte Frauen
7.-9.10., Berlin
Information und Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

AK Armut & Arbeitslosigkeit

Treffen des AK Sozialhilfe
Oktober, Ort noch unklar
Information und Anmeldung:
Dieter Koschek
Köchlinstr. 21
8990 Lindau

TAK AÖ Theoriearbeitskreis alternative Ökonomie

TAK AÖ Treffen: Hand & Kultur
23.9.-2.10., Eschenbach bei Nürnberg
Information und Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

Übergreifende Tagungen

Schreibwochenende für Analphabeten
22.-25.9., Bahnhof Göhrde
Information und Anmeldung:
Hamburger Erwachsenenbildung
Fruchtallee 9
2000 Hamburg 20

Provinzarbeit

Provinz im Wandel – Herausforderung an die Sozial-, Jugend- und Kulturarbeit
16.-18.09., Bahnhof Göhrde
Information und Anmeldung:
Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf
Tel. (05855) 5 45

Stadtteilarbeit

Treffen der alternativen Mietervereine
21.-23.10., Münster
Information und Anmeldung:
AG SPAK-Regionalbüro
Düsseldorf
Kopernikusstr. 53
4000 Düsseldorf 1

Stadtteilprojektetreffen in NRW
Oktober, Ort noch unklar
Information und Anmeldung:
AG SPAK-Regionalbüro
Düsseldorf
Kopernikusstr. 53
4000 Düsseldorf 1

Selbstverwaltete Jugendzentren

Herbstwoche für Jugendliche
29.9.-5.10., Bahnhof Göhrde
Information und Anmeldung:
Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf-Breese

KRAK Kriminalpolitischer Arbeitskreis

Sinn und Unsinn von Antidiskriminierungsgesetzen oder was kann Strafe ändern?
28.-30.10., Ort noch unklar
Kooperation mit dem Forum der Behinderten und Krüppelinitiativen
Information und Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

AK FREIRE

Einführung in die Pädagogik P. Freires
23.-25.9., Jugendakademie Walberberg
Information und Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . . .
Adresse: . . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,– (incl. Versand)
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . BLZ: . . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden!

Letzte Möglichkeit zum Einstieg!!!!!

BUNTE SEITEN

Winter 1988/89

Für die 121 NeuabonenntInnen, die CONTRASTE seit Erscheinen der BUNTEN SEITEN im Mai '88 erhalten und für alle AltabonenntInnen und Neugierige:

Die BUNTEN SEITEN, der Branchenführer durch die Selbstverwaltungslandschaft der BRD, West-Bärlin, Österreich und der Schweiz, aktualisiert und erweitert, werden wieder jeder November-Ausgabe beiliegen...

Da wir in dieser CONTRASTE-Service-Beilage einen möglichst vollständigen Überblick über den selbstverwalteten / selbstorganisierten Status Quo geben wollen, bitten wir alle, die bis jetzt noch nicht vertreten sind oder deren Anschrift sich geändert hat, sich umgehend bei **CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1** zu melden. Östereichische LeserInnen wenden sich an **Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.**

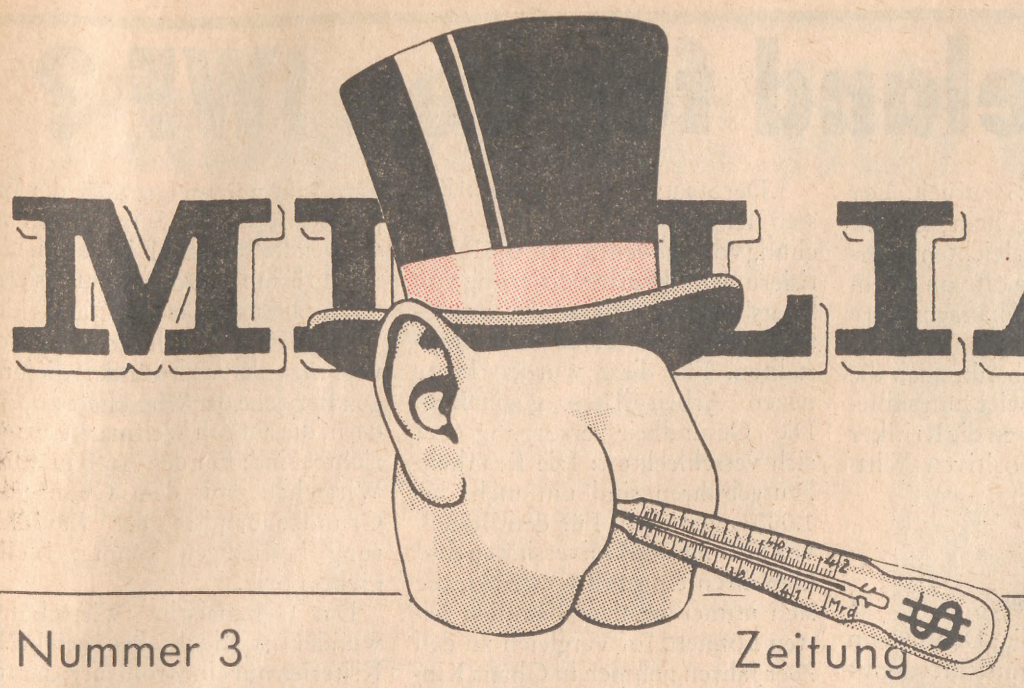
Adresseneinträge sind kostenlos – na logisch! Alle Schlaumeierinnen, die sich darüber hinaus darstellen wollen, zahlen einen **BUNTESEITENEXTRASONDERRABATT von 50 % des normalen Anzeigenpreises.** Das sind lächerliche 1 DM pro Spalte und Millimeter. Die BUNTEN SEITEN sind nur aufgrund des Anzeigenvolumens für uns finanziell tragbar. Ein Fuffi oder Hunni investiert in die BUNTEN SEITEN bedeutet Werbung für die Selbstverwaltung und unterstützt die Vernetzung der Szene.

Selbstverwaltete Ausbildungsbetriebe bitten wir um einen Vermerk, in welchen Berufen ausgebildet wird.

Redaktionsschluß ist der 20.09.1988!!!!!

Exemplare der letzten BUNTEN SEITEN (Mai 1988) können zu 5 DM in Briefmarken angefordert werden bei:

CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1



MILLIARDEN fieber

Nummer 3 Zeitung IWF- und Weltbankkampagne August 88

IWF RETTET BERLIN!

Dramatische Schluldensituation macht umfangreiches Sparprogramm erforderlich. Nach langen Verhandlungen beugt sich der Senat den Forderungen des Internationalen Währungsfonds:

Berlin-Zulage entfällt

Das IWF-Programm verlangt, daß sämtliche Subventionen gestrichen werden. Deswegen wird ab sofort keine Berlin-Zulage mehr gezahlt.

Preiserhöhungen

Wegen Streichung der Subventionen und gleichzeitiger Erhöhung der Mehrwertsteuer (ca. 20%) steigen die Lebensmittelpreise um etwa ein Drittel. Wie aus Senatskreisen verlautet, beschränken sich die Preiserhöhungen auf das Notwendige.

Lohnstopp

Um weitere Entlassungen zu vermeiden, werden die Gehälter im öffentlichen Dienst bis 1995 eingefroren. Damit in der Privatwirtschaft größere Investitionsspielräume geschaffen werden, empfiehlt der IWF auch für diesen Bereich einen Lohnstopp. Führende Gewerkschaftsvertreter sollen bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert haben.

Renten stabil

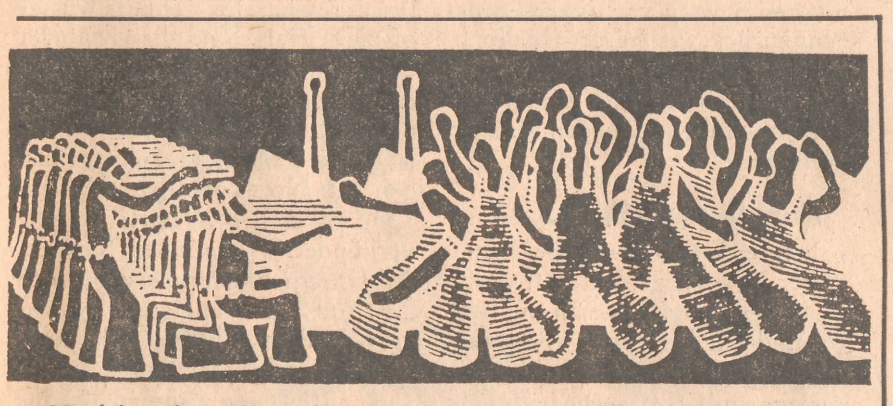
Bis zum Jahr 1998 sollen die Renten auf dem heutigen Niveau gehalten werden. Kürzungen sind nur bei Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld geplant. Über die Einführung eines Schulgeldes ab der 5. Klasse ist noch nicht endgültig entschieden.

Stellenstreichungen

Bis 1992 werden im öffentlichen Dienst 20% der Stellen gestrichen. Ausgenommen sind nur die Polizei und die Senatsverwaltung. In der Sozialverwaltung und in den Schulen werden besonders viele (40%) der Stellen abgebaut.

BVG-Stillegungen

Die BVG wird privatisiert. Der neue Betreiber, der ungenannt bleiben möchte, wird zum 1. Mai 1989 die U-Bahn-Linien 3 und 4 und die Buslinien 65, 48 und 29 stillegen. Künftig fahren alle anderen Züge ab 20 Uhr halbstündlich. Die Fahrpreise werden auf das Doppelte erhöht.



Noch ist es in Berlin nicht soweit. Berlin ist zwar hochverschuldet — bereits 1980 waren es pro Kopf 6.500 DM —, aber wenn der Internationale Währungsfonds und die Weltbank im Herbst hier in Berlin tagen, geht es um die Verschuldung der »Dritten Welt«. Sie betrug 1987 1.200 Mrd. US-Dollar.

Auch die Menschen in diesen Ländern nehmen die IWF-Politik nicht kritiklos hin. So kommt es immer wieder zu Hungerrevolten und Streiks: Brasilien 1983, in Marokko 1984 ...

Die Regierungen dieser Länder aber akzeptieren die Auflagen des IWF, um von den Geschäftsbanken neue Kredite zu bekommen. Neue Kredite sind für sie der einzige Ausweg, die Zinsen auf die Altschulden zu bezahlen. **Die Auflagen des IWF dienen also dazu, die Zinszahlungen an die Banken und damit deren Gewinne zu sichern.** Die BRD hält etwa 6% der Stimmrechte im IWF — sie organisiert Armut und Ausbeutung von Menschen in »Entwicklungsländern«.

Der IWF und die Regierungen in der BRD behaupten, daß eine »freie Marktwirtschaft« die Lösung der Probleme dieser Länder sei. Das ist eine scheinheilige Lüge.

Dieselben Leute, die den »Entwicklungsländern« Roßkuren im Namen der »freien Marktwirtschaft« verordnen, können diese nur durch die Ausbeutung der abhängigen Länder der »Dritten Welt« aufrechterhalten.

Der IWF empfiehlt Roßkuren — wir empfehlen Gegeninfo und Widerstand!

Bankrott als letzte Zuflucht?

Wenn man sich einmal überlegt, wie groß der Schuldenberg der »Dritten Welt« inzwischen geworden ist, sagt einem der gesunde Menschenverstand, daß der Betrag auch beim besten Willen nie wieder zurückgezahlt werden kann: 1,2 Billionen Dollar! Das heißt, jede/-r BewohnerIn der Erde, von jung bis alt, müßte rund 400 DM ausgeben, damit die Kredite vollständig abbezahlt wären. In den ärmsten Ländern wäre das nahezu ein ganzer Jahresverdienst pro Person!

Trotzdem tun die Banken und unsere Regierung immer noch so, als wäre das möglich. Und das, obwohl die Schuldenkrise längst auch zu einem Problem von den reichen Industrieländern geworden ist: Bankrotte Schuldner sind nicht mehr in der Lage, notwendige Güter bei uns zu kaufen. Das bisherige »Schuldenmanagement« das allein darauf abzielte, daß die Länder die Kreditzinsen um jeden Preis zurückbezahlen, kann demnach keine Dauerlösung sein. Die Schuldenkrise zeigt mittlerweile auch bei uns ihre Wirkung. Sie trägt mit dazu bei, daß hier die Beschäftigung immer mehr zurückgeht. Hier gibt es mehr Arbeitslosigkeit — dort wächst das Elend und die Armut unaufhörlich weiter.

Gibt es keine andere Möglichkeit die Länder aus ihrer Finanzklemme herauszuholen?

Vorschläge zur »Lösung« der Misere wurden zwischenzeitlich genügend gemacht, allerdings meist im Interesse der mächtigen Industrieländer und der Banken. Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise 1982 wurden zuerst Vorschläge diskutiert, eine neue internationale »Schuldenagentur« zu gründen, welche die Schulden hätte übernehmen können. Die Banken wären dabei fein heraus gewesen. Sie hätten sich nicht länger mit den säumigen Schuldnern herumplagen müssen und hätten mühelos ihre Gewinne eingestrichen. Der Haken an diesen Modellen war die Finanzierung einer solchen Organisation. Die USA verlangte den größten Beitrag von den Ländern mit einem Handelsüberschuß, also von Japan und der Bundesrepublik. Den USA — mittlerweile selbst hoch verschuldet und mit großen Problemen bei ihrem Außenhandel — wäre eine Entlastung für ihre gefährdeten Banken von Drittländern gerade recht gekommen.

Die verschuldeten »Entwicklungsländer« hätte eine derartige Schuldenbehörde allenfalls minimal entlastet. Sie hätten lediglich über längere Rückzahlungsperioden etwas günstigere Zahlungsbedingungen erhalten. Die aussichtslose Situation, in der sie sich befinden, wäre insgesamt nicht verändert worden.

Der »Baker-Plan«

Ähnlich bescheiden wären ihre Vorteile bei der Durchführung des sogenannten »Baker-Plans« gewesen, der 1985 vom amerikanischen Finanzminister gemacht wurde. Zu diesem Zeitpunkt drohten sich einige Großschuldner, besonders Argentinien und Brasilien, zu einem Schuldnerkartell zusammenzuschließen, um gemeinsam gegen die unerträglichen Zinsen vorzugehen. Dies wäre das einzige wirksame Mittel der »Entwicklungsländer« gegenüber den unmenschlichen Forderungen ihrer Gläubiger. In seinem Vorschlag bot Baker daraufhin 15 ausgewählten Ländern neue Kredite in Höhe von 29 Mrd. Dollar an, von denen 20 Mrd. von den Banken hätten vergeben werden sollen. Um einen Zusammenschluß der Schuldner zu verhindern, sollte die Situation der 15

— Fortsetzung Seite 2 —

Ghana — ein Vorzeigeland für den IWF?

Die meisten der 14 Millionen Menschen in Ghana, Westafrika, leben von der Landwirtschaft. Keines der Rezepte, mit denen die verschiedenen Regierungen seit der Unabhängigkeit 1957 das Land industrialisieren wollten, hatte Erfolg.

Die Bedeutung des Landes in der Weltwirtschaft beruht ausschließlich auf dem Export von Kakao, Gold und Edelholz.

Ghana — ein armes Land, in dem sich viele der Regierungen, Staatsbediensteten, Händler und die multinationalen Konzerne schamlos auf Kosten des Volkes bereichert haben.

Ende 1981 übernahm die jetzige Militärregierung unter Jerry J. Rawlings die Macht im Land mit dem Ziel, eine »national-demokratische Revolution« durchzuführen.

Ghanas Wirtschaft stand damals vor dem Ruin und das Land war zahlungsunfähig. Die Produktion in der Industrie lag darnieder. In der Landwirtschaft hatten niedrige Erzeugerpreise für die Bauern, eine mehrjährige Dürre und Buschfeuer die Ernährungslage der Bevölkerung dramatisch verschlechtert.

In dieser Situation war guter Rat teuer: Das Land brauchte dringend Geld, aber niemand wollte einem Land mit revolutionärer Regierung Kredite geben. Die Kreditgeber machten die Vergabe von Krediten von einem Vertragsschluß mit dem IWF abhängig.

Ghana mußte 1983 den Gang zum IWF antreten, obwohl große Teile der Bevölkerung und die Regierung etwas ganz anderes wollten: Unterstützung für einen selbstbestimmten Wiederaufbau der Wirtschaft durch günstige Kredite.

Eine demokratische Entscheidung über den wirtschafts- und entwicklungspolitischen Kurs war nicht möglich. Stattdessen kam in Ghana ein »Strukturanpassungsprogramm« a la IWF zur Anwendung.

Was hat dieses Programm in Ghana bewirkt?

Die Produktion in der Landwirtschaft und in der Industrie stieg; auf den Märkten gibt es seitdem wesentlich mehr zu kaufen: Das Wirtschaftswachstum betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 6%. Die Inflationsrate ging von über 100% auf etwa 25% zurück. Der Staatshaushalt hat kein Defizit mehr, sondern einen leichten Überschuß. Daher wurde oft von einem »ghanaischem Wirtschaftswunder« gesprochen. Nicht nur Vertreter von IWF und Weltbank, auch die CDU und das Entwicklungshilfeministerium verweisen die Kritiker des IWF auf die positiven Wirtschaftsdaten in Ghana.

Ein ghanaisches Wirtschaftswunder?

Nur vordergründig: Denn wenn mensch genauer hinsieht, ergibt sich ein völlig anderes Bild.

1. Zwar stieg die landwirtschaftliche Produktion tatsächlich an. Dies ist jedoch nicht den Maßnahmen von IWF und Weltbank zu verdanken, sondern hauptsächlich den nach langer Dürreperiode einsetzenden Regenfällen.

2. Auch wenn die Mindestlöhne geringfügig angehoben wurden, hat sich die Situation für die Bevölkerung drastisch verschlimmert: Infolge der Abwertung der Währung von über 6.000% (1983–88) ist die Kaufkraft der Bevölkerung massiv zurückgegangen.

3. Der Staatshaushalt wird auf Kosten der Armen saniert. Die Streichung von Subventionen, die Privatisierung und Rationalisierung von Staatsbetrieben führte zur Entlassung von über 70.000 Staatsangestellten. Für diese wurden keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Die Gesundheitsversorgung hat sich verschlechtert: Die Krankenhausgebühren sind um mehr als 1.000% gestiegen. Für den Besuch von Schulen und Universitäten sind Gebühren eingeführt worden, die sich immer weniger Familien leisten können. Im Vergleich zu den 70er Jahren nehmen in Ghana Kindersterblichkeit und Analphabetenrate wieder zu.

4. Die Wirtschaft soll durch die Steigerung der Exporte angekurbelt werden, um die Auslandsschulden zu begleichen, die inzwischen über 2,5 Milliarden US-Dollar betragen; etwa eine Milliarde davon schuldet Ghana dem IWF.

Das Beispiel zeigt, wie unrealistisch die Hoffnung auf Schuldenbegleichung ist: Der Preis für das wichtigste Exportprodukt, Kakao, sinkt z.Zt. dramatisch, nicht zuletzt deshalb, weil die Weltbank und der IWF in mehreren Ländern gleichzeitig den Kakaoanbau fördern und damit zu einem Überangebot auf dem Weltmarkt beitragen. Wie Ghana unter diesen Umständen das Geld zum Bezahlen seiner Schulden erwirtschaften soll, bleibt schleierhaft. 1988 müssen fast 80% der Exporterlöse für den Schuldendienst verwendet werden. Die bescheidenen Früchte des Aufschwungs ernten die Industrieländer. Die Gelder von IWF und Weltbank werden vorrangig dafür verwendet, diejenigen Bereiche der Wirtschaft zu fördern, die auf den Weltmarkt ausgerichtet sind. Für den Aufbau einer Wirtschaft, mit dem Ghana die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigen könnte, bleibt nichts übrig.

Das »ghanaische Wirtschaftswunder« ist jedoch selbst nach IWF-Kriterien nur ein Strohfeuer; darauf weisen die neuesten Wirtschaftsdaten hin: Die Wachstumsraten sind rückläufig, die Inflation steigt wieder, die Exporterlöse fallen. Die Anpassungsmaßnahmen haben das Land nicht in die Lage versetzt, auch auf lange Sicht die lebensnotwendigen Güter für die einheimische Bevölkerung zu produzieren. Dafür sind die Investitions- und Gewinnmöglichkeiten für ausländische Unternehmen deutlich verbessert worden, die Schulden werden weiterhin brav abgezahlt und während viele Kinder auf dem Land unterernährt sind, werden Kakao, Ananas und Hummer(!) für den Export produziert und der Tropenwald wird zunehmend für Mahagonischreibtische in den Büros der Industrieländer abgeholzt.

Ein schöner Erfolg für den IWF...

I M P R E S S U M

Hrsg.: AG-Öffentlichkeit der Westberliner Koordination gegen IWF und Weltbankpolitik
V.i.S.d.P: Ilona Hepp, Weserstr. 207, 1 Berlin 44
Redaktion: A. Huffschmid, S. Hansen, Cr. Schulte, H. Hampel, U. Dufner, K. Enderle, C. Scherer.
Auflage: 40.000
Satz: Eigensatz
Druck: Bartholdy + Klein, 1 Berlin 20

Da die Zeitung natürlich viel Geld kostet, bitten wir um Spenden, auf folgendes Konto
Rolf-Reiner Stanke, Postgiroamt Berlin, Ander-Konto
Kto-Nr: 258 37 — 105, BLZ 100 100 10

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Fortsetzung von Seite 1

Forderungen der Betroffenen

»Entwicklungsländer« durch neue Kredite ein wenig erleichtert werden, das »frische Geld« sollte ihnen eine kleine Atempause verschaffen. An all diesen Ländern hatten und haben die USA ein besonders starkes Interesse: Die zehn lateinamerikanischen Länder unterliegen als »Hinterhof« ohnehin dem Machtbereich der USA, die afrikanischen Länder Marokko, Elfenbeinküste und Nigeria sind aufgrund ihrer Rohstoffe sehr wichtig, und Jugoslawien wird als Außenseiter der Ostblockstaaten ebenfalls stark von den USA unterstützt. Die ärmsten der Armen, welche die Schulden am meisten drücken, waren in der Länderliste jedenfalls nicht enthalten. Es sollten nur die Großschuldner unterstützt werden, die den amerikanischen Banken zu diesem Zeitpunkt knapp 100 Mrd. Dollar schuldeten.

Schließlich ist aber auch aus diesem Plan nichts geworden, weil die Banken nicht mitspielten. Sie haben sich strikt geweigert den Schuldnerländern zusätzliches Kapital anzubieten, um sich nicht noch tiefer in die Schuldenmisere zu verstricken.

Was sagen aber die Vertreter der »Entwicklungsländer« selbst dazu? Hier gibt es grob gesprochen zwei Richtungen. Einmal die sogenannte »Cartagena—Gruppe«, ein Zusammenschluß von elf Ländern aus Lateinamerika. Diese Staaten betonen die gemeinsame Verantwortung aller Beteiligten für die entstandene Situation. Das heißt, auch die Banken und Regierungen der Industrieländer müssen einen Teil der Kosten einer Lösung tragen. Diese Staatengruppe betrachtet die Schuldenkrise als politisches Problem, was auch realistisch ist. Sie haben erkannt, daß der Schuldenberg durch rein wirtschaftliche Maßnahmen nicht mehr zu beseitigen sein wird. Die Gesamtverschuldung und damit die Zinszahlungen sind inzwischen so groß geworden, daß sie von den Ländern durch die Kombination von Einsparungen im Innern und über verstärkte Exportanstrengungen, wie es vom IWF immer verlangt wird, nicht mehr möglich ist. Ein solches »Herauswachsen« aus der Schuldenmisere, wie es Politiker und Banker immer fordern, ist also längst nicht mehr möglich.

Folgerichtig fordern diese Länder zunächst einen Zahlungsaufschub, eine Senkung der Zinsraten und bessere Bedingungen im internationalen Handel. Besonders die letzte Forderung ist wichtig. Man kann von den Schuldnern nicht verlangen, sie müßten ihre Kredite ordnungsgemäß zurückzahlen, wenn man sie gleichzeitig daran hindert, das dafür nötige Geld zu erwirtschaften.

Ein weitergehender Vorschlag stammt von Kubas Staatschef Fidel Castro. Er hat am gesamten Schuldenberg durchgerechnet, welcher Teil von den »Entwicklungsländern« selbst verursacht wurde und welcher Teil durch äußere Umstände entstanden ist: Durch gestiegene Zinsen, den lange Zeit überhöhten Dollarkurs und dem Verfall der Rohstoffpreise. Alles also Faktoren, auf welche die verschuldeten Länder keinen Einfluß haben, wofür sie aber dennoch bezahlen sollen. Castro unterscheidet demnach zwischen »legitimen« Schulden und »nichtlegitimen« Schulden, die auch nicht zurückgezahlt werden sollen. Allerdings schrecken die meisten Staaten vor dieser Forderung zurück, weil sie sonst Maßnahmen aus den mächtigeren Industrieländern befürchten, die ihnen insgesamt noch mehr Schaden zufügen könnten.

Keine Lösung in Sicht...

Letzten Endes wurde aber keiner dieser Vorschläge ernsthaft diskutiert, weil die Banken sich stur stellten und lediglich auf ihre Rückzahlungen pochten. Die Schuldner ihrerseits sind sich dagegen insgesamt zu uneinig, als daß sie diesem Machtblock ein entsprechendes Gegengewicht hätten gegenüberstellen können. Auch hier gibt es wirtschaftlich stärkere Länder wie beispielsweise Brasilien und Argentinien, welche die Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben haben. Andere Länder, wie Mexiko oder die Philippinen, sind den USA gegenüber zu freundlich eingestellt, als daß sie eine größere Auseinandersetzung riskieren würden. Die Gläubigerländer wiederum haben es verstanden, einzelnen Ländern je nach Lust und Laune Sonderbedingungen einzuräumen. Diese kleinen Bonbons haben auch dazu beigetragen, daß es bis heute zu keinem Kartell der Schuldner gekommen ist. So wurden bislang, die Schulden nicht abgetragen, sondern nur über neue Kredite in die Zukunft verschoben — wobei die Banken regelmäßig ihre Zinsen kassierten. Dieser Zustand ist für die »Dritte Welt« nicht länger tragbar. Ihr steht das Wasser bis zum Hals. Sind die Gläubiger auch künftig zu keinerlei Veränderungen bereit, scheint es nur noch den einen Weg zu geben, den bisjetzt allein Nordkorea eingeschlagen hat: Nordkorea hat als erstes Land offiziell den Staatsbankrott verkündet. Wie bei einem bankrotten Unternehmen muß dann auch ein Land seine Schulden nicht mehr zurückzahlen. Allerdings erhält ein Land nach seiner Bankrotterklärung auch keine weiteren Kredite mehr. Es stünde zudem zu befürchten, daß es vom internationalen Handel ausgeschlossen werden würde und damit wirtschaftlich isoliert wäre, was für bestimmte Länder wiederum noch katastrophalere Folgen als die momentane Situation hätte. Deshalb schrecken sie vor einer Bankrotterklärung noch zurück.

Faktisch sind aber außer Nordkorea noch viele andere Länder längst pleite. Sollten sich die Gläubiger nicht endlich zu den möglichen Schuldenstreichungen bereiterklären, scheint es für die Schuldner nur noch diesen letzten Zufluchtsort zu geben.

Hungerrevolten... + + + RIO de Janeiro, Brasilien 1976: Trotz jährlicher Produktion von 15,5 Mio Tonnen Soja müssen die Menschen Schlange stehen, um die schwarzen Bohnen zu erwerben, weil IWF-Auflagen zum Export des Grundnahrungsmittels zwingen. In mehreren Stadtteilen brechen Unruhen aus. Die Polizei setzt Schlagstöcke ein, um die unruhige Menschenansammlung vor einem Supermarkt aufzulösen. + + + Ägypten, 1977: Brotaufstände zwingen die Regierung, vom IWF verordnete Subventionskürzungen für Mehl, Zucker, Tabak und Öl zurückzunehmen; 79 Menschen werden während des Aufstands getötet. + + + Peru, 1977-84: IWF-Programme führen zu drastischen Einkommenseinbußen für 90% der Bevölkerung, 60%

Philippinen: Mit dem IWF in die Krise

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen noch höher als Japan galten die Philippinen nach dem 2. Weltkrieg als reichstes Land Ost- und Südostasiens. Heute zählt es zu den Schlußlichtern dieser Region. 19 »Stabilisierungsabkommen« mit dem IWF seit 1962 brachten dem Inselstaat den wirtschaftlichen Abstieg auf eine Verschuldung von heute rund 29 Mrd. US Dollar.

Mit diesem Schuldenberg ist der Ex-Diktator Marcos in einem Atemzug zu nennen. Unter den Augen des IWF bereicherte er sich seit 1965 an Krediten der Weltbank. Seit dieser 1972 das Kriegsrecht verhängte, wurden in Folge viele Oppositionelle verhaftet, gefoltert und ermordet, gleichzeitig stiegen die Weltbankkredite sprunghaft an. Währendessen offiziell von Armutsbekämpfung die Rede war, wurden nun im Zuge diktatorischer Maßnahmen und im Einklang mit der von der Weltbank geforderten Entwicklungsstrategie demokratische und gewerkschaftliche Rechte unterdrückt.

Während bis 1976 die Anbaufläche für landwirtschaftliche Exporterzeugnisse (Ananas und Bananen) um 650.000 ha stieg, verloren immer mehr Kleinbauern ihr Land. Am Plantagengeschäft verdienten vor allem amerikanische und japanische Konzerne sowie ihre einheimischen Strohmännern. Gleichzeitig sanken bis 1980 die Reallöhne um 47%.

Am 17. Oktober 1983 schließlich mußte sich das Marcos-Regime gegenüber den ausländischen Gläubigern für zahlungsunfähig erklären. Der IWF verordnete darufhin seine berüchtigte Roßkur. Genauer: Die Binnenwirtschaft und die Importe mußten schrumpfen um die eingesparten Mittel zur Schuldenbedienung zu verwenden. Die zwangsläufige Folge war eine schwere Wirtschaftskrise unter der wie immer die einfache Bevölkekrung zu leiden hat, weil noch nicht mal ihr Auskommen reichte, um sich und ihre Familien zu ernähren.

Während hunderte von kleinen Betrieben dicht machten, gelang es Marcos mit Hilfe des IWF, sein Regime vor dem Untergang zu bewahren. Der Widerstand formierte sich auf allen Ebenen.

Bei dem Versuch, sich durch vorgezogene scheindemokratische Wahlen zu legitimieren, wurde Marcos 1986 durch eine Mischung aus Militärrevolte und Volksaufstand gestürzt.

Die Hoffnungen, die in seine Nachfolgerin Aquino gesetzt wurden, sollten sich jedoch schon bald als vergeblich erweisen. Selbst aus einer der reichsten Familien des Landes stammend, setzte sie auf Kontinuität und ließ die neokolonialen Bindungen mit dem Ausland und deren Schützlinge unangetastet. Marcos einstiger Zertralbankchef blieb und der neue Finanzminister war der Bruder seines Vorgängers. Die Schuldenlast aus all den fragwürdigen Krediten der Vergangenheit (siehe Kasten Kernkraft) wurde übernommen, und unter dem Schutz Aquinos anfänglich hoher Popularität setzten IWF und Weltbank den weiteren Ausverkauf des Landes fort.

Philippinische Lehrerinnen und Krankenschwestern ziehen heute als Dienstmädchen nach Hong Kong und in die Golfstaaten. Filipinas stellen die Barfrauen in Japan und können als Katalogbräute überall bestellt werden. Die Menschen und vor allem die Frauen werden in den Ausverkauf und in die Fangzähne jener getrieben, die diesen betreiben. Ein drastischer Beweis, wie ausweglos diese Situation ist.

Diejenigen, die sich wehren, werden von den Militärs nach wie vor brutal unterdrückt. Dieselben Militärs, die unter Marcos die Opposition verfolgten, organisieren heute unter Aquino mit ausländischer Hilfe die Todesschwadrone, die all jene foltern und morden, die gegen die von IWF und Weltbank gestützte Politik Widerstand leisten.

Kredite plus Korruption gleich Kernkraft

Die Machenschaften der Eliten

Als der philippinische Diktator Marcos nach seinem Sturz 1986 mit seinem Hofstaat ins Ausland floh, mußte seine Frau zwar ihre 3.000 Paar Schuhe zurücklassen, doch wird sie auch in Zukunft nicht barfuß gehen müssen, wie viele ihrer Landsleute.

Auf 5 bis 10 Milliarden US-Dollar wird das im Ausland angelegte Vermögen der Familie Marcos geschätzt, welches er bei seinem Amtsantritt 1965 selbst noch mit 30.000 US-Dollar angegeben hatte.

Wie ist das möglich?

Ein Musterbeispiel dafür wie unter Marcos Regime Geschäfte abgewickelt wurden, ist der Fall des Atomkraftwerkes Morong, dem mit 2,2 Milliarden US-Dollar teuersten »Entwicklungsprojekt« des Landes. Die US-Firma Westinghouse verkaufte Marcos 1975 den Reaktor für 1.1 Milliarden. Sie konnte sich damit gegen ein billigeres Konkurrenzangebot durchsetzen, weil ihr Vertreter, H. Disini, ein Verwandter von Marcos war.

Disini brachte es unter Marcos vom kleinen Ladenbesitzer zum Inhaber eines großen Firmenkomplexes, der später mit öffentlichen Geldern vor dem Zusammenbruch gerettet wurde. Für die Auftragsvermittlung erhielt Disini laut Westinghouse 17 Millionen US-Dollar. An Marcos selbst sollen noch einmal 80 Millionen geflossen sein.

Von Beginn an regte sich breiter Protest gegen den Bau des AKWs. Anlaß hierzu gibt allein schon die Standortwahl. In der Nähe befinden sich fünf Vulkane, von denen einer noch aktiv ist. Zudem steht das Bauwerk auf einem erdbebengefährdeten Gebiet.

Das oberste Gericht der Philippinen verbot wegen der Sicherheitsmängel die Inbetriebnahme des Reaktors.

Die neue Regierung unter Aquino ließ zwar den Reaktor endgültig einmotten, erkannte aber die durch den Bau verursachten Schulden an. Pro Tag müssen nun die Phillipinos 355.000 US-Dollar Zinsen zahlen, und dies für ein Projekt, was von vorneherein unsinnig war.

Die Weltbank, die dieses Projekt gefördert hatte, beabsichtigte das ländliche Gebiet weitläufig mit Strom zu versorgen. Tatsächlich aber wird der überwiegende Teil des Stroms in den städtischen Zentren verbraucht, und zwar, was den privaten Konsum betrifft, vorallem von der Mittelklasse. Sie und die im Land produzierenden Konzerne profitieren von billigen Strompreisen, und nicht die Mehrheit der Bevölkerung, die auf dem Lande lebt, und meist über keinerlei Anschluß an die Stromversorgung verfügt.

Die Befreiungsbewegung

So wie die Geschichte des philippinischen Volkes reich ist an schmerzlichen Erfahrungen der Ausplünderung und Kolonisierung, gehört zu ihr auch unmittelbar ein großes Arsenal an praktischen Erfahrungen des Widerstandes.

Die spanischen Kolonisatoren waren ebenso mit einer organisierten Guerrilla konfrontiert wie ihre US-amerikanischen Nachfolger die japanischen Besatzer während des Zweiten Weltkrieges.

Die Unterdrückung der antijapanischen Bauernguerrilla war nicht das Verdienst eines militärischen Sieges, sondern eines ausgeklügelten psychologischen und politischen Aufstandsbekämpfungsprogrammes, dirigiert vom CIA.

Im Grunde genommen ist die Politik der USA auch aktuell, im Orchester mit der Willkürherrschaft lokaler Großgrundbesitzer und skrupelloser Politiker der philippinischen Elite, der entscheidende Faktor für das Wachstum und die Militanz des philippinischen Widerstandes.

Seit der US-Intervention in Indochina, die mehr als zwei Millionen Asiaten das Leben kostete, wissen die Filippino/as um die strategische Rolle der US Basen in ihrem Land, die damals als zentrale Drehscheibe für die logistische Unterstützung US-amerikanischer Kampftruppen dienten.

So gründete sich 1969 die NPA (Neue Volksarmee) als bewaffnete Organisation des national-demokratischen Widerstandes, die mit der Strategie des »langanhaltenden Volkskrieges« das Marcos Regime durch eine Etappe der »national-demokratischen Revolution« mit einer breiten »Koalitionsregierung aller demokratischen Kräfte« ablösen wollte. Wäre es Anfang der 70er Jahre noch möglich gewesen, die junge Guerrilla und die illegale politische Dachorganisation NDF (Nationale Demokratische Front) zu zerschlagen, so bildet sie mittlerweile einen entscheidenden Faktor der philippinischen Politik.

Nach US-Analysen ist die philippinische die am schnellsten wachsende Guerrillabewegung auf der Welt. Die städtische Massenopposition bildet das solide Rückraat gegen das überalterte Regime. Dies waren die Gründe einer Umorientierung der US-amerikanischen Politik gegenüber dem selbstherrlichen Herrscher Marcos, was seinen Sturz erheblich beschleunigte.

Nach eigenen Angaben verfügt die NPA über 12500 bewaffnete Vollzeitkämpfer, kann auf eine Unterstützung von zehntausenden Milizionären zurückgreifen und beeinflußt »direkt oder indirekt 20% des Territoriums bzw. 7 — 10 Millionen Menschen«. Eine rein militärische Lösung des Konfliktes zwischen Regierung und Befreiungsbewegung ist nicht in Sicht.

Auf dem Lande und in den Städten existiert inzwischen eine stabile Infrastruktur der philippinischen Befreiungsbewegung, denen die US-Regierung und die Aquino-dministration mit ähnlichen Mitteln beikommen wollen, wie sie es bspw. in Guatemala oder El Salvador versuchen. Die Antwort auf dieses Konzept des »Krieges der niedrigen Intensität« von Seiten der Guerrilla ist der Aufbau von Grundstrukturen einer »provisorischen revolutionären Regierung« auf Gemeinde-Distrikt und Provinzebene. Die militärische Taktik der Befreiungsfront schließt seit etwa drei Jahren Angriffe auf Militäreinheiten und wirtschaftliche Ziele in Kompanie- und Bataillonsstärke sowie Operationen von Stadtguerrillaeinheiten, von bewaffneten NPA-Partisanen sogar im Zentrum Manilas mit ein. Die Absicht der Aquino-Administration den Krieg in entlegene Berg- oder Dschungelregionen abzudrängen ist gründlich gescheitert. US-Offiziere und Soldaten, die in die Aufstandsbekämpfungskampagne verwickelt sind, wurden schon mehrfach angegriffen und sind offizielles Ziel von Guerrillaoperationen.

Hungerrevolten ... *der Einwohner Limas leiden an Unterernährung, sie wehren sich mit Generalstreiks und Unruhen, über 100 Menschen werden dabei von den Staatsorganen getötet. + + + Liberia, April 1979: Die Polizei erschießt 30 Menschen, die mit anderen gegen die vom IWF verordneten Preiserhöhungen für Reis demonstrieren. + + + Casablanca, Marokko, 1981: Arbeiter reagieren auf die vom IWF erzwungenen Reallohnverluste mit Streiks und Protestdemonstrationen; Polizei und Militär verhaften nach inoffiziellen Schätzungen 2.000 Menschen, 600 werden getötet. + + + Sudan, 1982: Die Polizei erschießt bei Protestdemonstrationen gegen die vm IWF verordneten Preissteigerungen 26 Schüler und Studenten. + + + Liberia, 1982: Bei*

Berliner Polizei eröffnet Repressionsreigen gegen IWF-GegnerInnen

Im Rahmen der Kampagne zur Tagung des IWF wurde am 7. August in Berlin eine Stadtrundfahrt zu Nahrungsmittel- und anderen Konzernen veranstaltet, bei der die VeranstalterInnen die Zusammenhänge zwischen diesen Konzernen hier und Armut und Unterdrückung in Ländern, in die diese Konzerne Güter liefern , erläuterten.

Ohne ersichtlichen Grund wurde der vollbesetzte Bus vor der Daimler-Niederlassung in Tiergarten von der Polizei gestoppt und die Personalien sämtlicher TeilnehmerInnen aufgenommen. Einzige Begründung der Polizei: »Das ist ja keine normale Stadtrundfahrt«.

Die westberliner Polizei hat damit schon jetzt die Demonstration des Polizeistaates eröffnet, mit der sicher gestellt werden soll, daß die Organisatoren von Armut, Elend und Tod in der »Dritten Welt« im September in Berlin im ICC unbehelligt ihren verbrecherischen Geschäften nachgehen können.

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Die Verbrecher sind nicht auf der Straße, sie werden sich im September **im ICC** treffen!

Unterstützt die Gefangenen in der Türkei

Zur Zeit sind etwa 15.000 politische Gefangene in den Folterkellern der Türkei. Sie warten seit Jahren auf ihre Verhandlungen, die meist in Form von Massenprozessen stattfinden. Nicht selten werden 800 Angeklagte gleichzeitig vor den Militärgerichten verhandelt. Sie haben kaum die Möglichkeit sich zu verteidigen; viele haben aus finanziellen Gründen nicht mal einen Anwalt...

Die aus ihnen durch Folter herausgepreßten Aussagen werden als Beweisgrundlage gegen sie verwendet.

Am 10.8.88 begann die Endphase des Prozesses gegen Dev Yol, in dem 723 Menschen gleichzeitig angeklagt sind: **Gegen 74 wurde von der Staatsanwaltschaft die Todesstrafe gefordert.**

Ausserdem laufen zur Zeit Prozesse gegen :

— Die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Fatsa, die landesweit für ihr Selbstverwaltungsmodell bekannt wurde (811 Angeklagte, gegen 86 wurde die Todesstrafe gefordert.)

— Die politische Organisation Dev Sol, dabei sind 811 Menschen wegen angebliche Mitgliedschaft in dieser Gruppe angeklagt (gegen 119 wurde die Todesstrafe gefordert)

— 21 Mitglieder der Kommunistischen Partei, unter ihnen Kutlu und Sargin.

Auf scheinbar legalem Weg liquidiert das türkische Regime (vom IWF und der Weltbank gestützt) jede Form von Opposition. Die türkischen Gefangenen brauchen unsere Solidarität, — eine breite Öffentlichkeit, die die Methoden des türkischen Folterstaates anklagt.

Unsere Forderungen:

Übergabe der Prozesse an zivile Gerichte !

Abschaffung der Todesstrafe und der Folter!

Freilassung aller politischen Gefangenen!

Unsere Forderungen an den Senat von Berlin

— Entsendung einer Delegation zu den Prozessen in der Türkei

— Öffentliche Verurteilung der Praktiken des Militärregimes.

— Keine wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der Militärregierung

— Stopp aller Abschiebungen

— Keine Zusammenarbeit des deutschen Geheimdienstes mit dem türkischen Geheimdienst

Weitere Informationen:

Informationsbüro Türkei e.V., BAZ, Oranienstr. 159, 1/61.

AKTIONSTAGE GEGEN IWF- UND WELTBANKPOLITIK

An den Aktionstagen vom 26.9. bis 29.9. wollen wir unseren Protest und Widerstand gegen die Politik von Banken, Konzernen und Institutionen öffentlich machen. Wir müssen deutlich machen, welches materielle Elend sich hinter der Dürre von Bilanzen und Statistiken verbirgt: Karge Armut in der »Dritten Welt«, zunehmende Arbeitslosigkeit und neue Armut in den Industrieländern sind die Grundlage ihrer überladenen Tische auf den Galaessen.
Es haben sich zwei Kreise zur Vorbereitung der gesamten Aktionstage gebildet: Die »Aktionswochen AG«, die aus der Berliner Koordination hervorgegangen ist und die »Autonome Aktionstage Vorbereitung«. Beide Kreise haben sich auf Schwerpunktthemen für die einzelnen Tage geeinigt.

Montag, 26.9.: Arbeit — Frauenarbeit

- Adler in der Ku'Damm-Passage (Akt.Wo AG)
- Zeitarbeitsvermittlung ADIA Ku'Damm (Akt.Wo AG)
- Siemens (Anti-AKW-Gruppen, Autonome)
- DER-Reisebüro (Akt.Wo AG)
- PAN AM, Sextourismus (Autonome)
- Sklavenhändler Breidtscheidtplatz (Autonome)

Dienstag, 27.9.: Bevölkerungspolitik — Entwicklungspolitik — Rassismus — Sexismus

- Beobachtung der Banker bei Abfahrt von Hotels zu ICC
- Flughafen Tegel, Abschiebung von Flüchtlingen (Autonome, Akt.Wo AG)
- Schering, Kundgebung mit Demo (Autonome, Akt.Wo AG)
- Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Autonome, Akt.Wo AG)
- Allianz Versicherung (Akt.Wo AG)
- Alternatives Kulturprogramm Philharmonie, Deutsche Oper
- Stadtspiel

Mittwoch, 28.9.: Profit — Elend — Verschuldung- und Verelendungspolitik — Banken — Konzerne

- »Beobachtung« der Banker bei Abfahrt aus Hotels (Akt.Wo AG)
- Spaziergang (Autonome)
- Börsen- und Bankenspaziergang
- KaDeWe Besuch ab 16.30 Uhr
- Kundgebung Wittenbergplatz 18 — 19 Uhr (Akt.Wo AG)
- Besuch bei MC Donalds (Akt.Wo AG)
- Alternatives Kulturprogramm Philharmonie, Deutsche Oper

Donnerstag, 29.9.: Internationalismus — Widerstand

- »Beobachtung« der Banker bei Abfahrt aus Hotels zu ICC
- öffentliche Pressekonferenz
- Internationalistische Demo

Die sich beteiligenden Organisationen und Gruppen sollen die Aktionen, die an den genannten Orten stattfinden, mit Info-Material begleiten. Das »Büro für Ungewöhnliche Maßnahmen« wird künstlerisch beitragen (Die Scheinheiligen kommen).
Neben diesen angemeldeten dezentralen Aktionen sind die vielen stadtweiten dezentralen Aktionen genauso wichtig. Denn: Das mörderische Weltwährungssystem (sprich Kapitalismus) äußert sich überall — also auch in ganz Berlin(West) ... und ... Berlin ist durchgängig geöffnet!

Also genügend Raum und Zeit um dieses System sichtbar, riechbar, verschließbar, verstopfbar zu machen. Vier Tage an allen Ecken und Enden Sand ins Getriebe des kapitalistischen Alltags!

Demo vom Cafe Kranzler zum ICC

Sonntag, 25. September, 11.00 Uhr

Wenn sich Ende September die internationale Finanzelite von IWF und Weltbank im ICC trifft, wird sie über die weitere Perfektionierung von Ausbeutung und Verelendung in der »Dritten Welt« beraten und die brutale Zerstörung der natürlichen Lebensvoraussetzungen dort vorantreiben.

Auch die Menschen bei uns bleiben nicht verschont: Arbeitslosigkeit, neue Armut und Sozialabbau sind nur ein Ausdruck derselben Krise, die die »Dritte Welt« in den Ruin treibt.

Wir werden diese verbrecherischen Machenschaften nicht tatenlos hinnehmen und unseren Widerstand mit einer machtvollen Demonstration zum Ausdruck bringen!

Für internationale Abrüstung, um die so freizusetzenden Ressourcen für die Entwicklung in den Ländern der »Dritten Welt« zur Verfügung zu stellen!

Für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die nicht auf die Raffgier weniger Reicher, sondern auf allgemeine Bedürfnisbefriedigung für alle Menschen auf der Welt ausgerichtet ist!

Gegenkongreß

Am 23. und 24. September findet in der Technischen Universität ein Gegenkongreß statt, der folgende Themen zum Schwerpunkt haben wird.

23.9.88:

Forum 1 — **Das bestehende Wirtschaftssystem Strukturen und Akteure — Die Rolle von Banken und Multis**

1. Hegemoniekrise der USA in der Weltwirtschaft-Rolle von EG, Japan und südostasiatischen Ländern in der Weltwirtschaft
2. Interessen und Strategien der transnationalen Konzerne und Geschäftsbanken — internationale Rohstoffmärkte und terms of trade
3. Außenwirtschaftsinteressen der BRD

Forum 2 — **Die Rolle von IWF und Weltbank — politische Steuerung im Weltwirtschaftssystem**

1. Funktionen, Aufgaben, Ziele, interne Machtverhältnisse und Entscheidungsstrukturen von IWF und Weltbank sowie deren Einbettung in das System der multilateralen Institutionen
2. Auflagenpolitik des IWF und Strukturanpassungsprogramme der Weltbank
3. Rolle der Mitgliedsländer unter besonderer Berücksichtigung der BRD

Forum 3 — **ilitärische Herrschaftsabsicherung im Weltwirtschaftssystem** 1. Konfrontationspolitik. Aufrüstung und neue Strategien der Kriegsführung
2. Rüstungsexporte in die »Dritte Welt« sowie Rüstungsexporte von Ländern der » Dritten Welt«
3. Militarisierung der Schuldnerländer — militärische Absicherung von Ländern der » Dritten Welt« zur Absicherung regionaler Vorherrschaft

Forum 4 — **Soziale Auswirkungen der Krisensteuerung und der Herrschaftsabsicherung in Industrieländern und in Ländern der » Dritten Welt«**

1. Soziale Auswirkungen der Anpassungspolitik von IWF und Weltbank
2. Feminisierung der Armut weltweit.
3. Weltweite Flüchtlingsbewegungen (Genozid durch Weltbank — Projekte)
4. Sozialabbau und neue Armut, Massenarbeitslosigkeit in den Metropolen und in Ländern der » Dritten Welt« , Vernichtung bäuerlicher Existenzen
5. Bevölkerungspolitik

24.9.88:

Forum 1 — **Perspektiven für eine neue Weltwirtschaftsordnung**

1. Selbstbeschränkung der Industrieländer, demokratische Steuerung von Multis und Banken
2. Modelle des regionalen Ausbaus der Süd/Süd — Beziehung (regionale Wirtschaftszusammenschlüsse)
3. Rohstoffmärkte und Handelspolitik — Neustruktuierung der internationalen Handelsbeziehungen
4. Rohstoffmärkte und Handelspolitik — Neustruktuierung der internationalen Handelsbeziehungen
5. Veränderte Rahmenbedingungen für die » Dritte Welt«-Länder aus einem neuen Interesse von RGW-Ländern an der Weltwirtschaft

Forum 2 — **IWF und Weltbank, abschaffen oder reformieren?**

1. Reformieren durch Ausweitung der Mitbeteiligung:
- Veränderung der internen Macht- und Stimmrechtsverhältnisse
- neue Formen der Beteiligung der NGOs

2. Reformieren durch Umstrukturierung und Funktionswandel
— Auflösung bzw. Dezentralisierung der Weltbank, Stärkung regionaler Entwicklungsbanken
— internationale Bankenaufsicht
— Weltzentralbank, neue internationale Leitwährung etc.
3. Durch die Reformierung von IWF und Weltbank bedingte Veränderung im Gesamtgeflecht der multinationalen Organisationen.

Forum 3 — **Entschuldungsmodelle und neue Wege der Entwicklungsfinanzierung**

1. Konzepte des partiellen und globalen Schuldenerlasses.
2. Positive entwicklungspolitische Konditionalität ?
— debt for nature
— debt for development
3. Nationalstaatliche Souveränität und Entschuldung
4. Neue Wege der Entwicklungsfinanzierung:
— Abrüstung
— Besteuerung von Rüstungsexporten
— Rohstoffimportbesteuerung

Forum 4 — **Handlungsspielräume sozialer Bewegungen in der » Dritten Welt« und unsere Rolle bei der Durchsetzung alternativer Entwicklungsstrategien**

1. Soziale Bewegungen als Träger des Widerstands gegen die Auswirkungen der Verschuldung
2. Konkrete Ansatzpunkte sozialer Bewegungen in den Metropolen zur Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse
3. Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen sozialer Bewegung in den Metropolen und in der Peripherie

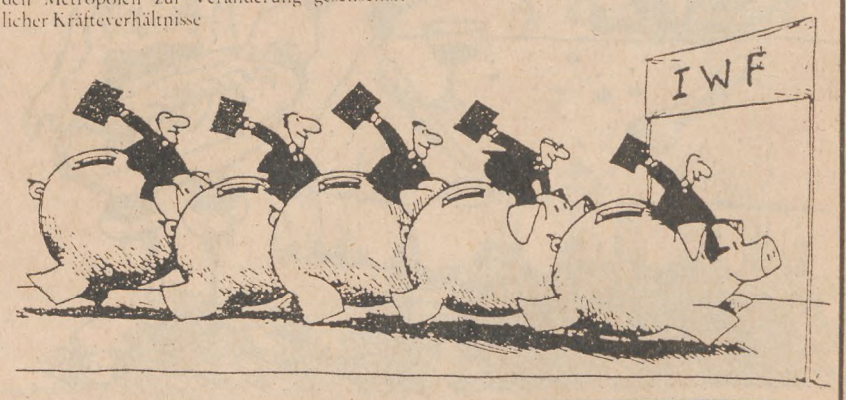
Forum 5 — **Forderungen an eine alternative Weltwirtschaftspolitik in den Industrieländern**

1. Strukturveränderung in Prodution und Konsum — außen- und binnenmarktwirtschaftlicher Umbau nach sozialen Kriterien: Reduktion der Weltmarktverflechtung
— Abbau der Exportüberschüsse
2. Einsatzmöglichkeiten außenwirtschaftlicher Steuerungsinstrumente zur Durchsetzung alternativer Wirtschaftspolitik
3. Entwicklungspolitische Anforderungen an eine alternative Wirtschaftspolitik

Eingeladen sind: **Julio Aroyo,** Zuckergewerkschaft Argentinien, **Ahmed Ben Salah,** ehem. Planungsminister Tunesiens, **Gerard B. de Bernis,** Ökonom. Grenoble, **Bon Jai Lim, Koordinatorin der Bauerbewegung;** Südkorea, **Barbara Bramble,** World Wildlife Fund, USA, **Ernesto Cardinal, Nicaragua,** Bernard Chidzero, **Finanzminister Zimbabwe,** Bernd v. Dreesmann, **Generalsekretär der deutschen Welthungerhilfe,** Isam El-Zain, **stellv. Generalsekretär d. Vereinigung der Ökonomen d. 3. Welt,** Andre Gunder Frank, **Prof. Amsterdam,** Xabier Gorostiaga, **Ökonom, Nicaragua,** Randall Hayes, **Rain Forest Network, USA,** Doug Hellinger, **Development gap, USA,** Leon Leon, **Vors. der Vereinigung der Ökonomen Kubas,** Rigoberta Menchu, **Guatemala,** Tobuktu Metzger, Sierra Leone, Dan Nabudere, **Zimbabwe,** Jonas Nsofwa, **Zambia,** Cheryl Payer, **USA,** Alendino B. Pereira, **Brasilien,** Ron Rote, **Niederlande,** Magda Renner, **Brasilien,** Vandana Shiva, **Indien,** Luis Inacio da Silva, **Brasilien,** Roland Simbulan, **Phillippinen.**

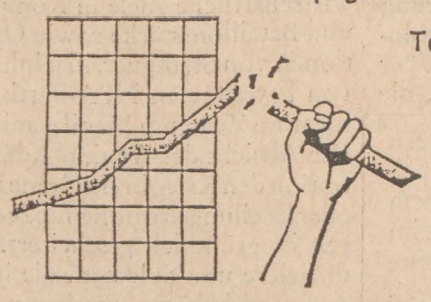
Getragen wird der Gegenkongress von der AL Berlin, den Grünen im Bundestag, Buko, ASW, Naturschutzjugend, BuF, SEW, ASK, Grael, Coordination gegen Bayer-Gefahren, VDS u.a.

Anmeldung bei BAZ, Oranienstr. 159, 1 Berlin 61



MATERIALIEN DER IWF/WELTBANK-KAMPAGNE

Kampagnenbüro: Oranienstr. 159
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 614 50 98



Selbstdarstellungen:
- Gegenkongreß
- Arbeitsausschuß
je 100 Stck. .....DM 10,00

Demo-Aufruf:
100 Stck. .....DM 5,00

Aufkleber .....DM 1,00

Spackls:
1000 Stck. .....DM 30,00

Button .....DM 2,00

Hungerrevolten ... *Polizeieinsätzen bei Protestdemonstrationen gegen vom IWF verordnete Preissteigerungen werden über 41 Menschen getötet und 548 verletzt. + + + Ecuador, 1982, 1983 und 1985: Aufruf zum Generalstreik gegen die vom IwF verordneten Preiserhöhungen für Brot und Benzin. Der Einsatz der Armee gegen die Hungernden fordert Tote und Verletzte. + + + Cochambaba, Bolivien, 1982 und 1983: Bei Generalstreiks gegen die vom IWF verordneten Preiserhöhungen führt der Einsatz der Armee zu Toten und Verletzten + + + Brasilien, 1983: Aufgrund der IWF-Auflagen steigt die Arbeitslosigkeit rasch; der größte Teil der Bevölkerung kann kaum noch das Existenzminimum sichern. In den größeren Städten kommt es zu Unruhen*

Armes Mexiko — reiches Land

Wenn jemand verschuldet ist, so kann das daran liegen, daß er irgendwann über seine Verhältnisse gelebt hat. Oder er ist ohne sein Zutun in Not geraten. In jedem Fall ist es schwer, aus der Schuldenfalle wieder herauszukommen, denn neben den Rückzahlungen müssen auch noch die Zinsen bezahlt werden und je weniger man tilgen kann, desto schlechter sind die Konditionen, also desto höher die Zinsen. Sind einem dann erstmal die Schulden über den Kopf gewachsen, muß man umschulden, also neue Schulden machen, um die alten zu bezahlen — zu noch schlechteren Bedingungen, und so fort. Wenn dann gar nichts mehr geht, bleibt einem nur noch übrig, die letzten Habseligkeiten zu versilbern, bis man völlig blank ist. Wie einzelne Menschen in diese Schuldenfalle tappen können - die Schuldnerberatungsstellen wissen ein Lied davon zu singen - gerieten auch viele »Entwicklungsländer« in die gleiche Misere. Wie konnte es dazu kommen?

Was wie eine Naturkatastrophe über die Welt gekommen zu sein scheint, ist in der Tat ein relativ neues Phänomen. Noch Mitte der 70er Jahre betrugen die Schulden weltweit gerademal 50 Milliarden. Die eigentliche Explosion erfolgte in den 70er Jahren. Mehrere Faktoren kamen zusammen: In den Hauptländern der industriellen Entwicklung hatte, beschleunigt durch die sog. Ölkrise, eine wirtschaftliche Flaute eingesetzt und die Investitionen gingen zurück. Die Unternehmen hatten zuviel Geld, sie gaben es den Banken und die wußten nicht wohin damit. Dazu kam, daß die erdölproduzierenden Länder durch die gestiegenen Preise so hohe Einnahmen hatten, daß sie zusätzliche »Petrodollars« auf den Markt warfen. Weltweit gab es also zuviel Geld und das wollte angelegt sein. Dadurch wurde es immer einfacher, es zu kriegen, die Zinsen sanken und es wurde händeringend nach Investoren gesucht. Da aber in den Industrieländern nichts mehr so richtig lief, kamen die »Entwicklungsländer« in den Blick. Denen machte man ehrgeizige Entwicklungsprogramme schmackhaft, man lieh ihnen Geld, damit sie für diese Programme die nötige technische Ausrüstung kaufen konnten - natürlich in den Industrieländern. So schlug man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: Das Geld war angelegt und die Auftragsbücher wieder etwas voller.

In Mexiko sorgt ein weit verzweigter aber nicht wenig kostspieliger Apparat aus staatlicher Bürokratie, korrupten Gewerkschaften und Staatspartei für eine Fassade von Loyalität.

Die riesigen Erdölfunde Mexicos Mitte der 70er Jahre weckten gewaltige Hoffnungen. Um diese zu fördern, kaufte das staatliche Erdölunternehmen mit geliehenem Geld Anlagen und Ausrüstung in den USA und erschloß Ölfelder, die vorher unrentabel waren. Mit der erhöhten Förderung trug es jedoch selbst zum Überangebot auf dem Weltmarkt bei — der Preis rutschte Anfang der 80er Jahre wieder in den Keller und die schönen Pläne auch. 1982 war Mexiko pleite. Doch war es nicht nur wegen der drastisch gesunkenen Einnahmen aus dem Öl, seinem Hauptexportgut. Ein anderer Faktor kam hinzu: Seit dem Amtsantritt Reagans wehte in den USA ein anderer wirtschaftspolitischer Wind. Vor allem mit Hilfe eines gigantischen Aufrüstungsprogramms wurde die nordamerikanische Wirtschaft künstlich angekurbelt. Der Staat verschuldete sich innerhalb weniger Jahre derart, daß die USA heute ebenfalls total verschuldet sind. Die Wirkung war aber, daß plötzlich wieder Geld gebraucht wurde und höchst gefragt war, die Zinsen schossen in die Höhe und mit einemmal waren die schönen Kredite aus den 70er Jahren Mühlsteine am Hals der Schuldnerländer.

Den Banken war das sehr recht, denn was für sie zählt, ist die Verzinsung. Das einzige was sie fürchteten und noch fürchten ist die Zahlungsunfähigkeit eines Landes. Das kann sie an den Rand des Ruins treiben oder gar hinein und droht dann einen Bankenkrach auszulösen, dessen Folgen unabsehbar sind.

Daher war der Schreck groß, als Mexiko 1982 sich für zahlungsunfähig erklärte. In Windeseile wurden Verhandlungen begonnen, um die Zahlungsfähigkeit wieder herzustellen. Ziel war eine Umschuldung: Also das Aushandeln von neuen Konditionen für die Zinszahlungen und Tilgungen. Man verschob die Krise erst einmal in die Zukunft, indem man die Kredite streckte. Um nun aber nicht nach wenigen Monaten wieder vor demselben Problem zu stehen, mußten Maßnahmen zur »Gesundung« seiner Wirtschaft verordnet werden. Es sollte »sparen«, das war die Bedingung für die Vergabe neuer Kredite.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der IWF mischt mit

Der IWF trat massiv auf den Plan. Er verordnete staatliche Garantien für die privaten Schulden, Öffnung des Landes für Importe, verstärkte Exportproduktion, Anbindung an den US-Markt. Das schien eine Zeit gutzugehen, doch 1985 fiel der Erdölpreis erneut und es mußte noch einmal umgeschuldet werden. Der IWF befahl weitere Anpassungen:

Trinkwasserproblem im Slum *Foto: Axel Krause*

4% des Staatshaushalts wurden gestrichen, 236 staatliche Firmen zur Reprivatisierung freigegeben, 22.000 Staatsbeamte entlassen. Im August 1985 wurde Mexiko mit einer neuen Umschuldung belohnt. Einen Monat später verwüstete ein Erdbeben die Hauptstadt. Mexiko brauchte dringend frisches Geld. Die Banken zögerten, der IWF sprang in die Bresche, wieder wurde umgeschuldet, ziemlich langfristig sogar, um die politische Stabilität zumindest bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen in diesem Jahr zu sichern. Doch nach 1985 schnellte auch die Inflation wieder in die Höhe, 1987 erreichte sie offiziell 170%, die Kapitalflucht beschleunigte sich, die Konjunktur ging in die roten Zahlen. Vor allem leidet sie inzwischen unter der mangelnden Kaufkraft, die nun nicht mehr nur die Landbevölkerung, sondern auch fast alle städtischen Schichten betraf. Wie vom IWF gewollt, stiegen die Preise ohne daß die Löhne entsprechend mithalten konnten. Die Binnenmärkte verfallen, allein die Exportmärkte funktionieren noch. Von diesen Erlösen müssen aber die ausländischen Kredite abbezahlt werden.

Streichungen von Sozialausgaben, Erhöhungen öffentlicher Tarife, Privatisierung staatlicher Unternehmen sollen die Staatskasse sanieren, damit mehr Rücklagen gebildet werden können. Mit denen kann der Staat dann selbst seine Schulden zurückkaufen, die inzwischen wie auf dem Gebrauchtwagenmarkt mit Abschlägen gehandelt werden. Oder ausländische Konzerne kaufen diese Schuldscheine billig ein und tauschen sie zum vollen Wert in Landeswährung um damit ihre Investitionen zu tätigen.

Wer zahlt die Zeche?

Auf wessen Kosten das geht, wird allenthalben sichtbar. Allein um die auf den Arbeitsmarkt strömenden Jugendlichen einzustellen, wären jährlich 800.000 neue Stellen notwendig. Doch Mexikos Wirtschaft schrumpft, und die Arbeitslosigkeit hat inzwischen mehr als die Hälfte der Bevölkerung erfaßt. Doch auch wer Arbeit hat, verdient kaum noch genug, um zu überleben. Die Löhne sind inzwischen auf das Niveau von vor zehn Jahren abgesunken. 70% der Bevölkerung leben am Rande oder unter dem Existenzminimum. Eine Anhebung der Verkehrstarife um mehrere 100% wie im vergangenen Jahr trifft eine vielköpfige Familie hart. Aber die Auflage des IWF, die Zuschüsse der öffentlichen Hand abzubauen, will erfüllt sein. Die Armut in der Stadt nimmt sichtbar zu: Bettler hocken in jeder Straße, durchstreifen die Busse und U-Bahnen oder durchstöbern die Mülltonnen: Auf der Deponie von Mexiko-Stadt lebt ein ganzes Dorf von der Abfallverwertung. Alle Mitglieder der Familie müssen zum Lebensunterhalt beitragen: Die Frau als Dienstmädchen oder in schlecht bezahlten Jobs in Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen, die Kinder als Schuhputzer, Kaugummiverkäufer oder indem sie an Straßenkreuzungen Autoscheiben putzen. Dort drängeln sich auch die Älteren, die Sonderangebote feilbieten oder sich ihre Gesundheit als Feuerschlucker ruinieren. Andere versuchen sich mit Singen, Musizieren oder als Clowns ein paar Pfennige zu verdienen. In den Straßen schlagen immer mehr ihre Stände mit Schmugglerware auf oder bieten Kleinigkeiten zum Essen an. »Beschäftige Dich selbst« lautete im letzten Jahr das zynische Motto einer Regierungskampagne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, während gleichzeitig die ambulanten Händler von der Polizei aus den Straßen der Innenstadt vertrieben wurden. Verzweifelt setzen sich die Betroffenen zur Wehr. Denn obwohl das alles stets nur Pfennige abwirft, können alle Pfennige zusammen das Leben retten. Doch die Familien gehen letztlich dabei kaputt, die Männer versuchen ihr Glück im Norden, gehen illegal über die Grenze, werden aufgegriffen, zurückgeschickt, versuchen es wieder. Denn wenn sie es schaffen, können sie mit den paar Dollars die anderen über Wasser halten. Oder sie ziehen als Wanderarbeiter umher. Wer einen Arbeitsplatz findet, ist oft 16 Stunden täglich unterwegs, denn die Siedlungen der Armen liegen weit außerhalb der Industriezonen oder vom Zentrum entfernt. Aber selbst Lehrer oder Universitätsangehörige müssen heute schon zwei oder drei Jobs haben, um überleben zu können. Die Krise hat inzwischen schon weite Kreise des unteren Mittelstandes erfaßt.

Stadt — Die letzte Hoffnung?

Warum strömen unter diesen Umständen immer noch täglich etwa 3.000 Menschen in die Hauptstadt? Es ist längst nicht mehr so, daß die Stadt ein besseres Leben verspricht, es ist die nackte Not, die sie vom Land vertreibt. Entweder ist die Parzelle zu klein geworden für die Familie oder ein Großgrundbesitzer hat die Leute von ihrem Boden verjagt. Was fehlt, ist eine richtige Landreform. Auch da wirkt sich die IWF-Politik aus: Die Landwirtschaft soll effektiv sein, einmal um die Arbeitskraft in den Städten

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

billig mit Lebensmitteln zu versorgen, um die Löhne niedrig zu halten. Zum anderen will man die Landwirtschaft selbst exportfähiger machen. Das bedeutet: Plantagenwirtschaft für Zitrusfrüchte, großräumige Viehwirtschaft für Hamburger, den besseren Boden an die Großgrundbesitzer, die Kredite an die reichen Bauern. Die kleinen Bauern können gerademal sich selbst ernähren, das ist uneffektiv, also müssen sie weg. Wer sich dagegen wehrt, setzt sein Leben auf's Spiel. In Mexiko werden jährlich hunderte, manchmal tausende Landarbeiter und Bauern ermordet. Die anderen fliehen in die Stadt.

Wirtschaftlich ist Mexiko völlig abhängig von den USA und Sanktionen gegen ungelegene Schritte der mexikanischen Regierung könnte das Land kaum überleben. Mexikos Schicksal entscheidet sich dort, wo es letztlich regiert wird: In Washington und vielleicht im September '88 für ein paar Tage in Berlin.

Hungerrevolten ... *und Plünderungen, die zum Einsatz von Polizei und Armee führen. Allein im September werden 227 Plünderungen registriert, in Rio 84, in Sao Paulo wird ein Mensch getötet, 127 werden verletzt und 566 verhaftet. + + + Ägypten, 1984: Nach heimlich in Kraft gesetzten Preiserhöhungen für subventionierte Lebensmittel kommt es zu blutigen Unruhen. + + + Marokko, Januar 1984: Eine Hungerrevolte wird brutal niedergeschlagen. + + + Tunesien, Januar 1984: Eine durch IWF-Auflagen entfachte Brotrevolte fordert 140 Todesopfer, etwa 1.000 Menschen werden verhaftet. + + + Sambia, Februar 1984: Sparpolitik-Maßnahmen lösen soziale Unruhen aus. + + + Peru, März 1984: Die Gewerkschaften rufen zum Generalstreik*

Repressionsreigen — 2. Akt

Wie erst jetzt bekannt wurde, hat der Bundesgerichtshof bereits im Mai dieses Jahres auf Antrag der Bundesanwaltschaft grünes Licht gegeben, überall in der BRD und Westberlin polizeiliche Kontrollen auf Straßen und Plätzen vorzunehmen.

Es ist damit zu rechnen, daß diese Maßnahme, die gesetzlich nach §111 Strafprozeßordnung nur bei schwerem Raub und »Terrorismus«-Delikten zulässig ist, bis zum Abschluß der Tagung von IWF und Weltbank aufrecht erhalten bleiben wird. Zwar betont die Bundesanwaltschaft, daß diese Maßnahme natürlich nichts mit der IWF-Kampagne zu tun habe, sondern der Ergreifung der der Zugehörigkeit zur R.A.F. verdächtigten Eheleute Meyer diene. Jedoch ist offensichtlich, daß, nachdem der Chef des Bundeskriminalamtes Heinrich Boge bereits öffentlich über angebliche gemeinsame Aktivitäten der R.A.F. mit autonomen und undogmatischen Gruppierungen gegen IWF und Weltbank im September getönt hatte (siehe »Milliarden-Fieber« Nr. 2), sich diese Sondermaßnahmen gegen IWF- und Weltbankgegner richten.

Wie im »deutschen Herbst« im vergangenen Jahrzehnt in der Hochzeit der »Terroristen«-Hatz werden dann im September überall in der Stadt mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten grundlos Passanten und Passantinnen kontrollieren. Mensch wird sich diesen Polizisten gegenüber dann besser nicht unbedacht bewegen, damit mensch dann nicht versehentlich als »TerroristIn« erschossen wird.

Treffender Kommentar von Rechtsanwalt Ströbele: »Die Bundesrepublick liegt näher bei den autoritären Regimen Südamerikas, als ich dachte«.

Die BerlinnerInnen werden auf diese Weise eine Kostprobe zu spüren bekommen, mit welchen Mitteln IWF- und Weltbankpolitik gegen die Bevölkerung durchgesetzt wird.

Gesucht werden

außerdem noch Material für Spuckis, Dias, Plakate, Transparente, Bild- und Text-Ideen, die die Sache auf den Punkt bringen, sowie Leute mit handwerklichen, graphischen oder organisatorischen Fähigkeiten, die Lust haben mitzuhelfen (Tel. 611 94 04).

IWF kommt! Schlafplätze und Asyl außerhalb von SO 36 gesucht!

...weil diesem Innensenator offensichtlich alles zuzutrauen ist,
...weil wir eine neuerliche Freiheitsberaubung und Vorbeugehaft für Zigtausende von Menschen nicht hinnehmen werden,
...weil es bestimmt nichts schadet, wenn die politischen Kontakte auf »zwischenmenschlicher« Ebene enger werden,
sind alle, die außerhalb von SO 36 wohnen, aufgerufen, während der IWF-Tagung bzw. vom 26. bis 29. September 1988, Schlafplätze zur Verfügung zu stellen, für KreuzbergerInnen und westdeutsche BesucherInnen.
Meldet Euch beim **Büro für ungewöhnliche Maßnahmen**, c/o FDGÖ im Kerngehäuse, Cuvrystr. 20, 1000 Berlin 36, Tel. 611 94 04

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Klospruch

Machste Schulden bei der Bank
wirste von den Zinsen krank
passiert das einem ganzen Staat
steht der IWF parat
die Auflagen erfüllen, wie 's sich gehört.
dann wird der Schuldenfall geklärt.
doch für alle falschen Versprechen
müssen hier wie dort die Kleinen blechen.

SPENDENAUFRUF

Kampagnenbüro: Oranienstr. 159
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 614 50 98

Spendenkonto:
Netzwerk-
Sonderkonto IWF
Sparkasse
Berlin (West)
Nr. 81 000 61 77
BLZ 100 500 00

IWF/WELTBANK-KAMPAGNE

Ökumenisches Hearing zum Finanzsystem und der Verantwortung der Kirchen

Vom 21. bis 24.8.1988 findet in Berlin-West, im Evangelischen Gemeindezentrum Lietzensee, Herbartstr. 4, 1000 Berlin 19, ein »hearing« statt. Ein Hearing ist keine Podiumsdiskussion oder Forum oder Kongreß, sondern eine »Anhörung«. Das heißt: es werden Fragen gestellt, auf die die eingeladenen Experten antworten.

Ökumenisches Hearing. Das Wort Ökumene bezieht sich auf die Weltchristenheit. Sie gibt es nicht nur in den Industrieländern, sondern auch in einer Reihe von Entwicklungsländern. Diese Kirchen arbeiten unter ganz anderen Umständen als Kirchen etwa in der Bundesrepublik. Sie sind meistens arm und sie sind nicht selten auch Kirchen der Armen.

Den Organisatoren der Anhörung kommt es darauf an, für ein kirchliches Publikum die Stimmen der Opfer der gegenwärtigen Weltwirtschaftspolitik hörbar zu machen. Deswegen sind Menschen aus den Kirchen der »Dritten Welt«, aus Basisgruppen und Basisgemeinden eingeladen. Sie kommen als Zeugen und als Fragesteller.

Vier Komplexe sollen in drei Tagen bearbeitet werden: 1. Die Ursachen der Verschuldung, 2. Folgen der Verchuldung und der »Sanierungspolitik« für die Armen in den »Entwicklungsländern«, 3. kritische Würdigung der in der Diskussion befindlichen Lösungsansätze, 4. Welche Rolle können/müssen die Kirchen in den reichen Ländern übernehmen.

Maßstab zur Beurteilung von politischen Maßnahmen kann für Christen nur das Schicksal der Armen sein. Eine Politik die zur Verschlechterung der Lage der Armen führt, ist zu verurteilen; eine Politik, die zur strukturellen und substantiellen Verbesserung ihrer Lage führt, ist zu unterstützen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Hearing hat wesentlich die Aufgabe, Gemeinden und kirchlichen Gruppen authentisches Material zur besseren Beurteilung der Weltwirtschaftspolitik an die Hand zu geben und ihnen auch Aktionsmodelle vorzuschlagen (die auch nach dem 19. September noch nötig sein werden). Am Schlußtag gibt es zwar keine »Urteilsverkündung«, aber die Gruppe, die die Fragen gestellt hat, wird der Öffentlichkeit eine erste umfassende Stellungnahme zu der Anhörung vorstellen.

Mitglieder der Hearinggruppe — d.h. der Gruppe, die die Fragen stellen wird, sind u.a.:

— Hugo Assmann, UNIMEP, Paracicaba, Brasilien
— Lynne Jones, Weltkirchenrat Genf
— Joe Seremane, Südafrikanischer Kirchenrat

Als Zeugen sind u.a. geladen:

— Antonio Cechin, Porto Allegre, von der Basis aus den Favellas
— A.J.A. Sarpei, Accra, Ghana, von der Basis aus Afrika
— Caesar Espiritu, z.Zt. phillippinischer Botschafter in Bonn

An alle

die bei phantasievollen Aktionen zum IWF, Straßentheater, lebenden Bildern etc. mitmachen wollen oder als Gruppe bereits eigenes in diese Richtung planen, meldet Euch bei der Aktion »Die Scheinheiligen kommen« vom »Büro für ungewöhnliche Maßnahmen«, c/o FDGÖ im Kerngehäuse, Cuvrystr. 20, 1000 Berlin 36, Tel. 611 94 04.

Umweltzerstörung und Weltbank

Der zwingende Zusammenhang von Umweltzerstörung und Schuldenkrise in der »Dritten Welt« verdient Aufmerksamkeit und verlangt unsere Aktivität.

Der Deutsche Naturschutzring, der Bund für Umwelt und Naturschutz und führende Umweltorganisationen aus Amerika, Afrika, Asien und Europa veranstalten gemeinsam vom 22. bis 24. September eine Großveranstaltung in der Hochschule der Künste.

Die ökologischen Folgen der IWF- und Weltbankpolitik stehen im Mittelpunkt dieser Tagung. Sie werden an konkreten Fallstudien zu Amazonien, Indien und Sierra Leone dargestellt und diskutiert.

Die Zerstörung der Tropischen Wälder bedeutet die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Ureinwohner dieser Regionen. Es handelt sich praktisch um Völkermord vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Mit der Tagung soll nicht nur auf ökologische Zerstörungen aufmerksam gemacht werden, es werden auch Wege aus der Krise aufgezeigt und diskutiert.

Koordination: Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.

Gegenkurs — Trommeln für eine Neue Weltwirtschaftsordnung

Was vermag Kunst? Kann sie Hunger, Elend und Krieg in der sogenannten »Dritten Welt« lindern oder beseitigen? Kurzfristig sicherlich nicht!

Kunst kann aber Denken und Fühlen so tiefgreifend beeinflussen, daß Menschen zur Veränderung ihrer Lebenssituation ermutigt werden. Kunst aus Ländern der »Dritten Welt« kann uns hier Einblick in Geschichte und Gegenwart dieser Länder vermitteln.

Das Künstler-Festival findet am 27. August in und um die »Weiße Rose« am Wartburgplatz mit Unterstützung des DGB-Berlin statt. Es soll ein Beitrag zur IWF-Kampagne sein, und darüber hinaus Verständnis für uns zunächst fremde Kulturen und Lebenswelten vermitteln. Erst auf dieser Basis ist internationale Solidarität und politische Arbeit gegen Hunger, Ausbeutung und Krieg möglich.

Die komplizierte Symbolik des südkoreanischen Maskentanz wird von Dul-Pul in seiner politischen Brisanz verdeutlicht; Tshamano Sebe zeigt Vielfalt und Kraft der südafrikanischen schwarzen Musik und Poesie; Bettina Wegner singt Lieder des chilenischen Widerstandes, aus dem Verständnis heraus, daß es Hunger in den »Entwicklungsländern« ohne die Politik der internationalen Banken und Konzerne nicht gäbe.

Wir erwawrten Künstler aus Palästina, Sri Lanka, Türkei, Iran, Senegal, Peru und Kap Verde.

Hungerrevolten ... gegen die vom IWF verordnete Sparpolitik des Präsidenten Belaunde Terrys auf. + + + Dominikanische Republik, April 1984: Das Volk demonstriert gegen die vom IWF auferlegte Preiserhöhung der konservativen Regierung. + + + Jamaica, Januar 1985: Arme, Hungernde und Arbeitslose plündern und brandschatzen nach Preiserhöhungen der konservativen Regierung. + + + Nigeria, 15. April 1988: Die Regierung schließt fünf Universitäten, um gewaltätige Studentenproteste gegen die vom IWF verordneten Preiserhöhungen zu beenden. + + + Argentinien, 15. April 1988: Gegen die Politik des IWF legt ein 24-stündiger Generalstreik des Gewerkschaftsdachverbandes das öffentliche Leben lahm.